

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner
Walter Dirks
Günter Grass
Johannes Rau
Carola Stern
Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion
Peter Glotz
(Chefredakteur)
Ulrike Ackermann
Norbert Seitz
(verantwortlich)

Ständige Mitarbeit
Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Johano Strasser

Redaktionsbeirat
Frank Benseler
Jürgen Burckhardt
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reinhard Höppner
Reimut Jochimsen
Tomas Kosta
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Thomas Meyer
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Richard Schröder
Wolfgang Thierse

6 1991
38. Jahrgang

483 Editorial

Aktuelles

- 485 NORBERT SEITZ
Spätlese in Rheinland-Pfalz
- 488 GESPRÄCH MIT DAN DINER
Stabilität im Nahen Osten?
- 493 INGOMAR HAUCHLER
Neue Dimensionen der
Sicherheits- und
Entwicklungspolitik

Abwicklung

- 497 Streitgespräch
BRIGITTE
SEEBACHER-BRANDT/
THOMAS SCHMID
Die Linke und die Einheit
- 509 TILMAN FICHTER
Die »Leipziger Volkszeitung«
- 510 OTTO SINGER
Aufschwung Ost
- 515 WOLFGANG THIERSE
Oktober 1917 – November 1989
- 522 DETLEV CLAUSSEN
Rufmord an Bloch

Thema: Nach der Postmoderne

- 524 RÜDIGER GÖRNER
Der Postmodernist
- 525 JUTTA GEORG-LAUER
Ein Gefühl für das Erhabene
- 528 RÜDIGER GÖRNER
Über postmodernes Schreiben
- 537 PETER RECH
Lewis Carroll geht mit Giotto
spazieren
- 541 BERNHARD USKE
Tonale Sinnstiftung

546 RAINER ROTHER
Jenseits des Erzählkinos:
Zitat und Bastelei

551 GESPRÄCH MIT
HEINRICH KLOTZ
Die Zweite Moderne

Kontrovers

- 557 GESPRÄCH MIT
ALFRED SCHMIDT
»Die Geschichtsphilosophie
ist gescheitert«
- 562 DETLEF HORSTER
Politische Verantwortung
und Privatsphäre heute
- 566 IRING FETSCHER
Unvergleichliches nicht
gleichsetzen!
- 567 RENE WEILAND
Rumor und Revision
- 570 GÜNTER KUNERT
Neues zur Mausoleums-Frage

Kritik

- 571 SUSANNE MILLER
Kockas sozialgeschichtlicher
Wurf
- 573 MATTHIAS JUNG
Auf dem Weg zur Kritischen
Theorie
- 575 FARIDEH AKASHE-BÖHME
Das Fremde in uns
- 576 Zu den Autorinnen und Autoren

Titelfoto: Ina Barfuss,
Behindertenliebe, 1981,
aus: KUNSTFORUM 12/83

Editorial

Diese Zeitschrift hat eine in sich sehr differenzierte Leserschaft: Berufspolitiker und Gewerkschafter samt ihrer Stäbe, dazu manche von denen, die in den großen Organisationen unseres Landes ganz freiwillig und ohne Vergütung einen großen Teil ihrer Lebensenergie investieren; engagierte Christen beider Kirchen, insbesondere alte Leser der FRANKFURTER HEFTE von Eugen Kogon und Walter Dirks, aber auch eine Minderheit jener geisteswissenschaftlichen Intelligenz, die in den politischen Apparaturen unserer Republik immer noch als heimatlos bezeichnet wird. Wir wollen Kommunikation stiften zwischen diesen Gruppen; und geraten so selbstverständlich gelegentlich in die Gefahr, die eine oder andere zu düpieren, zu überfordern oder gar – zu langweilen.

Diese Gefahr mag bei der *Juni*-Nummer dieses Jahres besonders groß sein. Wir haben für diesmal einen ästhetischen Schwerpunkt, die Zeit *Nach der Postmoderne* betreffend, gewählt. Das geht nicht ab ohne Verweise und Zitate, die in der politischen Kultur fremdartig wirken mögen. Deswegen eine kleine Anleitung zum Lesen: Wem die Theorie der Postmoderne bisher als nicht sonderlich interessant erschien, der beginne die Lektüre dieses Schwerpunkts mit dem großen Gespräch, das wir mit dem bekannten Karlsruher Kunstgeschichtler, Museumsdirektor und Architekturkritiker *Heinrich Klotz* geführt haben. Vor allem seine Kritik einer bautechnologischen, ökonomisch strangulierten Architektur der Kästen, Container, Boxen und Behälter macht am ehesten klar, wo die Postmoderne ein antimoderner Rückfall in obsoletere, von künstlerischer Patina überkruzte Positionen ist und wo es um eine *Zweite Moderne*, um *Darstellungsintensität* und *Symbolkraft* geht. Der Politiker im übrigen, der sich für die Zitierfreude des Italo-Western und die Spracharrangements von Peter Handke, Botho Strauß oder Sten Nadolny nicht so sehr interessiert, könnte sich fragen, was postmoderne Politik sei: Das reale (oder scheinbare) Verschwinden der Klassengegensätze, die Zerkrümelung der Anhängerschaft politischer Parteien, der grüne Bellizismus im Golfkrieg oder die kontemplativ-ästhetisierende Behandlung von Politik in bestimmten Yuppie-Zirkeln?

Ein weiterer (politischer) Schwerpunkt setzt sich mit dem Thema *Abwicklung* auseinander; also mit der Frage, wie die Vereinigung von zwei deutschen Staaten institutionell ins

Werk gesetzt wird. Das harte Streitgespräch zwischen Brigitte Seebacher-Brandt und Thomas Schmid dreht sich um die noch längst nicht ausdiskutierte Alternative *Romantischer Nationalismus* (Micha Brumlik) oder *Zivile Gesellschaft*. Wolfgang Thierse, stellvertretender Vorsitzender der SPD, setzt sich mit der alten, anti-leninistischen Tradition des Reformismus auseinander; er weist darauf hin, daß auch Kautsky, der Lordsiegelbewahrer eines ökonomistischen Marxismus, sich Anfang der 20er Jahre endgültig von Lenin trennte. Der Streitpunkt war die Besetzung Georgiens durch die Sowjetunion; ein Thema, das in den Wirren des alt-neuen Nationalismus im Osten Europas erneut aktuell geworden ist. An dieser Stelle berührt die Analyse Thierses im übrigen die Themen, die der gerade 60 Jahre alt gewordene Frankfurter Philosoph Alfred Schmidt in seiner Würdigung des *Ethischen Sozialismus* aufwirft. Sein Gewährsmann ist nicht Kautsky, sondern Eduard Bernstein. Beide Theoretiker des Demokratischen Sozialismus aber, so sehr man ihre Theorien voneinander abgrenzen muß, haben sich schon in den allerersten Jahren der Entstehung des *Marxismus-Leninismus* von diesem Konstrukt mit ziemlichem Schaudern abgewendet. Das sollten jene bedenken, die 1991 eine Abgrenzung des *demokratischen Sozialismus* vom *realen* fordern – sie sind um die 70 Jahre zu spät dran.

Wer genau hinschaut, der sieht förmlich, wie dünn die Luft wird, die der Kanzler atmet. Der Mann keucht schon. Rohwedder ermordet; Pöhl geht. Und die Landesfürsten der Union von der Bildfläche verschwunden; zuletzt das traurige Duo Wagner/Wilhelm im christdemokratischen Stammland Rheinland-Pfalz. Wann wird sich Kohls großer Sieg vom 2. Dezember 1990 als Pyrrhussieg erweisen?

Das hängt allerdings von der Sozialdemokratie ab; und ihrer Neuformierung auf dem Bremer Parteitag, der – wenn dieses Heft erscheint – schon abgeschlossen sein wird, auf den wir aber (Redaktionsschluß des *Juni*-Heftes: 17. Mai) erst in unserer *Juli*-Ausgabe eingehen können.

Peter Glotz



Comic-Kultur in Frankreich

Foto: JOKER/A. v. d. Osten-Sacken

NORBERT SEITZ

Spätlese in Rheinland-Pfalz

Beginnen wir Kohl'sch, also *ganz persönlich!*

I.

Wer wie der Autor in Wiesbaden geboren wurde, aber in Mainz zur Schule ging, der mußte in den Anfangsjahren der Bonner Republik den Rhein als ideologische Demarkationslinie empfinden: hie die erzkatholische CDU-Bastion des bigotten Altmeier, dort das sozialdemokratische Musterland Georg August Zinns. Wehmütig blickte der aufmüpfige Pennäler über den deutschen Strom: So nah und doch so fern! In Wiesbaden las man Ende der 60er als Obersekundaner schon Marcuse; in Mainz mußte man zur gleichen Zeit um die Freigabe von Delacroix' berühmtem Revolutionsgemälde auf dem Titelblatt der Schülerzeitung kämpfen, wurde vor höhere Stellen zitiert: weil die fah-nenschwingende Dame *oben ohne* trug!

Oppositionelles Verhalten begann dazu-lande, daß man seine protestantische Blässe pflegte, den ätzenden Mainzer Staatskarneval geißelte oder Ödön von Horvath demonstrativ Zuckmayer vorzog.

Am Wahlabend im Mainzer Landtag sind viele Gesichter zu erkennen, die niemals wiedersehen zu wollen man sich am Abiturstag 20 Jahre zuvor geschworen hatte. Andererseits darf man froh sein, sie ausgerechnet bei dieser *historischen* Gelegenheit erwischt zu haben.

Der Politikchef des heimischen Funks ist ein geschlagener Mann. Noch in der Vorwoche hatte er mit üblen journalistischen Tricks der passiven CDU-Stammwählerschaft Motivations-spritzen verpassen wollen. Aber bereits um 18.45 Uhr wird er unter schallendem Gelächter der Menschentrauben vor den Monitoren den Wahlsieger Rudolf Scharping einen hervor-ra-genden Mann heißen.

II.

Ein Treppenwitz der Bonner Republik, daß aus-gerechnet das inhomogenste Bundesland die längste (partei-)politische Kontinuität aufweist. Offenbar wurden hier die regionalen Unter-

schiede in einem Weinglas ertränkt. Das Retor-tenbaby der französischen Alliierten mit seiner bunten Mixtur aus gotischem (Adenauers!) Eifel-Katholizismus, Zuckmayers Rheinhessen-region oder der franco-habituellen Pfalz ent-wickelte sich über 44 Jahre zu einem politisch tiefschwarzen Terrain. Selbst in Bayern und Hamburg hat man sich in den 50er Jahren De-vianzen erlaubt. Rheinland-Pfalz ist anteilmä-ßig noch katholischer als Bayern; ein rheinland-pfälzisches Landes- oder gar Staatsbewußtsein jedoch gab es wohl immer nur in der CDU-ge-führten Staatskanzlei.

Aber sosehr dieses Land – zumindest bis zur Regentschaft Kohls – als biederer Piuskopf im Bundesrat galt, die Landtagswahlen dort hatten (fast) immer einen starken bundespoliti-schen *touch*: 1963 verlor die Union deutlich ihre absolute Mehrheit – wegen Adenauers Finessen und Trickserien um seinen endgültigen Ab-gang. Auch vier Jahre danach entschied der Alte die Wahl. Sein Tod in der Woche vor dem Urnengang bescherte Spezi Altmeier einen Pie-tätsbonus und kippte alle ungünstigen demo-skopischen Prognosen. In den 70er Jahren wur-den Kohls absolute Mehrheiten zur Meßlatte für die Kanzlerkandidatur in der Union. Auch 1979 hatte Bundespolitisches die Hand im Spiel: Klaus von Dohnanyi erntete einen großen Stim-menerfolg – als Protestreflex auf die zuvor be-schlossene Kanzlerkandidatur von Strauß. 1983 profitierte Bernhard Vogel als Wende-Ge-winnler, indem er das Landesvotum an Kohls *Aufschwung*-Wahl hatte koppeln lassen.

Zum jüngsten Erdrutschsieg der SPD trug schließlich nicht unwesentlich die Bonner *Steuer-lüge* bei – freilich nur zum Teil. Ebenso be-deutsam war ein landespolitischer Vorgang, der die Gemüter bis heute bewegt.

III.

Als zum Schnapsahldatum 11. 11. 88 der eher intellektuelle CDU-Regent Vogel vom aggressi-ven Parteipopulisten Hans-Otto Wilhelm aus dem Amt gejagt wurde, schwärmten manche in der Union schon besinnungslos von der Wieder-kehr des Oggersheimer Erfolgsmodells: Auf Kohl I. sollte nunmehr Wilhelm II. folgen! Auch



Lieblingsenkel

Foto: JOKER/L. Schmidt

der Kanzler hatte auf seiner Spur zur Macht einen Ministerpräsidenten vorzeitig in den Ruhestand schicken müssen. Indes hinkte die Parallele am Mainzer Sautanz, denn damaliger Landesvater Altmeier war ein Förderer des jungen Kohl, bis es Differenzen hinsichtlich des Ablösetermins gab. Dagegen hätte sich der schwierige Vogel wohl jeden anderen als einen ungeschlachteten Machtmenschen wie Wilhelm als seinen Nachfolger vorstellen können.

Der Populist hatte nicht mehr als den Dualismus zwischen der grummelnden Parteibasis und einer selbstherrlichen Staatskanzlei geschürt und den gebündelten Protest in die eigenen Scheuern gefahren. Das schien billig, Vermittlung gewiß schwieriger. Bei näherer Betrachtung ist das zugrundeliegende Handlungsmuster so sensationell nicht: Der anomische Machtmensch, »dem man allenfalls im Bereich des Saalordnerdienstes Verantwortung hätte übertragen dürfen« (J. Busche in der SÜDDEUTSCHEN), köpft einen komplizierten, intellektuellen Politiker. Trotz seiner anerkannten Regierungsjahre war der aufgeklärt-katholische Konservative Bernhard Vogel offenbar ein Außenseiter in seiner Partei geblieben.

Nachdem die gottverlassene Union an Rhein und Mosel ausgerechnet den einzig verbliebenen skandalfreien CDU-Landesfürsten ab-

serviert hatte, polterte damals Alt-Kanzler Helmut Schmidt vor dem SEEHEIMER KREIS über das grassierende Unwesen eines skrupellosen Jungkarrieristentums, dem offenbar jedes Mittel zum allzu frühen Machterwerb recht zu sein schien. Barschel und Wilhelm wurden in diesem Zusammenhang als Prototypen einer neuen politischen Klasse genannt.

IV.

Solche enden meist nach dem Prinzip der *verbrannten Erde*, oder sie treten die Flucht nach vorn an. So auch Wilhelm, der in der Mainzer Wahlnacht vor Freunden im Fraktionssaal noch eins draufsetzen sollte: die *Deformierungen* in der Partei hätten gezeigt, daß *manches* noch viel früher hätte erfolgen müssen. Von Selbstkritik keine Spur! Außerdem bekam der übergeleitene Stammwähler sein Sonthofener Fett: »Wer Sozialismus wählt, den bestraft halt das Leben.«

In Wahrheit wurde jener Kandidat gewählt, der geschickt in der aufgeklärt-landeskonservativen Spur wandelte, die Vogel 1988 verlassen mußte. Rudolf Scharping wurde selbst von wertkonservativen CDU-Traditionalisten zum legitimen Nachfolger seines Vorgängers gekürt. Diese schreckte die Aussicht auf ein *rot-*

grünes Chaos weniger als die spätere Ministerpräsidentenschaft des gehaßten Königsmörders.

Rudolf Scharping wird seit dem Dezember-Absturz Lafontaines gern als der *Lieblingsenkel* Willy Brandts bezeichnet. Demgegenüber wird Hans-Otto Wilhelm einmal als der *häßliche uneheliche* Sohn des Helmut Kohl in die Geschichte seiner Landespartei eingehen. Uneheliche Kinder werden oft verstoßen, zumal dann, wenn sich die Alten in deren Gesichtern wiedererkennen. Ob es Kohl freilich gelingen wird, seinen *unehelichen* Wilhelm wieder loszuwerden, muß eher bezweifelt werden. Schließlich hat dieser vom Alten *Basisarbeits* wie Unempfindsamkeit gelernt. Kohl selbst, immer mehr zum *tönernen Koloß* deutscher Politik werdend, geht schließlich täglich mit dem Beispielspiel unerschrockener Überlebenskunst voran.

V.

Das Wahlergebnis vom 2. Dezember erweist sich noch kein halbes Jahr danach als Bundes-Geisel des Immobilismus. Bis auf *einen* möchten alle raus aus dem Getto des Votums zur Einheit.

Die Union wird nur noch durch den *Zwang der Zahlen* und des Kanzlers dumpfen Ost-Attentismus zusammengehalten. In Ermangelung einer ganzen, von Kohl ausgestandenen Politiker- bzw. Nachfolgenergeneration flüchten sich Unionshoffnungen in die Wiederkehr 60jähri-

ger *Erneuerer* wie Geißler oder Biedenkopf. Andernorts behilft man sich noch fragwürdiger mit alten Kameraden. In Kiel konnte der einstige Barschel-Spezi Kribben dem honorigen Heiko Hoffmann als Oppositionsführer den Rang ablaufen, während in Wiesbaden mit Manfred Kanther der frühere Kampfhund Alfred Dreggers den gestrauchelten Wallmann ablösen durfte.

In der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG wurde jüngst die Politikflucht jungkonservativer Eliten beklagt. Dabei waren es die gleichen Schreiber wie Blätter, die noch vor kurzem Kohl zum großartigen Staatsmann stilisiert hatten und heute erkennen müssen, daß dieser das angeblich banale Wesen von Politik derart penetrant zur Erscheinung gebracht hat, daß es Jungtalenten nicht verübelt werden kann, dieser Art von Politik den Rücken zu kehren und sich andernorts gesellschaftlich nützlich zu machen. Der Fisch stinkt vom Kopfe her.

VI.

In der Politik gewinnt selten der *reine* Typus. Mit Rudolf Scharping siegte eine moderate »Enkel«-Kreuzung: aus Lafontaines Machtinstinkt – abzüglich seines Polarisierungseffekts; und Engholms integrativer Modernität – zuzüglich vielgeschmähter Sekundärtugenden. Der Sieger von Mainz repräsentiert den Typus des Halb-68ers, des zähen, gestandenen Juso-

Vater und Sohn

Foto: JOKER/A. v. d. Osten-Sacken



Funktionärs der 70er Jahre, der die Auferstehung der Grünen in den 80ern nur als progressives Raubrittertum auf ureigenem Thementerrain empfand.

Nahmen Schröder in Niedersachsen und Eichel in Hessen den GRÜNEN das Umwelt- (Monika Griefahn) und Frauenressort (Heide Pfarr), zeigte Scharping den rheinland-pfälzischen GRÜNEN gänzlich die kalte Koalitionsschulter, – wohlkalkulierend, daß das konservative Land, der tiefschwarze Verwaltungsapparat, eine bundespolitische Signalerwartung wie die landespolitische Gemengelage anderes als Rot-Grün erforderte.

Eine kontemplativ-ästhetisierende Behandlung von Politik mag Scharping noch so sehr in gängigen Yuppie-Klischees als spröden Sparkassenleiter oder steifen Chefbuchhalter vorführen, er befindet sich auf der Höhe einer sozialpolitischen Modernisierung, wo weniger Gewerkschaftstraditionalismus als ein ausdauerndes Reformtechnokratentum gefragt zu sein scheint, das den Zeitgeist spielerisch zu streicheln versteht, ohne dabei die soziale Bodenhaftung zu verlieren.

GESPRÄCH MIT DAN DINER

Stabilität im Nahen Osten?

Der Golfkrieg hat tiefe Gräben in das Selbstverständnis der bundesdeutschen Linken gerissen. Als einer der schärfsten Kritiker der Friedensbewegung trat dabei der in Frankfurt und Tel Aviv lebende Publizist Dan Diner auf, Professor für Außereuropäische Geschichte in Essen und Tel Aviv. Seine Einschätzung, die Friedensbewegung könne es womöglich den USA nicht verzeihen, mit Groß-Deutschland Schluß gemacht zu haben, brachte eine ganze Szene zum Bersten.

Das folgende Gespräch wurde am 8. 5. 1991 in der Sendung PASSAGEN des Schweizer Radios gesendet. Die Fragen stellte der in Frankfurt lebende Schweizer Publizist Felix Schneider.

Felix Schneider: Israel hat ja immer in seiner Armee die wichtigste Garantie seiner Sicherheit gesehen. Nur ist die israelische Armee, die man die beste Armee der Welt genannt hat, im

jüngsten Golfkrieg gar nicht zum Einsatz gekommen, obwohl das Land unmittelbar bedroht war.

Und die beste Armee der Welt hat nicht verhindern können, daß Scud-Raketen auf Wohngebiete niedergingen, Menschenleben forderten. Und die Armee konnte und kann die Angst nicht verhindern, die Angst vor Raketen mit atomaren oder chemischen Sprengköpfen. Wie wird heute in Israel über Sicherheit diskutiert und wie denken Sie über dieses Problem?

Dan Diner: Gemäß der eigenen Militärphilosophie beruht die Sicherheit Israels wesentlich darauf, die arabischen Staaten glaubwürdig abschrecken zu können. Israel hätte also unter den Bedingungen des Golfkrieges und des Angriffs mittels der Scud-Raketen unmittelbar zurückschlagen müssen. Daß dies nicht geschehen ist, hat mehrere Gründe: So war es für Israel unmöglich, militärisch aus der Luft mehr zu leisten als die Amerikaner bzw. die Alliierten, die ja ohnehin die Luftherrschaft über den Irak und die gesamte Region innehatten. Da hätte Israel unter Umständen die Glaubwürdigkeit der eigenen Abschreckung eher abgebaut, statt sie zu festigen.

Auch eine kombinierte Luft- und Luftlandaktion war keine realisierbare Alternative, denn sie hätte mit dem Zusammenbruch Jordaniens enden können. Dies aber widersprach den Maßgaben der Vereinigten Staaten, auf keinen Fall einzugreifen. Der israelische Beitrag zum Golfkrieg war eben, nichts zu tun. Denn gegen den Irak war bekanntlich eine Koalition zusammengeführt worden, in deren Mitte die wichtigsten arabischen Staaten lagen, nämlich Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien. Der Sinn der Angriffe auf Israel war ja kein militärischer gewesen, sondern ein politischer: Israel sollte zum Gegenschlag herausgefordert werden, um jene Koalition aufzubrechen und den Golfkrieg, der ja ein irakisch-arabisch-westlicher Krieg gewesen ist, zu einem israelisch-arabischen umzumünzen. Das Entscheidende und für die Zukunft Relevante daran ist: Israel mußte den Interessen der Amerikaner bzw. der Allianz Rechnung tragen und seine eigenen Interessen, d. h. das Moment der Abschreckung, zurückstellen.

Soweit die eher politische und militärstrategische Ebene des Problems. Für die Befindlichkeit der Bevölkerung entscheidender aber war die emotionale Ebene: Im Unterschied zu allen anderen Kriegen, an denen Israel beteiligt war – und dies war ein Krieg, an dem Israel beteiligt war, wenn auch durch Nichthandeln – hat eine Verkehrung zwischen Front und Hinterland stattgefunden. Die *Front* steht dabei für so et-

was wie Realität und das *Hinterland* für so etwas wie Phantasie, Erinnerung. Die Menschen in Israel waren mit der jüdischen Erinnerung konfrontiert – im Unterschied zur israelischen Realität. Und da haben die Raketen, da hat die Bedrohung durch einen möglichen Gasangriff die Erinnerungsbestände des kollektiven Gedächtnisses aufgewühlt. Ich würde so weit gehen und sagen: Die Israelis sind dadurch wieder zu Juden geworden.

Felix Schneider: Hat das auch zu dem nationalen Schulterschuß zwischen der Regierung und der Bevölkerung geführt, den ich glaube beobachtet zu haben, also zu einer großen Einheit und Einigkeit im Lande?

Dan Diner: Ich würde das nicht so überziehen. Die Regierung, diese rechte, nationalistische Regierung, die ständig die wirklichen oder vermeintlichen Interessen des Gemeinwohls im Munde führt, hat sich ja gerade nicht so verhalten, wie es ihrem eigenen Bild von sich selbst entsprochen hätte, sondern eher so, wie die Opposition ihr geraten hätte. Der Schulterschuß zwischen der Bevölkerung und der Regierung ist zustande gekommen, weil die Regierung sich nicht so verhalten hat, wie die Mehrheit der Bevölkerung es von dieser Regierung befürchtet hatte.

Felix Schneider: Nämlich?

Dan Diner: Auf die erste Rakete mit einem massiven Gegenschlag zu reagieren. Und das hätte bedeutet, jordanisches Territorium zumindest zu überfliegen oder sogar jordanische Flugabwehrraketen am Boden zu zerstören. Der jordanische Staat hätte wahrscheinlich diese Erschütterung nicht überlebt und der Golfkrieg wäre dann zum allgemeinen arabisch-israelischen Konflikt ausgewachsen mit undenkbaren Folgen, unter Umständen sogar dem Einsatz von taktischen Nuklearwaffen. Bildlich gesprochen: In diesem Krieg war die Entfernung zwischen Bagdad und Tel Aviv kürzer als die von Tel Aviv nach Bagdad.

Felix Schneider: Wie hat sich die Situation der Palästinenser durch und nach dem Golfkrieg verändert?

Dan Diner: Die PLO unter Yassir Arafat hat durch die Solidarität mit Saddam Hussein schon in der Vorkriegsphase ohne Not einen Schritt getan, der zwar der Meinung der Palästinenser entsprach, nicht aber ihren politischen Interessen. Das hat nunmehr dazu geführt, daß das Gewicht der Palästinenser gegenüber den arabischen Staaten abgenommen hat.

Bis zum Junikrieg 1967 war die Palästinenserfrage im Wesentlichen als ein Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten wahr-



Friedensbewegung im Zwieliht I:
Pazifismus für Israel?

Foto: JOKER

genommen worden. Nachdem aber die arabischen Staaten 1967 eine massive militärische Niederlage erlitten hatten, wurde der Konflikt in der Zeit danach immer mehr »palästinisiert«, d. h. der israelisch-palästinensische Konflikt bekam gegenüber dem israelisch-arabischen primäre, dominierende Bedeutung, was ja auch die PLO aufwertete.

Das Ergebnis des Golfkriegs ist nun – zum Teil – eine Art Rückkehr zur Situation von vor 1967: eine Minderung des Gewichts der Palästinenser im Verhältnis zu dem der arabischen Staaten. Nötig wird dadurch ein neuerlicher Kompromiß zwischen den Interessen der Palästinenser und denen der arabischen Staaten, die gerade über den Konflikt um Kuwait erfahren haben, daß die Palästinafrage zwar ein äußerst wichtiges, aber nicht das einzige Problem im Nahen Osten ist.

Felix Schneider: Nun könnte ein optimistischer Palästinenser sagen: Die Alliierten haben behauptet, mit ihrem Krieg nur den Beschlüssen des Weltsicherheitsrates bezüglich Kuwait und Irak Geltung zu verschaffen. Um glaubwürdig zu bleiben, müssen sie jetzt auch die Beschlüsse des Weltsicherheitsrats bezüglich Is-

rael und der Palästinenserfrage durchsetzen. Das würde bedeuten, daß Israel beispielsweise die besetzten Gebiete zurückgeben müßte. Das würde eine Stärkung der Palästinenser bedeuten. Als pessimistischer Palästinenser könnte man sagen: Wenn es in der Region neben dem Iran überhaupt einen Sieger gibt, dann Israel. Warum soll Israel gerade in dieser Position der Stärke Kompromisse eingehen?

Dan Diner: Ich denke, daß der Krieg am Golf die Bedingungen für einen Friedensprozeß enorm gestärkt hat. Ich bin nicht ganz Ihrer Meinung, daß Israel neben dem Iran zu den unmittelbaren Gewinnern dieses Krieges gehört. Israel gehört eher zu den Verlierern in diesem Konflikt, weil mittels dieses Krieges die Vereinigten Staaten eine größere Verpflichtung auf sich geladen haben, eine Lösung in der Palästinenserfrage anzustreben. Dieser Krieg wurde im Wesentlichen geführt, um die Stabilität der Region zu sichern. Die Eroberung und Annektion Kuweits durch den Irak hat den gesamten Nahen Osten tief erschüttert. Mit Ausnahme Jordaniens – und dies aufgrund der Palästinenserfrage – sind alle Nachbarstaaten, Iran, die Türkei, Syrien, Israel, Saudiarabien, Ägypten, alle, für einen Krieg gegen den Irak eingetreten.

Nun, nach dem Krieg, der für die USA und die umliegenden Staaten positiv ausgegangen ist, stehen die Vereinigten Staaten unter Zugzwang, eine Friedenslösung herbeizuführen, und zwar nicht, weil sie ihr Handeln mit UNO-Resolutionen begründet haben, sondern weil die Stabilität der Region es erforderlich macht. Und der entscheidendste Faktor der Instabilität der Region ist eben die Palästinafrage.

Dies ist umso dringlicher, als der Ost-West-Gegensatz, der ja mittels des atomaren Patts der Supermächte dazu beigetragen hat, daß so etwas wie Stabilität in der Region gewahrt wurde, heute nicht mehr besteht. Aus diesem Grund sind Konflikte und Kriege wieder in einem hohen Maße möglich geworden. Der Zugriff Saddam Husseins auf Kuweit wäre undenkbar gewesen, hätte der kalte Krieg, das System der Bipolarität auch in der Region, noch Geltung gehabt.

Kurz: Israel wird über kurz oder lang veranlaßt werden, sei es durch gutes Zureden oder durch andere Formen, sich auf eine Entwicklung einzulassen, die man als Friedensgespräche bezeichnen könnte.

Felix Schneider: Kommt man bei diesen Gesprächen um die PLO herum?

Dan Diner: Es geht wohl erst mal darum, Gespräche überhaupt einzuleiten, dabei die Palästinenser in den besetzten Gebieten in einem

höherem Maße aufzuwerten, die PLO in den ersten Wochen oder Monaten vor der Tür zu lassen, und dann, wenn die Gespräche tatsächlich eine positive Richtung einschlagen, die PLO mit in diese Gespräche einzubinden, sei es im Rahmen einer gesamtarabischen oder einer palästinensisch-jordanischen Delegation – oder auch allein, wozu ich allerdings nicht raten würde. Die Einbindung der PLO scheint mir schon aus dem Grund wichtig, weil sie so etwas wie ein historischer Legitimationsfaktor für die palästinensische Sache darstellt. Nur wird die PLO sich mit der Aufwertung der Palästinenser in den besetzten Gebieten abfinden müssen.

Felix Schneider: Wie ist es möglich gewesen, daß so viele Palästinenser – nicht die Führung, die Massen – begeistert waren von Saddam Hussein und seinem Krieg. Wahrscheinlich glaubt doch kein Palästinenser im Ernst, Saddam Hussein habe Kuweit überfallen, um den Palästinensern zu helfen.

Dan Diner: Das nicht. Übrigens: Ein Tag vor dem Krieg ist einer der bedeutenden Führer und strategischen Denker der Palästinenser und der PLO, Abu Yjad, ermordet worden. Ich denke, daß diese Tat auf Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Unterstützung Saddam Husseins zurückgeht. Aber wie auch immer: Die überwiegende Mehrheit der Palästinenser hat mit ihrer Zustimmung zu Saddam Hussein implizit für eine militärische Lösung in der Palästinafrage optiert, und damit auch gegen die gesamte Entwicklung zum Jahre 1988; denn 1988 sind die Palästinenser zu einem *inneren Kompromiß* mit sich selbst gekommen. Vermittelt wurde dabei zwischen den Interessen der Palästinenser, die als Flüchtlinge und Vertriebene in den Lagern leben, also zwischen der Forderung nach Rückkehr in die 1948 verlassenen Gebiete, und den Interessen der Palästinenser in den 1967 besetzten Gebieten – und erst dieser »innere Kompromiß« hat die Palästinenser insgesamt auch »nach außen« kompromißfähig gemacht, solange die PLO die UNO-Resolution 242 anerkennen und damit auch gleichzeitig die Anerkennung Israels aussprechen konnte. Die Begeisterung der Palästinenser für Saddam war Ausdruck einer tiefen Enttäuschung. Das kann man verstehen. Weniger kann man verstehen, daß die PLO als eine politische Instanz sich davon hat beeindrucken lassen. Politisch Verantwortliche haben doch abzuwägen zwischen der Stimmung in der Bevölkerung, die schnell umschlagen kann, was auch passiert ist innerhalb weniger Wochen, und dem strategischen Ziel, den Verhandlungen.

Felix Schneider: Sie haben erwähnt, die Amerikaner hätten den Krieg vor allem um der Sta-

bilität willen geführt. Nun ist aber das erste und unmittelbare Resultat dieses Krieges nicht eben die Stabilität im Irak gewesen, sondern der von den Amerikanern ermunterte Aufstand der Schiiten und Kurden, und dann haben sich die Amerikaner doch auf die Seite Saddam Husseins geschlagen und haben ihn diesen Aufstand brutal niederschlagen lassen. Haben die USA ihr Kriegsziel, die Stabilität, verfehlt?

Dan Diner: Wie die meisten Staaten im Nahen Osten, außer Ägypten, ist der Irak ein Kunstgebilde. Er ist eine Kombination von arabischen Schiiten, arabischen Sunniten und sunnitischen Kurden, dessen Integration als Staat heute auf einem despotischen Regime beruht, also unmittelbar von der Person Saddam Husseins und seiner Klientel abhängt. Die politische Führung der Vereinigten Staaten muß gewußt haben, wie dünn die Grundlage der territorialen Integrität des Irak ist, denn sonst gibt es keine Erklärung dafür, daß sie die Streitkräfte Saddam Husseins nicht endgültig vernichten ließ. Sie hat seine REPUBLIKANISCHE GARDE, das Rückgrat des Regimes, entkommen lassen, genau um das Auseinanderfallen des Landes zu verhindern, denn dann wäre ein Vakuum entstanden: Die Türkei hat Gebietsforderungen an den Irak, Iran, unter Umständen auch Syrien – der Irak wäre libanonisiert worden, und dann wäre In-

stabilität für die nächsten Jahre und vielleicht sogar für das nächste oder übernächste Jahrzehnt gesät worden.

Die Tragik der Kurden ist, daß Bush wohl damit gerechnet hat, Saddam Hussein werde von jemandem aus seinem Milieu oder von einem General oder einem Offizier der Armee gestürzt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Bush, obwohl er so verstanden werden konnte, meinte, die Kurden sollten auf eigene Faust versuchen, etwas zu tun.

Felix Schneider: Stabilität heißt dann aber nur Garantie der staatlichen Integrität, Unantastbarkeit der Grenzen. Und ist das denn so viel wichtiger als das Überlebensrecht eines ganzen Volkes, nämlich des kurdischen?

Dan Diner: Nein, ich glaube nicht, daß es ausreicht, nur denke ich, daß die Garantie der territorialen Integrität die Bedingung ist dafür, daß man darüber hinaus Minderheiten das Recht auf Leben und auf Sicherheit garantieren kann. Denn wenn es diese territoriale Integrität nicht gibt, dann zerfällt der Nahe Osten nur noch in Minderheiten, die auf eigene Faust versuchen würden, Staatlichkeit herzustellen: ein Gebiet, in dem fast jeder gegen jeden kämpft ohne Ende.

Felix Schneider: Was halten Sie von der Auffassung, daß der Golfkrieg so etwas wie das

Friedensbewegung im Zwielicht II: Fragwürdige Gleichsetzungen

Foto: JOKER/Rainer Steuflöff



Modell, der Vorbote für die jetzt anstehenden Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes ist?

Dan Diner: Ich weiß nicht, ob ich den Krieg am Golf als *Vorbote* bezeichnen würde. Ich denke, daß die Umstände sehr, sehr spezifisch gewesen sind und sich nicht beliebig wiederholen lassen. Ich war mit einem lachenden und einem weinenden Auge ein Befürworter der bipolaren Weltordnung, weil sie Konflikte dieser Art niedergehalten hat: Sie haben bestanden, auch der Konflikt zwischen Irak und Kuwait ist ja sehr alt, aber sie konnten nicht ausbrechen. Jetzt können sie ausbrechen, zwischen Indien und Pakistan, in der UdSSR, im Baltikum, in Jugoslawien, an anderen Orten, wer weiß?

Aus diesem Grund meine ich, daß den Vereinten Nationen in einem höheren Maße so etwas wie ein Monopol auf die Anwendung internationaler Gewalt zugesprochen werden muß. Realisiert, exekutiert werden müßte diese Gewalt allerdings von den Großmächten, denn keine Macht als die Vereinigten Staaten wäre wohl fähig gewesen, in so kurzer Zeit Truppen von einem Ort der Welt zu einem anderen zu bewegen. Trotzdem meine ich, daß der Sicherheitsrat, einstimmig, ohne Veto, schon im Sinne der Weltgemeinschaft gehandelt hat.

Felix Schneider: Wenn die neue Weltordnung von den Großmächten militärisch abgesichert werden muß, ist es dann denkbar, daß die Grundvoraussetzung für eine etwas friedlichere neue Weltordnung, nämlich die Umverteilung der Ressourcen, ein Ausgleich des Nord-Süd-Gegensatzes, überhaupt stattfindet. Hieße das nicht, daß die Großmächte dann gegen ihre eigenen ökonomischen Interessen eine Weltordnung absichern müßten, die sie aus moralischen Gründen vielleicht wollen – aber können sie sie wollen, aus Interessengründen?

Dan Diner: Ich gehe davon aus, daß dies von Mal zu Mal völlig verschieden sein wird. Der gegenwärtige Golfkrieg war nur insofern ein Konflikt um Ressourcen, als der Irak und der Iran nach ihrem 8jährigen Krieg ökonomisch völlig ausgeblutet waren und der Irak nun in der Art eines Bankraubes die staatliche Existenz Kuweits auflöste. Man könnte sich vorstellen, daß die arabischen Staaten, die ja so etwas wie Gemeinsamkeit insinuierten, eine Agentur bilden, um Reichtum und Armut auszugleichen. Allerdings hat der Irak unter Saddam Hussein in den 70er Jahren, als die Rohölpreise hoch waren, sich in keiner Weise darum gekümmert, seinen Reichtum mit ärmeren Ländern zu teilen. Jeder Staat verhält sich letztendlich egoistisch und auf sich bezogen. Aber die Frage der gerechten Verteilung von Ressourcen ist eine Frage regio-

nalener Entscheidungen und ich glaube nicht, daß Europa und die Vereinigten Staaten da unmittelbar eingreifen können.

Felix Schneider: Wenn Sie einmal versuchen, zuerst ganz optimistisch und dann ganz pessimistisch zu sein, welches wäre die bestmögliche Wendung, die die Geschichte im Nahen Osten heute nehmen könnte, welches die schlimmstmögliche. Wenn Sie überschwenglich sind, was hoffen Sie, wenn Sie deprimiert sind, wovor haben Sie Angst?

Dan Diner: Wenn ich realistisch beurteile und nicht träumend sinniere, dann kann ich eine Entwicklung erhoffen, die mit einem leichten Druck der Vereinigten Staaten auf die israelische Regierung beginnt. Die israelische Regierung wäre dann nicht im Stande, die Minimalforderungen zu erfüllen, die sowohl die Vereinigten Staaten wie die arabischen Staaten, aber auch ein Großteil der israelischen Bevölkerung von ihr erfüllt sehen möchte. Ein Rücktritt Schamirs könnte folgen, unter Umständen gäbe es Neuwahlen. Auch ein Auseinanderbrechen der beiden großen Parteien und eine neue Kombination der politischen Kräfte Israels wäre sinnvoll, denn ich denke, daß eine Mehrheit der israelischen Bevölkerung durchaus für die Einleitung eines Friedensprozesses ist. Schließlich kämen sich Israel auf der einen Seite, die Palästinenser und die arabischen Staaten auf der anderen Seite langsam näher. Eine Friedenslösung brächte letztendlich, vielleicht in einigen Jahren, einen palästinensischen Staat neben Israel, vielleicht in Kombination mit Jordanien.

Die *pessimistische* Variante: eine starre israelische Regierung, keine Bewegung in dem Konflikt, eine weitere Zunahme der Hoffnungslosigkeit unter den Palästinensern und unter den Arabern, und dann, aus welchem Anlaß auch immer, der Beginn eines israelisch-syrischen und eventuell israelisch-arabischen Krieges, bei dem womöglich noch mehr eingesetzt wird als Raketen.

Neue Dimensionen der Sicherheits- und Entwicklungspolitik

Frieden bedeutet mehr als das Ruhen der Waffen. Frieden heißt, daß die Menschen und die Staaten ihre Beziehungen untereinander ohne Gewalt regeln und ihre Konflikte durch gerechten Ausgleich lösen. Krieg umfaßt mehr als die Vernichtung durch militärische Mittel. Krieg herrscht immer dann, wenn Menschen durch gesellschaftlich organisierte Gewalt ihrer Freiheit und ihres Lebens beraubt werden.

Wenn wir den Frieden bewahren wollen, müssen wir mehr und mehr über die Kategorien des Militärischen und der politischen Gewalt hinausdenken. Die friedens- und sicherheitspolitische Debatte, die sich bisher vorwiegend auf militärische Rüstung und Abschreckung, Abrüstung und Sicherheit konzentriert hat, muß erweitert werden. Sie hat – wenn es um die Perspektiven globaler Friedenspolitik im Übergang zu einem neuen Jahrtausend geht – neue Dimensionen der globalen Gefährdung ins Auge zu fassen.

Hinzu kommt die ökologische Dimension globaler Sicherheit. Der Krieg, der gegen die Natur geführt wird, wird immer mehr Menschen das Leben kosten, wenn es in Wirtschaft und Technik nicht bald zu einer wirklichen Kurskorrektur kommt. Diese Dimension von Sicherheit betrifft nicht nur den Süden. Die Erdatmosphäre und das Ozon, das Wasser und die Radioaktivität übergreifenden Länder und Kontinente, Nord und Süd.

Die ökologische und die sozioökonomische Dimension von Sicherheit wirken aufeinander ein. Wachsende Armut bewirkt direkt und indirekt durch Verschärfung des Bevölkerungswachstums einen immer größeren Raubbau an der Natur.

Die Erschöpfung von Ressourcen und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen führen wiederum zu wachsender Armut. Diese Wechselwirkung bewirkt einen tödlichen Kreislauf, der zunächst vor allem den Süden bedroht, dann aber immer härter den Norden treffen wird.

Globale Friedenspolitik kann sich nicht mehr auf politisch-ideologische Entspannung, Abrüstung und Kriegsverhinderung beschränken. Sie muß gleichzeitig überall auf der Welt auch die wachsende Armut und die Zerstörung der Umwelt bekämpfen.

Ursachen globaler Sicherheitsrisiken

Der herrschende Entwicklungsbegriff

Ob eine Gesellschaft als entwickelt gilt, hängt im herrschenden Verständnis bisher allein von der in Geld ausgedrückten und über den Markt vermittelten Höhe ihrer jährlichen Produktionsleistung ab. Je höher das reale Bruttosozialprodukt pro Kopf und seine Wachstumsrate, desto besser. Der Begriff von Fortschritt und Entwicklung, der in den Industrieländern die Theorie und die Praxis von Wirtschaft und Politik bestimmt und damit auch die weltwirtschaftlichen Beziehungen prägt, ist also durch vier Verengungen bestimmt.

Er wird einseitig von *wirtschaftlichen Kategorien* her bestimmt. Entwicklung wird rein *quantitativ* in Gestalt einer abstrakten Werteinheit gemessen. Die solchermaßen bestimmte Größe ist nur auf die Leistung einer *vergangenen* Zeitperiode bezogen. Alle Leistungen, die nicht in Geld bewertbaren *Transaktionen* erfaßbar sind, fallen aus der Betrachtung heraus.

Ausgeklammert aus dieser mit dem Wachstum des Bruttosozialprodukts gleichgesetzten Definition der Entwicklung sind alle Leistungen und Schäden, die von der Sozialprodukt-Rechnung nicht registriert werden, nur qualitativ erfaßbar sind, nicht in Geld ausgedrückt werden (können) und nicht auf gesellschaftlichem Austausch beruhen.

Dieser Entwicklungsbegriff sagt etwas aus über den abstrakten Wert der produzierten Güter und Dienstleistungen, die über den Markt ausgetauscht wurden. Er sagt aber nichts darüber aus, wie etwa die Einkommen und Vermögen verteilt sind; wie sich der Bestand an gesellschaftlichem und kulturellem Vermögen und an natürlichen Ressourcen verändert hat; ob Krankheiten und Kriminalität, ob die Zahl der Verkehrs- und Drogentoten zu- oder abgenommen hat; auch nicht, ob die Menschen einsamer, ihr Streß und ihre Zukunftsangst größer geworden, ob das Wasser noch trinkbar und die Luft noch zu atmen ist.

Dieser verengte Begriff von Entwicklung, der bis heute als zentrale Leitgröße im Mittelpunkt aller politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen steht, kann bestimmte Zukunftsrisiken per definitionem gar nicht erfas-

sen und bildet auf die Dauer selbst ein Sicherheitsrisiko.

Soziale Befriedung durch permanentes Wachstum

Es kann nicht Wunder nehmen, daß ein solcher Entwicklungsbegriff notwendigerweise eine Wirtschaftsweise verfestigt, in der die Arbeitsproduktivität und nicht die Ressourcenschonung Vorrang hat, in der bei stetiger Substitution von Arbeit durch Natur die gegenwärtige Produktion zu Lasten künftiger natürlicher Lebensgrundlagen auf immer höhere Ebenen gefahren wird. Das gesteckte Ziel wurde in den westlichen Industrieländern auch tatsächlich erreicht. Wirtschaft und Politik feierten während der letzten vier Jahrzehnte eine Explosion von Produktion und Konsum.

Die Ölkrise von 1973 und 1979, Reaktorunfälle und Umweltskandale schärften (nach einer ersten, schnell verflogenen Nachdenklichkeit Anfang der 70er Jahre) dann vor allem seit Anfang der 80er Jahre in Teilen der Gesellschaft das Bewußtsein für die ökologischen Probleme, die ein ungehemmtes Wachstum, das ad infinitum ausgelegt ist, verursacht.

Diese Erkenntnis wurde aber von denen, auf die es in Politik, Wirtschaft und Wissen-

schaft ankam, schnell verdrängt. Vielleicht war dafür entscheidend, daß sich zumindest in der Bundesrepublik während drei Jahrzehnten das Wirtschaftswachstum nicht nur als Wohlfahrtsfaktor, sondern davon abgeleitet, auch als Patentlösung für die Entschärfung sozialer Konflikte bewährt hatte. Solange der Kuchen des Sozialprodukts wuchs und sich jeder davon ein absolut immer größeres Stück abschneiden konnte, konnte die Umverteilung von Einkommen und Vermögen bloße Rhetorik bleiben. Das Wachstum wurde unverzichtbar, denn ein alternatives Konzept für soziale Befriedung lag nicht vor.

Die eingängige Formel, die sowohl altem wie neuem Bewußtsein gerecht werden soll, lautet: mehr Umweltschutz durch Wachstum. Mehr Wachstum durch Umweltschutz. *Alles roger!* Die Automobilindustrie konnte wie nie zuvor boomen, der Ausstoß an fckw-bestückten Sprays und Kühlschränken explodieren, Gewässer und Luft durch immer mehr Energie und Materialeinsatz gereinigt werden.

Die Folgen sind bekannt. Das Ozonloch weitet sich. Die Erdatmosphäre erwärmt sich. Nicht regenerierbare Ressourcen werden immer knapper. Über 80 % der Umweltschäden und des Ressourcenverbrauchs dieser Erde werden von den Industrieländern verursacht, in

Wie in der Dritten Welt: Kinderarbeit auf Kreta

Foto: JOKER/A. v. d. Osten-Sacken



denen nur 20 % der Weltbevölkerung leben. Die 80 % der Weltbevölkerung – das sind 4 Mrd. Menschen, die in der Dritten Welt leben – verfügen nur über 20 % der Weltressourcen. Sie können sich gegen den exzessiven Verbrauch von Natur durch die Industrieländer nicht wehren.

Nord-Lok soll Süd-Zug ziehen

Es gibt eine dritte zentrale Ursache für die wachsenden globalen Sicherheitsrisiken in Gestalt von Massenelend und globaler Umweltzerstörung. Das ist die im Norden diktierte und von kleineren Eliten des Südens akzeptierte Entwicklungsstrategie für die Dritte Welt. Sie geht davon aus, daß es möglich ist, die Entwicklungsländer in wenigen Jahrzehnten – quasi in einem „verkürzten Verfahren“ – auf ein Wohlstandsniveau zu heben, das die Industrieländer erst in Jahrhunderten erreicht haben.

Man setzte auf extern durch Kredite finanzierte Modernisierung durch kapitalintensive Industrialisierung und schnelle Integration in den Weltmarkt. Der Binnenmarkt, die Landwirtschaft und das kleine Gewerbe wurden vernachlässigt. Von extern angestoßenen Investitionen in den industriellen Sektor und in die Infrastruktur wurde ein *Trickle down* auf die gesamte Volkswirtschaft und eine wachstumsintensive Vernetzung von Export und Binnenmarkt, von großer und kleiner Industrie, von Gewerbe und Landwirtschaft erwartet: Technologische Transfers, neue Arbeitsplätze, der Aufbau von Know-how, größere Wettbewerbsfähigkeit und letztlich ein kräftiges reales Wirtschaftswachstum sollten das Ergebnis sein.

Die Rechnung ging nicht auf. Die Euphorie der 60er und 70er Jahre zerplatzte in der Verschuldungskrise, die seit Beginn der 80er Jahre den Kreislauf von Armut und Umweltzerstörung immer kräftiger anstößt. Die Entwicklungsstrategie der 60er und 70er Jahre, die in den 80er Jahren in der vom IWF instrumentierten Anpassungspolitik fortlebt, muß mit dafür verantwortlich gemacht werden, daß sich Armut und auch wieder verstärkt Krankheit und Analphabetismus in der Dritten Welt ausbreiten, daß das reale Pro-Kopf-Einkommen seit Jahren sinkt, daß die großen Städte explodieren und die Umwelt progressiv zerstört wird.

Dies alles geschieht allerdings auch durch das Versagen eines großen Teils der Eliten der Dritten Welt. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß größere Kompetenz und Verantwortlichkeit auf seiten dieser verhältnismäßig sehr klei-

nen Führungsschicht die Krise der Dritten Welt hätte abwenden können. Wo eine Strategie im Kern falsch angelegt ist – und sie wurde im Norden als Konzept *nachholender* Entwicklung konzipiert –, hätte auch eine größere Durchführungskompetenz im Süden das Ergebnis nicht grundlegend verbessern können.

Die Lösung aller Probleme wird nach wie vor von einem möglichst hohen Wachstum in den Industrieländern erwartet. Dieses soll über eine hohe internationale Arbeitsteilung die wirtschaftliche Aktivität in der Dritten Welt anheizen. Die Lokomotive der Industrieländer soll also wie eh und je den Zug der Entwicklungsländer ziehen. Das ist unverändert das Dogma der herrschenden Entwicklungsstrategie. Was in den Industrieländern innergesellschaftlich bisher bis zu einem gewissen Grad funktioniert hat, nämlich soziale Befriedung durch Wachstum, das ist auch das Rezept, um den Konflikt zwischen dem Norden und Süden zu begrenzen. Dabei wird übersehen, daß diese Methode rein logisch nur funktionieren kann, wenn die ökologischen Lasten des Wachstums *exportiert* werden können. Dies kann für begrenzte Räume vielleicht zeitweilig eine (wenn auch schlechte) Lösung sein, niemals aber für den Globus. Es wird auf die leichte Schulter genommen, daß sich nach dem Lokomotiv-Konzept das Sozialprodukt im industriellen Norden mindestens verzehnfachen müßte, um über die Vermittlungs- und Wohlfandeffekte des Welthandels den um ein Vielfaches größeren Süden auf ein den Industrieländern nur annähernd vergleichbares Niveau des Wohlstandes zu heben.

Kurskorrekturen

Entwicklung breiter definieren

Der Begriff von Entwicklung muß erweitert werden und neben der ökonomischen die kulturellen, sozialen und ökologischen Dimensionen des Lebens berücksichtigen. Er muß *kulturell* und *historisch* differenziert werden. Die Ziele können nicht oktroyiert werden, sie müssen vielmehr *demokratischer* Entscheidung verfügbar sein. Was Entwicklung ist, läßt sich also nicht allgemeingültig definieren, sondern muß im historischen und kulturellen Zusammenhang immer neu demokratisch entschieden werden. Allgemein kann nur bestimmt werden, was Fortschritt und Entwicklung *nicht* bewirken dürfen – nämlich die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Verkürzung individueller Lebensqualität auf die ökonomische Per-

spektive, der Verlust kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der künftigen durch die heutige Generation.

Korrektur der ökonomischen Strategie

Um die Qualität des Lebens zu erhöhen und den globalen Gefahren wachsender Armut und Umweltzerstörung zu begegnen, bedarf es neben einem neuen Begriff von Entwicklung einer grundlegenden Revision der ökonomischen Strategie, die zum Teil auf einer Umkehrung der herkömmlichen Logik des ökonomischen Denkens aufbauen muß. Bisher haben im Prinzip allein die kaufkräftigen Bedürfnisse darüber bestimmt, wie und was, wieviel und für wen produziert wurde. Davon leitete sich ab – variiert durch eine innovativ gerichtete Technologie –, was und wieviel an natürlichen Ressourcen und an Umwelt verbraucht wurde. Diese Logik muß zumindest relativiert werden, sollen weltweit ansteigende Bedürfnisse, die prinzipiell unbegrenzt sind, nicht eines Tages zwingend die Reserven der Natur sprengen. Die weltweit ausstrahlenden Medien des Nordens erhöhen täglich die Ansprüche, Erwartungen und Hoffnungen in den Ländern des Südens.

Wir müssen umdenken. Zunächst müssen wir den *eisernen Bestand* an globalen Ressourcen bestimmen, den wir im Blick auf ein bestimmtes technologisches Niveau brauchen, damit eine wachsende Weltbevölkerung dauerhaft ihre Grundbedürfnisse befriedigen kann. Von diesem ökologischen Ansatz her sind dann das maximale Volumen des möglichen Ressourcenverbrauchs und die Grenzwerte der Umweltbelastung abzuleiten. Das sich daraus ergebende Maximum der möglichen Produktion bestimmt dann den Spielraum, der periodisch für die Befriedigung der Bedürfnisse zur Verfügung steht. Dies hat nichts mit Planwirtschaft und Staatseingriffen zu tun, sondern lediglich mit einem verbindlichen ökologischen Rahmen, innerhalb dessen die Wirtschaftssubjekte dann in Produktion und Konsum frei entscheiden können.

Mit unserer geltenden Wirtschaftslogik sind wir nur deshalb noch nicht mit diesem ökonomisch-ökologischen Grundgesetz in völligen Widerspruch geraten, weil man das Potential der Natur und ihre Regenerationsfähigkeit lange als unendlich groß erachtete, so daß ein fast unbegrenzter Anstieg des Verbrauchs und der Naturbelastung möglich schien. Hinzu kommt, daß der Norden die ökologischen Belastungen, die seine exponentiell ansteigende Produktion verursachte, bisher teilweise trans-

ferieren und die Verknappung der Ressourcen im Norden durch eine rücksichtslose Ausbeutung der Natur im Süden kompensieren konnte.

Wachstum im Süden – Ökologischer Umbau im Norden

Angesichts des wachsenden Wohlstandsgefälles zwischen dem Norden und dem Süden müssen die global noch vorhandenen Wachstumsspielräume im Zweifel den Ländern des Südens zur Verfügung stehen. In kritischen Sektoren müssen, abgestuft nach dem Entwicklungsniveau einzelner Länder, Maximalwerte für den Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung festgelegt werden. Die reichen Länder müssen zurückstecken, um der wachsenden Bevölkerung des Südens die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse zu ermöglichen, gleichzeitig aber das Überleben späterer Generationen auch im Norden dauerhaft zu sichern.

Daraus leiten sich zwingend *zwei* ökonomische Maxime ab: zum einen: Das Wachstum im Süden muß in Zukunft wesentlich höher sein als im Norden. Zum anderen: Das Wachstum im Süden darf nicht mehr in erster Linie durch das Wachstum des Nordens induziert werden. Es muß verstärkt aus binnenwirtschaftlichen Kräften und einer verstärkten Arbeitsteilung im Süden fließen.

Angesichts begrenzter Weltressourcen hätte die Forderung, der Norden solle weiter oder gar verstärkt die Lokomotive spielen für den Süden, zur Folge, daß eben dadurch der Norden sich zunehmend noch mehr Ressourcen aneignet als der Süden und damit langfristig dessen reale Produktionsbasis zerstört.

Ökologisch verantwortliches Wachstum

Im Blick auf die mindestens 10 Mrd. Menschen Anfang des nächsten Jahrhunderts kann einer explosiven Verelendung im Süden nur dadurch begegnet werden, daß dort die Produktion deutlich gesteigert wird, wohlwissend, daß dies höchst ambivalent ist. Weiteres hohes Wachstum würde sich insofern positiv auswirken, als – unter der Bedingung einer sozialen Einkommensverteilung – die Armut verringert wird und damit die Chance besteht, daß dadurch infolge sozialer Fortschritte sowohl das Bevölkerungswachstum erheblich verringert würde als auch die armutsbedingte Umweltzerstörung vermindert werden könnte. Das Wachstum im Süden hätte aber auch einen negativen Effekt – es ist zwangsläufig mit einem weiteren Anstieg des Ressourcenverbrauchs und Umweltbelastung verknüpft. Das Dilemma ist klar: Um

langfristig die Bevölkerungsexplosion und den armutsbedingten Raubbau an der Natur zu stoppen, muß noch über mindestens zwei Jahrzehnte in Kauf genommen werden, daß hohes Wachstum zu zusätzlichen ökologischen Belastungen führt.

Es gibt nur einen Weg, um dieses Dilemma zu mildern: Der Süden muß unverzüglich einen konsequent ökologischen Entwicklungsweg einschlagen. Im Süden müssen also in einem wesentlich früheren Entwicklungsstadium als im Norden von vornherein neue Wege gegangen werden: in der Produktion, beim Einsatz von Energie, im Ausbau des Verkehrs, auch bei Produktentwicklung und Produktvermarktung. Im eigenen Interesse muß der Norden diesen Prozeß eines *anderen* Wachstums massiv und flächendeckend fördern: durch ökologische Expertise und dauernde large-scale-Beratung, durch massiven Transfer *modernster* Technologie, durch Verzicht auf Exporte und Importe, die sich im Süden umweltzerstörend auswirken, durch Bindung von Direktinvestitionen und Krediten an ökologische Bedingungen, durch Kapitaltransfers, um das teurere saubere Wachstum mitzufinanzieren. Das *saubere Wachstum* ist deshalb teurer, weil – im Gegensatz zur bisherigen Praxis im Norden – die sogenannten freien Güter von Natur und Umwelt in Zukunft nicht mehr beliebig und kostenlos genutzt werden dürfen. Jeder Ressourcenverbrauch und jede Umweltbelastung muß ja in Zukunft in die betriebs- und volkswirtschaftlichen Bilanzen und die Kalkulation der Güterpreise eingehen. Da der Süden dadurch bereits auf einem sehr niedrigen Entwicklungsstadium höhere Produktionskosten hinnehmen muß, als dies in den Industrieländern der Fall war, um im globalen Interesse weitere Umweltschäden zu vermindern, ist ein stetiger Lastenausgleich durch den Norden gerechtfertigt.

Soll der Süden weiter, aber ökologisch orientiert wachsen, so muß gleichzeitig der Norden von seinem auf quantitativ-abstrakte Expansion fixierten Wachstumsmodell abrücken und versuchen, zu einem auf umfassende Lebensqualität ausgerichteten Gleichgewichtsmodell des Arbeitens und Lebens, des Produzierens und Konsumierens überzugehen. Wachsen darf bei uns nur noch, was sozial und ökologisch verträglich ist – also etwa der ökologische Landbau, die Umwelttechnik, energiesparende Verkehrsmittel und soziale und kulturelle Dienstleistungen.

Abwicklung

STREITGESPRÄCH:
BRIGITTE SEEBACHER-BRANDT/
THOMAS SCHMID

Die Linke und die Einheit

Das Gespräch wurde vom »Frankfurter Salon für politische Kultur« veranstaltet und fand im März 1991 statt.

Brigitte Seebacher-Brandt: Die Linke hat an den historischen Ereignissen der deutschen Einheit vorbeigedacht, -geredet und -geschrieben. So vorbei, daß man heute noch schwer begreifen kann, warum. Man hat versucht, lange Linien der Erklärung zu ziehen, Linien, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Die Deutung, daß der deutsche Nationalstaat ein Übel an sich sei, machte sich kein linker Zeitgenosse je zu eigen. Die Linke ist nie gegen die Einheit gewesen; in Sonderheit nach dem Zweiten Weltkrieg – personifiziert durch Kurt Schumacher – hat die Linke ganz entschieden – gegen Adenauer und die CDU – die Einheit auf ihre Fahnen geschrieben und durch die Art, wie sie das getan hat, die Weichen stellen helfen, daß in der jungen Bundesrepublik Adenauer und die Union die Mehrheit für sich gewannen.

Nach der Wahlkatastrophe von 1957, als die CDU/CSU die absolute Mehrheit errang, gleichsam in Reaktion auf diese Wahlniederlage, hat die Sozialdemokratische Partei eine deutliche Abkehr von ihrem bisherigen deutschlandpolitischen Kurs vollzogen. Die SPD hat nun einen anderen Weg eingeschlagen, einen, der 1969 zur Übernahme der Regierung führte und zur Einleitung dessen, was die Ostpolitik genannt worden ist. Am Beginn der Ostpolitik stand zuerst das Bestreben, die sich immer stärker teilende Nation zusammenzuhalten – im Rahmen dessen, was damals möglich war und auf der Grundlage der Adenauerschen Westbindung.

Nach 20 Jahren Teilung und Kaltem Krieg war es nicht mehr vorstellbar, die Sowjetunion aus den von ihr besetzten Teilen Europas herauszudrängen. Man mußte also sehen, wie man sich mit der Sowjetunion würde arrangieren und ein Maximum an menschlichen Erleichterungen erreichen können, auf diesem Weg ein Minimum an nationalem Zusammengehörigkeitsgefühl zu bewahren.

Das zweite wesentliche Moment am Beginn der Ostpolitik war die völlige Eindeutigkeit des Maßstabes. Der Maßstab rührte aus dem Gefühl für die selbstverständliche Überlegenheit der Bundesrepublik Deutschland, ihrer inneren Ordnung und ihrer äußeren Zugehörigkeit zum Westen politisch, ökonomisch und militärisch.

Damit befanden sich die Ostpolitiker der ersten Stunde in völliger Übereinstimmung mit den Menschen, die auf dem Territorium der DDR lebten. Deren Maßstab war von 1949 an das Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Die Fluchtwelle von 1949 bis 1961 – es waren 2,5 Millionen! – sprach für sich, nach dem Mauerbau konnten die Menschen mit den Füßen nicht mehr abstimmen, mit dem Stimmzettel sowieso nicht; aber wer Augen hatte zu sehen und Ohren zu hören, konnte auch nach 1961 keine Zweifel haben, daß im Bewußtsein der Menschen in der DDR die Grenze zum deutschen Westen immer offen blieb.

Diese historische Rückschau ist wesentlich für die Fähigkeit, am 9. November 1989 zu ermessen, was kommen würde. Es wundern sich im nachhinein noch viele, warum manche sofort gesehen haben, daß der Fall der Mauer die Einheit bedeute – wann auch immer sie dann realisiert werden würde – und nicht eine erneuerte DDR. Jener Staat hat zu keiner Zeit zwischen 1949 und 1989 dem Willen der großen Mehrheit der Menschen in der DDR entsprochen. Eine erneuerte DDR hat schließlich im Sinne der Oppositionsgruppen gelegen, die eine Menge beigetragen haben zum Sturz des Regimes. Den Untergang der DDR aber haben herbeigeführt die Menschen, die die DDR in Massen verlassen haben, als es – Sommer 1989 – wieder möglich war, sie zu verlassen. Man sollte auch in Erinnerung behalten, daß ab Mitte der 80er Jahre es möglich geworden war – ein Resultat der vielen menschlichen Erleichterungen! –, legal auszureisen und daß das Regime nur die Augen vor den Folgen verschlossen hat. Entscheidend in der historischen Rückschau ist, daß der Wunsch nach Einheit – zu leben wie in der Bundesrepublik – die große Mehrheit der Menschen im anderen deutschen Staat über die Jahrzehnte hin begleitet hat.

Dies erkannt zu haben, war das historische Verdienst derer, die 1989 in der Bundesrepublik regierten, derer, die das Erbe der Ostpolitik angetreten hatten – ich sage das nicht ohne Bitterkeit. Die staatliche Einheit Deutschlands ist mit Einsicht, Tatkraft, auch mit Glück verwirklicht worden. Es ging schnell auch deshalb, weil die äußeren Konstellationen 1989/90 günstig waren; es ist keine Floskel, wenn man sagt, sie wären in diesem Jahr nicht mehr günstig.

Wir haben den 3. Oktober erlebt, und für jeden, der ein freiheitliches Bewußtsein in sich trägt – ich dachte bis dato, dieses bestimme die Sozialdemokratische Partei Deutschlands –, war dieser Tag ein großartiges Ereignis: Die Menschen haben Gebrauch gemacht von ihrem Recht auf Selbstbestimmung, auf ein Leben, über das sie selbst entscheiden können – zum Guten oder zum Bösen –, und damit ist zugleich die deutsche Einheit herbeigeführt.

Jetzt stehen wir vor den praktischen, ich sage bewußt: vor den praktischen – lösbaren – Folgeproblemen, die schwer sind, von denen aber niemand behauptet hat, daß sie von einem auf den anderen Tag zu lösen seien oder daß die Lebensverhältnisse binnen kürzester Zeit anzugleichen sein würden. Grobe Fehler und wirtschaftspolitische Ignoranz der Regierung bleiben von dieser Feststellung unberührt. In ein bis zwei Jahren werden sichtbare Zeichen auf dem Weg zur Anpassung zu erkennen sein.

Thomas Schmid: Ich sehe das deutlich anders. Was mich gewundert hat, das ist die Selbstverständlichkeit, mit der Sie in Ihren Ausführungen davon ausgegangen sind, daß die Tatsache der *nationalstaatlichen* Verfassung Deutschlands etwas Wünschenswertes ist und daß das besonders viel mit Freiheit zu tun hat. Natürlich haben Sie völlig recht, daß die Vereinigung die Linke komplett überrascht hat; das reicht weit über die sozialdemokratische Linke hinaus. Ich möchte darüber hinaus behaupten, daß die Vereinigung aber auch die gesamte politische Klasse überrollt hat, selbst bis in das regierende Lager hinein, personifiziert z. B. durch Helmut Kohl. Das Problem, das die Linke gehabt hat, da kann ich Ihnen teilweise folgen, war ein Problem sozialdemokratischer Entspannungspolitik; die Linke hat sich dabei, wie ich finde, in einer ganz und gar unerträglichen Weise gegenüber den Verletzungen der Menschenrechte in den ehemals sozialistischen Ländern als weithin gleichgültig erwiesen. Sie kennen das Problem, daß noch lange, als SOLIDARNOŚĆ und andere Gruppierungen schon sehr stark gewesen waren, die offiziellen Vertreter der Bundesrepublik und der sozialdemokratischen Partei es nicht für nötig gehalten haben, mit ihnen zu sprechen, sondern lieber mit den offiziellen kommunistischen Machthabern gesprochen haben . . .

B. S.-B.: . . . Wen meinen Sie denn? . . .

Th. Sch.: Ich meine beispielsweise Egon Bahr . . .

B. S.-B.: Wann war der in Polen?

Th. Sch.: Es gab aber eine Entspannungspolitik – ich sage ja gar nicht, daß die nur von der Sozialdemokratischen Partei getragen war –, der



Am Podium des »Frankfurter Salons«: V. r. Thomas Schmid, Brigitte Seebacher-Brandt, Norbert Seitz

Foto: K. Danetzki

das System der Blocksicherheit in Europa wichtiger war. Natürlich gibt es eine ganze Menge Sozialdemokraten, die das anders gesehen und innerhalb der eigenen Partei dagegen opponiert haben; aber ich bleibe dabei, daß die Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit den Bewegungen des Widerstands gegen die sozialistischen Regime eher mißtrauisch bis ablehnend begegnete; ich erwähne nur das berühmte Interview, das der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt bei seinem Honecker-Besuch gab, während gleichzeitig der Jaruzelski-Putsch stattfand, den der Kanzler sehr milde kommentierte! Es war ganz klar, daß vielen Sozialdemokraten diese Bewegungen wenig sympathisch waren, die von unten kamen, die unberechenbar waren, die übrigens auch nicht links, sondern eher katholisch waren, die das klassische Modell durcheinandergebracht haben und die Unsicherheit schufen für das System europäischer Sicherheit, das mühsam in 40 Jahren austariert worden war. Ebenso muß die Linke, nicht die sozialdemokratische, sondern die libertär-anti-autoritäre, der ich eher zugehöre, einräumen, daß es immer ein kapitaler Fehler gewesen war, die deutsche Zweistaatlichkeit als der Weisheit letzten Schluß darzustellen – sie, wie das auch Joschka Fischer und andere häufig in unglaub-

licher Dummheit getan haben, darzustellen als eine gerechte Strafe der Geschichte und zu behaupten, es müsse ewig so bleiben mit diesen beiden Teilen Deutschlands.

Diese beiden deutschen Staaten haben ein gutes Stück gemeinsamer Geschichte hinter sich; sie sind sich zwar in beträchtlichem Maße fremd, aber sie haben auch eine gemeinsame Geschichte. Ernsthaft zu glauben, dieses Problem – z. B. auch das der nationalsozialistischen wie nationalistischen Vergangenheit Deutschlands – lösen zu können, indem man die Staaten sozusagen stillstellt in zwei Kammern, indem man sie also auseinanderdividiert, das konnte auf Dauer nicht gut gehen. Außerdem hat es in der Linken generell eine sehr viel größere Aufmerksamkeit gegeben gegenüber Menschenrechtsverletzungen auf der rechten Seite als gegenüber diesen Ländern, denen man immer mit einer gewissen Nachsicht entgegengetreten ist.

Die deutsche Vereinigung, die am 3. Oktober letzten Jahres politisch-organisatorisch vollzogen wurde, ist in der Tat von der DDR erzwungen worden. Was ich insgesamt an der Argumentation kritisiere, die die Vereinigung als etwas Positives und als neue Herausforderung in der deutschen Geschichte darstellt, ist die



»Was gäbe es Größeres, als daß ein Volk von seiner Freiheit Gebrauch macht?« Foto: K. Danetzki

Schönfärberei und die argumentative Dürre. Erstens glaube ich, daß die Vereinigung von der Bundesrepublik aus nicht wirklich gewollt worden, sondern erzwungen worden ist durch die aus Menschen bestehende Wanderdüne aus der DDR. Das war der Grund, der die Vereinigung in Gang gesetzt hat. Darüber hat sich ein sehr kurzlebiges nationales Sentiment gelegt, das in seiner Kurzlebigkeit und Folgenlosigkeit zeigte, daß das Nationale in seinem Kern letztlich leer ist.

Ich habe nicht den Eindruck, Frau Seebacher-Brandt, daß jetzt besonderes Großes nach dieser Vereinigung ansteht, daß sehr solidarische, sehr erregende Zeiten angebrochen sind, nachdem ein Jahr lang große Sprüche geklopft worden sind um das Nationale. Was alle Fachleute vorausgesagt haben, tritt jetzt ein: ein Berg von Problemen türmt sich jetzt auf, weil in keiner Weise der Tatsache Rechnung getragen wurde, daß diese beiden Gesellschaften zwei inkompatible, einander fremde Gesellschaften sind, deren Annäherungsprozeß außerordentliche Schwierigkeiten bringen wird, die man nicht einfach nur als praktische Probleme darstellen darf.

Und wenn Sie sagen, daß die Vereinigung in der jetzigen Situation so nicht mehr möglich

man dann auch diskutieren, ob sie war, ob sie diesem Staat wirkliche Souveränität verholfen hat. Immerhin: nachdem diese Vereinigung mit unglaublicher Vitalität über die Bühne gezogen war, wurde diese politische Klasse (da schließe ich alle Parteien ein) binnen kürzester Zeit wieder auf ihr Normalmaß zurückgesetzt – man sehe etwa das blamable Verhalten der Bundesregierung, das blamable Verhalten auch der Opposition – damit meine ich Sozialdemokraten wie Grüne! – gegenüber dem *Golfkrieg*: ein Jahr lang war ständig von der Souveränität des neuen größeren bundesrepublikanischen Staates die Rede gewesen; und plötzlich kommt eine weltpolitische Situation, in der sich dieser Staat – so oder so – klar hätte definieren müssen. Statt dessen aber hat er Politik betrieben wie eh und je, so als sei er gar kein souveräner Staat. Es ist seit diesem Vereinigungsprozeß mit seinem leeren Nationalen eben nichts wirklich Neues dazugekommen; und die politische Klasse agiert genauso dürftig wie zuvor. Nur hat sie ein Problem mehr, das durch die Ungleichzeitigkeiten beider Gesellschaften Kräfte auftrieb verleiht, die autoritäre Hau-Ruck-Lösungen bevorzugen. Es wird in der kommenden Zeit in den fünf neuen Ländern immer irgendwelche drängenden materiellen Probleme geben – man muß nur die jeden Tag aggressiver werdende BILD-Zeitung lesen –, die Lösungen verführerisch nahelegen, welche die demokratische und zivile Verfaßtheit der Bundesrepublik gefährden. Der Vereinigungsprozeß hat die Demokratie nicht gestärkt, im Gegenteil.

Grundsätzlich möchte ich noch sagen, daß ich es skandalös finde, wie in der Bundesrepublik diskutiert worden ist über das Problem der Nation; die Nation versteht sich nicht von selbst – wenn man bedenkt, welche Barbareien der Nationalstaat im vergangenen und in diesem Jahrhundert angerichtet hat; wenn man bedenkt, welche Schwierigkeiten Deutschland aufgrund seiner spezifischen Geschichte, die eine Geschichte der Zersplitterung war, eine Geschichte auch der Vielfalt, des Polyzentrismus wie des ambivalenten Föderalismus, der sozusagen den Weg zur Freiheit nie gefunden hat – welche Schwierigkeiten Deutschland immer hatte, seine Staatlichkeit auf republikanische Weise zu definieren; wenn man bedenkt, daß der deutsche Nationalstaat eine katastrophische Geschichte gehabt hat. Aus den 150 Jahren deutscher nationaler Bewegung folgt doch, daß das staatliche Verfaßtsein in Deutschland sich nie von selbst verstanden hat. In dieser Situation halte ich es für ein Versagen der politischen Klasse und auch vieler Intellek-

tueller, insbesondere der FAZ, die Nation wieder anzubeten und so zu tun, als sei nun die Nation in ihre natürlichen Rechte wieder eingesetzt.

Ein allerletztes, Frau Seebacher-Brandt, Sie haben – wie ich finde – mit einem unangemessenen hämischen Ton in der FAZ vom Dezember '90 die '68er Generation als »abgewählt aus der Geschichte« dargestellt. Nun sei es die Generation der 89er, die das Sagen habe. Ich kann das nicht nachvollziehen. Erstens stimmt der spiegelbildliche Vergleich insofern nicht, als die libertär-antiautoritäre Linke nie die sozialistischen Staaten als visionären Fluchtpunkt begriffen hat, und zweitens hat diese '68er Generation ihre Verdienste für die Geschichte der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik ist gegründet worden als ein westlich-demokratischer Staat, der in seiner ersten Zeit jedoch autoritär bis autokratisch regiert wurde. Demokratie ist nicht als Prozeß verstanden worden. Die '68er Generation hat im Protest gegen den Autoritarismus dieses Staates die Demokratie in diesem Staat auch mit durchgesetzt; dies war ein schwieriger Prozeß, in einem Staat, in dem überall noch die alten Kontinuitäten von Macht aus dem Dritten Reich sichtbar personifiziert waren. Es war ein schwieriger Prozeß für viele meiner Generation, diesen Staat anzunehmen. Es ist, glaube ich, heute sinnvoll und nötig, die ganzen zivilen Errungenschaften der Bundesrepublik zu verteidigen; und da wird viel gebraucht werden von der Erfahrung und auch der Haltung, die die '68er einst einnahmen gegenüber der Gesellschaft. Nur die Generation von 89/90 – die sehe ich nicht, ich finde, da ist Leere, ein politisches Projekt vermag ich da nicht auszumachen. Wir haben diesen Staat – aus der Opposition heraus – mitgeprägt, und das hat ihm kulturell wie politisch gutgetan. Auch aufgrund von '68 ist die Bundesrepublik demokratischer geworden.

B. S.-B.: Ich habe geschrieben: Ich hoffe auf die, die 89/90 geprägt worden sind.

Der Nationalstaat an sich ist weder gut noch böse, und Hitler ist nicht an die Macht gekommen, weil Deutschland nationalstaatlich vereinigt war. Wenn es irgend eines Beweises bedürfte – man schämt sich fast, dies immer wieder sagen zu müssen, vor allem in linken Kreisen –, dann wäre es der deutsche Widerstand. Graf Stauffenbergs letzte Worte, bevor das Fallbeil niederging, waren: »Es lebe das heilige Deutschland«. Und von dem Sozialdemokraten Julius Leber, dessen Erbe in der Nachkriegs-SPD nicht weitergelebt hat, ließen sich ähnliche Worte beibringen.

Es gibt keine gerade Linie von 1871 bis 1933. In diesem Zeitraum gab es unendlich

viele Möglichkeiten, daß alles auch anders hätte kommen können. Wir könnten sonst die Geschichtsbetrachtung überhaupt einstellen, wenn wir zwingende Abläufe unterstellen. Dies zum einen. Zum anderen: Die Sowjetisch Besetzte Zone – oder wie man dann sagte aus Respekt vor den Tatsachen der Macht, die DDR – hat zu keiner Zeit in den 40 Jahren aus sich selbst heraus existieren können. Sie hat immer nur existiert, weil sowjetische Truppen auf ihrem Boden standen. Und in dem Augenblick, als den Menschen die Angst genommen wurde, in den Jahren nach Gorbatschows Machtantritt 1985, als man ahnte, daß die sowjetischen Truppen und mit ihnen die Nationale Volksarmee nicht noch einmal freiheitliche Regungen niederschlagen würden, wurden die Menschen mehr und mehr mutig, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.

Dies ist ein ursächlicher Zusammenhang. Daß es dahin kommen konnte, war auch – nicht nur – eine Folge der einseitigen sozialdemokratischen Ostpolitik und der durch sie geknüpften Kontakte. Ohne den KSZE-Prozeß, der wiederum von der Ostpolitik nicht zu trennen ist, wäre es schwerlich zu dem gekommen, was wir in den letzten beiden Jahren erlebt haben. Die tiefe, nicht zu überbrückende Kluft in unserer Argumentation ist die Einschätzung dessen, was die Menschen in der DDR bewegt hat. Wenn sie hätten können und nicht die sowjetischen Truppen auf ihrem Boden gestanden hätten, hätten sie zu jedem Augenblick in den 40 Jahren entschieden, wie sie 1989 entschieden haben: leben zu wollen wie in der Bundesrepublik Deutschland oder, schöner formuliert, wie im Geltungsbereich des Grundgesetzes – materiell und ideell.

Sie können sagen: So war es nicht. Aber was ist denn der Kern Ihrer Aussage? Sie sollten wirklich noch einmal die gedankliche Anstrengung machen und dieses auf einen Punkt zu bringen suchen. Wenn Sie unterstellen, daß die Einheit von einigen in der Bundesrepublik, wem auch immer, bewußt und überstürzt herbeigeführt worden ist, dann müssen Sie von dem mehrheitlichen Willen der DDR-Bevölkerung abstrahieren. Das eine geht nicht ohne das andere. Vielleicht erklären Sie mal, was für Sie Demokratie ist!

Th. Sch.: Die Realität hat es nun einmal an sich, daß sie komplex ist. Natürlich war diese DDR ein aufoktrozierter Staat, der aber auch, darüber könnte man im einzelnen noch streiten, in einigen Etappen seiner Geschichte eine gar nicht so geringe Loyalität seiner Bevölkerung hervorgebracht hat. Dieser Staat hatte im Grunde genommen nie eine Chance, ein eigenes Profil zu gewinnen, sondern die Bundesrepublik

Deutschland war immer der Staat gewesen, der zum Orientierungspunkt für die Wünsche vieler in der DDR-Bevölkerung wurde.

Nun gibt es aber einen Unterschied zwischen der formalen Einführung einer Demokratie und einer demokratischen Gesellschaft. Man kann Demokratie einführen, damit hat man noch keine demokratische Gesellschaft. Die Bundesrepublik hat einen Prozeß durchlaufen: die Demokratie wurde anfangs als eine formale Apparatur verstanden; erst allmählich wurde sie angenommen und mit Leben erfüllt. Ich habe aber den Eindruck, nach dem was in der DDR passiert ist und täglich passiert, daß die eine Gesellschaft ist, deren Mentalität man mit der in der Bundesrepublik Anfang der 50er Jahre vergleichen könnte. Das Materielle spielt die Hauptrolle, der Wohlstand soll kopiert werden. Ich habe nichts dagegen; nur ich wehre mich dagegen, dies zu verklären: mit Demokratie hat das erst einmal gar nichts zu tun. Es hat vielleicht keinen anderen Weg gegeben, als es so zu machen. Jetzt muß man sich diesen schwerwiegenden Problemen widmen, die eben auch mit dieser Ungleichzeitigkeit zu tun haben und die in erster Linie nicht ökonomische, sondern gesellschaftliche sind.

Sie haben den 19. Dezember in Dresden angesprochen, wo Kohl ja gebremst hatte, wo er Europa und die übernationalen Verpflichtungen und Perspektiven der Bundesrepublik hervorgehoben hatte und merkte, daß die dort ihm zujubelnde Bevölkerung nur dann besonders laut gejubelt hat, wenn von Deutschland die Rede war, nicht aber gejubelt hat, wenn von Europa, wenn von Amerika, wenn von Übernationalem die Rede war. Natürlich war der Druck ungeheuer groß, man wollte in der DDR auf Biegen und Brechen den Vereinigungsdurchmarsch.

Eine Demokratie aber zeichnet es aus, daß in ihr keine politischen Durchmärsche möglich sind; bei fast jeder Reform in der Bundesrepublik war ja die Opposition in einer gewissen Weise immer auch beteiligt gewesen. Beim Vollzug der Einheit hatten wir dagegen das ganz eigenartige Phänomen, daß alle Experten bis hin zu Bundesbankpräsident Pöhl gesagt haben, so wird das nicht laufen, das kann so nicht funktionieren – und es wurde doch gemacht. Die Kritiker haben gesagt, das sind zwei inkompatible Gesellschaften, die zusammen einen Prozeß der Annäherung organisieren müssen; es wird sonst ein böses Erwachen geben. Nun ist dieses böse Erwachen da. Leider Gottes ist damit wieder mal in Deutschland passiert, was der Vergangenheit anzugehören schien: unter dem Signum des Nationalen ist bei vielen die Sicherung durchgebrannt; nebu-

lös und bedeutungsschwanger wird von etwas Großem, z. B. der Nation, geredet – und das geht auf Kosten von Nüchternheit, Sachlichkeit und republikanischem Geist. Dieses ganze Geschwafel, was ein Jahr leider auch im Feuilleton der FAZ gestanden hat, belegt dies.

Im übrigen, Frau Seebacher, sage ich nicht, daß '33 Hitler zwingend gewesen wäre, überhaupt nicht; ich sage nur, es gibt keine Selbstsicherheit in Deutschland darüber, was deutsche Staatlichkeit ist, was ihre Grundlage ausmacht: Nation oder Gesellschaft. Einen Kausalzusammenhang zwischen Nationalstaat und Hitler habe ich nie behauptet, das kann man mir bitte nicht vorwerfen.

B. S.-B.: Was gäbe es Größeres, als daß ein Volk die Möglichkeit hat, von seiner Freiheit Gebrauch zu machen? In diesem Fall hat der kleinere Teil des deutschen Volkes von seiner Freiheit Gebrauch gemacht, sich mit dem größeren Teil desselben Volkes zusammenzutun. Dies war ein außerordentliches Ereignis, und jetzt haben wir es mit den Folgen zu tun. Es treffen nicht zwei inkompatible Gesellschaften aufeinander, denn die Gesellschaft der DDR ist nicht mehr; die eine deutsche Gesellschaft ist noch nicht. Diese zu schaffen, darum geht es jetzt.

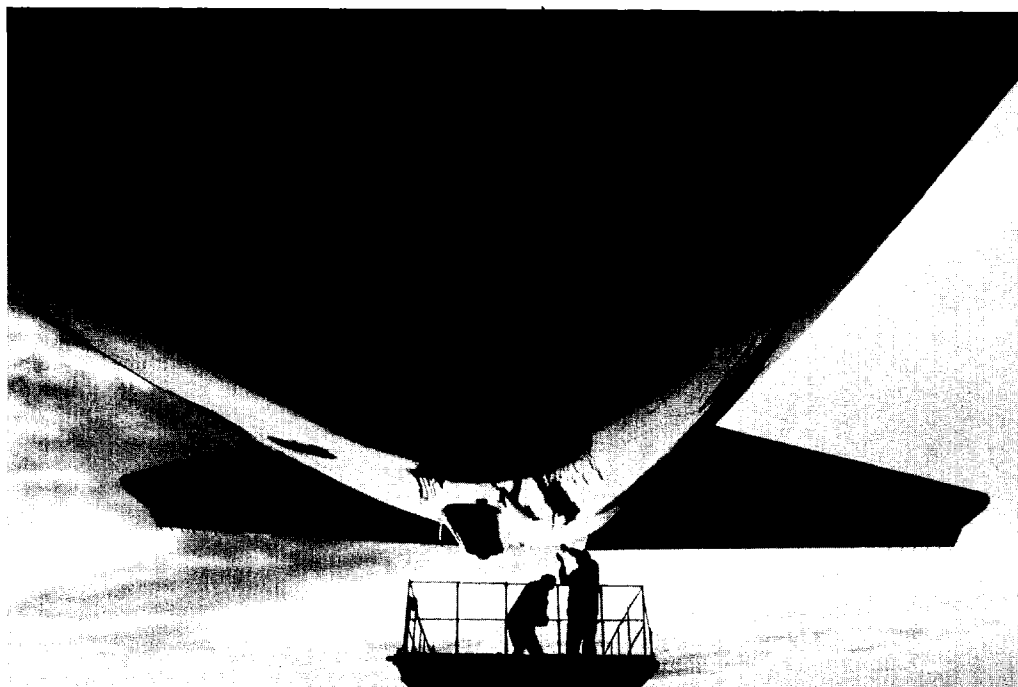
Micha Brumlik (Publizist): . . . Mir ist in Ihrer Argumentation ein gewisser Widerspruch aufgefallen. Ich bin mit Ihnen, Frau Seebacher-Brandt, einig, daß die Nation nichts Gutes und nichts Böses ist; daß das Nationalstaatsprinzip zur Ausdehnung territorialer Herrschaft eine wichtige Rolle gespielt hat. Ob es andere entwicklungsfähige, etwa föderative Alternativen dazu gibt, ist eine schwierige Frage.

Wie paßt aber dazu die Emphase, mit der Sie den Grafen Stauffenberg zitiert haben, wo wir doch alle wissen, daß seine außenpolitischen Vorstellungen, wie die der Leute des 20. Juli noch bis 1943/44 von kräftigen Hegemonialvorstellungen Deutschlands in der Mitte Europas geprägt waren?

Außerdem: Wie verstehen wir einen Satz, wie Sie ihn gebraucht haben: »Es gibt nichts Größeres, als daß ein Volk von seiner Freiheit Gebrauch macht.« Mich erinnert das an die politische Linie des romantischen Nationalismus – angefangen von Fichte bis heute zu Bernard Willms.

Die Differenz ist klar: Während Thomas Schmid auf Individuen und Subjekte verweist, ganz in der angelsächsisch-individualistischen Tradition, rekuriert Ihre Vorstellung auf ein Super-Subjekt namens Volk oder Nation, wobei hier auch noch einmal ein Unterschied zu machen wäre.

Lufthansa bereitet sich über 27 Stunden auf jede Stunde Flug mit Ihnen vor.



Seit mehr als einem halben Jahrhundert genießt Lufthansa weltweites Ansehen. Ein Ansehen, das wir uns nicht nur durch eine angenehme Reiseatmosphäre, sondern vor allem durch technische Sorgfalt und Zuverlässigkeit erworben haben.

Nehmen wir als Beispiel die Wartungsvorschrift der Triebwerksschaufeln für die B737-300. Sie besagt, daß der große Schaufelkranz am Triebwerkseinlaß täglich einmal einer Sicherheitskontrolle unterzogen werden

muß. Wartungstechniker der Lufthansa kontrollieren diese Schaufeln sogar vor jedem zweiten Flug; also bis zu viermal am Tag.

Rechnet man einmal die gesamte Zeit zusammen, die Lufthansa Mitarbeiter aus Cockpit und Kabine, Technik und Service zur Vorbereitung Ihres Fluges aufwenden, kommt man auf über 27 Stunden Sorgfalt für eine Stunde Flug. Ein Grund mehr, warum sich immer mehr Passagiere für uns entscheiden. Willkommen an Bord.



Zu fragen wäre also, welche alten Wertvorstellungen mit Ihrer Anschauung von Nation transportiert werden . . .

Thomas Heymann (*Die Grünen*): . . . Mir ist die Stoßrichtung der Kritik von Frau Seebacher-Brandt nicht ganz klar: Auf der einen Seite stört mich Ihre pauschale Identifizierung der '68er; andererseits hat man immer den Eindruck, daß Ihre Kritik in Wahrheit dem aktuellen Zustand Ihrer Partei gewidmet ist. Das heißt, man hat immer den Eindruck, daß sie pauschal auf die '68er schlagen und in Wahrheit Teile Ihrer Partei damit meinen.

In dem einen Punkt stimme ich Ihnen freilich zu: Die Gefahr, daß SPD wie Grüne, das rot-grüne Lager also, sich auf absehbare Zeit vom gesellschaftlichen Diskurs marginalisiert . . .

B. S.-B.: . . . Dies ist doch schon längst der Fall!

Thomas Heymann: . . . die Linke sozusagen den Anschluß verliert, weil sie nicht mit dem positiven Ereignis der Wiedervereinigung umgehen kann, diese Gefahr sehe ich auch! Um mit den ganzen kulturellen Schwierigkeiten wie Atavismen umgehen zu können, muß man sich schon ein Stück weit in diesen nationalen Konsens einklinken. Man denke nur daran, wie die SPD sich nach 1945 unter Schumacher aus dem damaligen Konsens der Westintegration herausbefördert hat. Sie brauchte etwa 15 Jahre, um sich davon zu erholen. Und heute sehe ich eben die Gefahr, daß sich die Linke durch das pausenlose Einklagen zivilisatorischer Werte aus dem nationalen Einigungsprozeß und Grundkonsens herauskatapultiert. Obwohl dieses Problem von Frau Seebacher-Brandt sicher richtig angesprochen worden ist, empfinde ich Ihren Verweis auf die '68er diffamierend . . .

Lothar Voigt (*SPD*): . . . Ich finde, daß die Realität doch ein wenig differenzierter ist, als sie hier mitunter dargestellt wurde. Deshalb möchte ich mich in einem Zusammenhang dagegen wehren, was eben hier über die SPD und Kurt Schumacher gesagt worden ist. Die Ablehnung der Westintegration bezog sich damals nur auf das militärische Bündnis, aber niemals auf die Annahme der parlamentarischen Demokratie. Dies wird heute gern durcheinandergeworfen. Ich fühle mich etwas irritiert von Ihnen, Herr Schmid, wenn Sie sich als Alt-68er plötzlich als Anhänger Adenauers hier aufspielen (*Gelächter*). Denn es läßt sich doch nicht leugnen, daß etliche Vertreter der '68er mit der Annahme der parlamentarischen Demokratie ihre massiven Schwierigkeiten hatten; erinnert sei nur an Johannes Agnolis berühmtes Buch »Die Transformation der Demokratie«.

Nation ist, da haben Sie recht, Frau Seebacher-Brandt, an sich nichts Schlechtes. Man

muß sie nur mit parlamentarischer Demokratie zusammenführen. Unser Problem ist deshalb heute, wie wir für die Idee der parlamentarischen Demokratie in den neuen Ländern des Ostens werben. Diese Aufgabe ist wichtiger als die überflüssige Fortführung einer Debatte über »die Nation: Ja oder Nein oder: Wo bewegen wir uns hin?« Diese Diskussion führt nämlich genau dorthin, was Helmut Plessner einmal mit der »deutschen Sonderrolle« benannt hat. Also werben wir für die parlamentarische Demokratie und damit für einen westlichen Zusammenhang . . .

Th. Sch.: Natürlich ist der Vereinigungsprozeß, national wie im internationalen Zusammenhang, als Überwindung der Stillelegung zwischen Ost- und West-Europa über 40 Jahre hinweg ein großes historisches Ereignis mit der Riesenaufgabe, wie Ost- und West-Europa zueinander finden können, ohne daß dabei die Demokratie unter die Räder gerät.

Zum zweiten: Was Westintegration und Adenauer angeht: Es ist zu einseitig dargestellt worden. Die Sozialdemokratische Partei war nach 1945 in der Tat für die parlamentarische Demokratie; ihr Problem mit der Westbindung aber allein auf die Remilitarisierung zu beschränken, so glaube ich, ist unstatthaft. Da können Sie die Reden von Kurt Schumacher und verschiedenste Diskussionen, wie sie in der SPD stattgefunden haben, sich anschauen. Da gab es wohl, ich sage es vorsichtig, eine Mischung aus antiwestlichem und antikapitalistischem Ressentiment. Wäre die Sozialdemokratische Partei bei der ersten Bundestagswahl 1949 die führende Partei geworden, dann wäre die Entscheidung für die Westbindung der Bundesrepublik in der Eindeutigkeit nicht gefallen. Es gab immer Reste der Idee des deutschen Sonderwegs und des deutschen Neutralismus, die in der Sozialdemokratie auch einen gewissen Rückhalt gehabt hat, stärker gehabt hat als in der CDU.

Und ein Letztes zum konfusen Vorbehalt gegenüber dem Nationalen und der Ansicht, man könne dem Nationalen nicht ausweichen. Ich habe nur auf eines hinweisen wollen: Natürlich hat es in der deutschen Geschichte immer verschiedene Möglichkeiten gegeben, auf die Frage zu antworten: Was definiert Deutsche? Sie kennen das ganze undeutliche Gerede von der Kulturnation. Das Problem ist, daß es in der deutschen Geschichte nicht gelungen ist, weder kulturell noch sonst zu definieren, was diese deutsche Nation sei; gleichwohl gibt es ein Bedürfnis zu betonen, was Sie als selbstverständlich bezeichnen, nämlich zu sagen: ich bin deutsch.

Als das Deutsche Reich machtpolitisch zusammengezwungen wurde, ging das bekanntlich auf Kosten der inneren Einheit, auf Kosten der Länder- und Regionalvielfalt. Es hat bisher nur einmal ein (kleindeutsch) vereintes Deutschland gegeben – und das stand unter preußischer Hegemonie, in ihm hatte der preussische Partikularismus gesiegt. Staat und Vielfalt haben in Deutschland noch nie harmoniert. Und ich befürchte, daß diese alten Probleme jetzt wieder auftauchen werden. Ich will noch einmal darauf hinweisen, daß dieses Deutschland in seiner europäischen und Weltpolitik in diesem Jahrhundert keine glanzvolle Rolle gespielt hat. Diesem Deutschland ist es noch nie gelungen in seiner Geschichte, die Konflikte um seine geographische Situation in einer einigermaßen verträglichen Weise politisch zu lösen. Es hat in seiner Geschichte immer Schwierigkeiten gehabt, sich klar nach Westen hin zu orientieren; und das ist eine Haltung, die breit durchgeschlagen hat, die weit verbreitet ist auch in der Bevölkerung, vor allem noch in der Bevölkerung der ehemaligen DDR. Da stehen wir vor ganz großen Aufgaben.

B. S.-B.: Alle, die in Deutschland mit Herz und Verstand die Einheit von dem Augenblick an, in dem sie sich als Möglichkeit abzeichnete, begrüßt haben, waren deshalb dafür, weil sie sich

nach dem Muster des westlichen Teils Deutschlands realisierte. Freiheit und Einheit fielen endlich in eins. Deswegen ist auch der Gegensatz, wie er von Herrn Brumlik aufgebaut wurde, zwischen romantischem Nationalismus und westlichem Individualismus nicht zu akzeptieren. Es gibt diesen Gegensatz nicht. Denn zu diesem westlichen Deutschland, in das 16 Millionen Landsleute jetzt mit einbezogen werden, gehört all das, was die alte Bundesrepublik ausgemacht hat – die innere freiheitliche Verfaßtheit und die äußere Bindung an den Westen.

Damit bin ich bei dem Thema Europa. Wenn wir etwa gewartet hätten, bis die europäische Einigung vollzogen worden wäre, hätten wir die Einheit 1990 nicht bekommen und später auch nicht. Das Europa, von dem hier geredet wird, ist noch auf keiner Landkarte eingezeichnet. Europa ist bisher gebaut worden und wird bis auf weiteres gebaut werden und *mit* den Nationen und nicht *gegen* die Nationen, und da kann sich keine ausschließen, erst recht keine so große wie die deutsche. Wir können uns weder dafür entschuldigen noch davor weglaufen, daß wir sehr groß sind; wir waren schon viele mit gut 60 Millionen, wir sind jetzt mit knapp 80 Millionen noch etwas größer . . .

Zwischenruf: . . . Zählen Sie schon Österreich mit? . . .

»Die Nation versteht sich nicht von selbst«

Foto: Kornelia Danetzki



B. S.-B.: Ich erspare mir eine Entgegnung auf diesen Einwurf! . . . Wir können uns auch nicht dafür entschuldigen und auch nicht davor weglaufen, daß unsere Wirtschaftskraft so stark ist und daß Deutschland liegt, wo es liegt – jetzt wieder in der Mitte Europas. Diese Grundgegebenheiten müssen wir annehmen und daraus unsere Verantwortung ableiten. Im Golfkrieg hat sich gezeigt, daß es damit noch erheblich hapert.

So bin ich bei dem *zweiten* Thema, der Ortsbestimmung der Linken und der Position der SPD innerhalb dieser Linken. Mein eindeutiges Bekenntnis zur Bundesrepublik Deutschland schließt mein Verständnis von der SPD ein. Es ist das Verständnis von der SPD des Godesberger Programms, einer Sozialdemokratie, die Mehrheit und Macht will. In der Ära Brandt/Schmidt hatte sie beides. Im Augenblick sieht es so aus, als bleibe diese Ära Episode. Die SPD ist, trotz eigener Erfolge, wieder dort, wo sie vor Godesberg war. Man wird sich entscheiden müssen, was man will – eine Partei von und für Minderheiten oder eine Partei, die eine der größten Industrienationen der Welt regieren kann.

Hier wurde gesagt, ich hätte die 68er diffamiert. Nein, ich habe nur versucht, ihnen den Glorienschein zu nehmen, mit dem sie sich immer schmücken und der ihnen nicht zusteht. Die 68er haben an dem Weg, den die SPD genommen hat, großen Anteil. Eine Zeitlang liefen zwei SPD'en nebeneinander her: die Regierungs-SPD und die 68er SPD. Nach dem Abtritt von Helmut Schmidt haben die 68er Teile der Partei insgesamt erobert und prägen sie – Gott sei's geklagt! – heute wesentlich. Das ist eben jene SPD, die jetzt und in naher Zukunft keine Chance haben wird, Mehrheit und Macht in Deutschland zurückzuerobern.

Thomas Wiegand (Jungsozialisten): . . . Ich möchte auf den Punkt zurückkommen, daß Freiheitlichkeit ein großartiger Wert sei und von daher die deutsche Einheit unbedingt befürwortet werden müsse. Dies kann man gewiß auch ganz anders sehen. Gerade weil wir immer für Bürgerrechte, parlamentarische Demokratie und eine Verankerung im Westen und seiner politischen Kultur waren, sind wir doch gegen die deutsche Einheit aufgetreten. Wir haben doch in der Nachkriegs-Bundesrepublik erlebt, wie mühsam es war, eine einigermaßen demokratische politische Kultur zu entwickeln. Meine Zweifel hängen auch damit zusammen, daß eben in der DDR keine demokratische Revolution im klassischen Sinne stattgefunden hat, sondern der Umsturz eben durch jene Ausreisewelle in die Wege eingeleitet worden ist . . .

Zwischenruf: . . . Ist etwa das Recht auszureichen kein demokratisches Recht? . . .

Thomas Wiegand: . . . Die Oppositionsbewegung in der DDR hat sich doch im Gegensatz zu der in Polen und der Tschechoslowakei primär um die Themen Frieden und Umwelt geschart und nicht zunächst um das Thema Bürgerrechte. Deshalb habe ich auch meine Zweifel an der demokratischen Reife dieser Revolution . . .

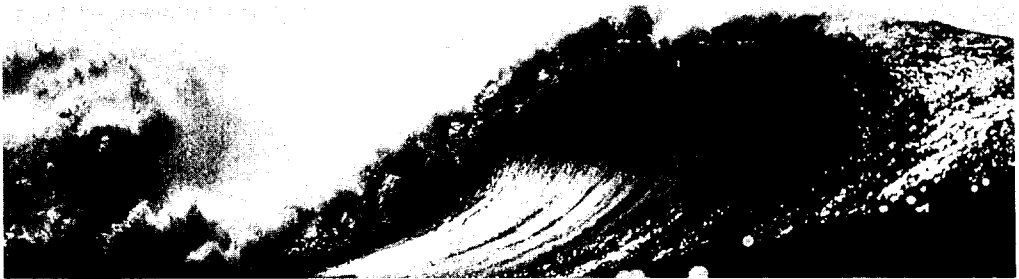
Otto Jacobi (Gewerkschaftspublizist): . . . Ich bin ein wenig erstaunt, wie geschickt Thomas Schmid am eigentlichen Anliegen von Frau Seebacher-Brandt vorbeigeredet hat; denn hier wurde doch nichts anderes als die Sprachlosigkeit und Politikunfähigkeit der deutschen Linken wie der intellektuellen Linken gegenüber der rasanten Entwicklung der letzten beiden Jahre auf den Punkt gebracht. Ich denke dabei nicht nur an den erfolglosen Wahlkampf Oskar Lafontaines, sondern auch daran, wie die Vorgänge mit der Hitlervokabel vom »Anschluß« seitens der Linken denunziert worden sind. Ausserdem möchte ich erinnern an das unglückliche Wort Jürgen Habermas' vom »DM-Nationalismus«, womit ein imperialistischer Akt gegenüber den Menschen im Osten unterstellt wurde. In Wahrheit gab es dort nichts, was Identität zu nennen wäre. Dies waren die falschen politischen Botschaften der Linken. Über diese Ratlosigkeit muß man länger nachdenken und sich die Frage stellen, was dazu geführt hat, daß das gesamte politische und moralische Koordinatensystem der Linken durcheinandergeraten ist . . .

Gerd Koenen (Publizist): . . . Daß es auf seiten der Linken eine Realitätsblindheit, um nicht zu sagen: Realitätsfeindlichkeit, gegeben hat, ist wohl nicht zu bestreiten. Am sparsamen Gestus von Frau Seebacher-Brandt ist sicher richtig, daß zunächst einmal festgestellt werden muß, daß hier ein historisches Ereignis stattgefunden hat. An dieser Feststellung kann man sich auch nicht mit Unkenrufen bzw. Hinweisen auf die Steuern vorbeismogeln. Was mich freilich stört, ist das Bekenntnishafte, das Sie einklagen. Warum dieses Right-or-Wrong? Warum »heiliges Deutschland«? Warum dieses »mit Herz und Hand«?

Wenn man dies außerdem als großen nationalen Akt der Deutschen stilisiert, dann kann ich nur sagen: Gott sei Dank war es dies nicht! All dies war historisch-genetisch und in seinem ganzen Ablauf ein europäisches Ereignis. Die Extremisten des Status Quo, z. B. Teile der SPD, wollten doch die Nachkriegsordnung, den Nachkriegs-Status-Quo schon als die rationelle europäische Ordnung schlechthin darstellen. Wenn Karsten Voigt in Polen die europäische

„Was wir wissen,
ist ein Tropfen,
was wir nicht wissen,
ein Ozean.“

Isaac Newton



Wasserstoff, durch Elektrolyse aus Wasser gewonnen:
Der Energieträger der Zukunft?

DAIMLERBENZ

Friedensordnung vom Atlantik bis zum Ural beschwor, dann lief es der dortigen Opposition doch eiskalt über den Rücken.

Aber auch bei Thomas Schmid gibt es einen verkappten Zug von Bekenntnishaftigkeit. Er versucht nämlich, diesen elementaren historischen Vorgang in den Komplexitäten eines zivilgesellschaftlichen Prozesses aufzulösen. In Wahrheit haben wir den glücklichen Vorgang der Überwindung des geteilten Europas erlebt – ein Vorgang, der uns keine Bekenntnisse abverlangen sollte. Ebenso wenig übrigens auch eine Bewunderung für Herrn Kohl. Dessen *grandezza* bestand lediglich in seinem guten Riecher für die Situation. Das Nationale muß man nicht dämonisieren, zumal es in Deutschland immer etwas von pragmatischem Mittelmaß gehabt hat . . .

Volker Hauff (*Oberbürgermeister, einen Tag vor seinem Rücktritt*): . . . Ich möchte zwei Anmerkungen machen zur Diskussion über die Nation: In der Bundesrepublik läßt sich politisch eine Tendenz zum Regionalismus ausmachen: die betrifft besonders meine Partei, die SPD, die mit hoher Wahrscheinlichkeit die kommenden Landtagswahlen gewinnen wird, deren Profil jedoch auf Bundesebene nur noch schwer auszumachen ist. Mit anderen Worten: es fehlt an einer politischen Perspektive für den Gesamtstaat.

Dies führt mich zu meiner *zweiten* Anmerkung: sicher ist an der These, daß manche Staaten *Völkergefängnisse* seien, vieles richtig. Nur müssen wir auch den Alternativen ins Auge sehen. Was bedeutet es beispielsweise für Jugoslawien, für Europa, wenn dort nationalistische vor staatlichen Orientierungen die Oberhand gewinnen? Was bedeutet dies für die Sowjetunion, wo manche Sowjetrepubliken noch eine oder gar mehrere autonome Gebiete beherbergen? Zugespitzt formuliert geht es um die Alternative Interessenausgleich innerhalb anerkannter Staatsgrenzen oder permanenter Bürgerkrieg unter Volksgruppen . . .

Th. Sch.: Ich habe deutlich herausgestellt, daß die politische Linke von diesem Ereignis insofern überrollt worden ist, als sie nicht in diesen Kategorien gedacht und sich mit der deutschen Zweistaatlichkeit abgefunden hat. Außerdem hatte sie jenes merkwürdige Verhältnis zu Kapitalismus einerseits und Sozialismus andererseits. Noch bis vor drei Jahren war ja in der Bundesrepublik eine grundsätzliche Kritik von links am Sozialismus ziemlich verpönt. All dies erklärt natürlich, daß die Linke unter der Hand diesen alten sozialistischen Schrott, um es mal deutlich zu sagen, mit sich herumgetragen hat und sich dem Kernproblem nicht gestellt hat.

Auch ich halte die Formulierung vom »DM-Nationalismus«, wie sie Habermas gebrauchte, für unglücklich und gefährlich. Zu Gerd Koenen: Ich wollte kein Bekenntnis zu etwas Negativem, was die Nation angeht, abgeben und finde diesen eingeklagten Pragmatismus sehr richtig.

Außerdem bin ich für den Hinweis dankbar, daß der Fall des Eisernen Vorhangs eben kein deutscher, sondern ein europäischer Vorgang war. Dies ist natürlich ein Anlaß für eine große Freude. Ich bin 1945 geboren; die politische Konstellation, in der ich groß geworden bin, war immer, daß durch dieses Europa dieser Vorhang hindurchging und immer hindurchgehen würde: eine Geschichte war gleichsam abgeschnitten. Deshalb bin ich heilfroh, daß das vorbei ist und sich wieder der gesamte, gemeinsame europäische Kontinent öffnet. Nun stelle ich aber eine Reihe von Problemen fest. Ich stelle fest, es kommen die Nationalismen aus Osteuropa und aus Mitteleuropa wieder, und mit ihnen drohen wieder Mord und Totschlag. Zweitens stelle ich fest, daß die zwei Hälften Europas vergleichsweise scharf voneinander getrennt sind. Es gibt zwei Hälften Europas, deren eine – dank glücklicher Umstände, aber auch zum Teil dank eigener Leistung – zivile Gesellschaften herausgebildet hat; und auf der anderen Seite dieses Kontinents gibt es ein schlimmes Erbe – es gibt traditionelle Mentalitäten, wo das Individuum nicht so sehr geachtet wird. Und es gibt diesen sozialistisch-kollektivistischen Geist, diese Versorgungsmentalität, die 40 Jahre lang prägend war. Es wäre eine törichte Illusion, so zu tun, als bestünde der Osten Europas nur aus lauer Freiheitskämpfern. Was wir heute in der DDR an Problemen haben, haben wir im Ostblock insgesamt: daß man die Segnungen des Westens haben möchte und zugleich in den Versorgungssystemen drin bleiben will; und daß die Demokratie oft nicht als ein vorrangiges Problem gesehen wird. Ich diffamiere das nicht, ich stelle nur die Probleme fest, auf die wir gerüstet sein müssen. Jawohl, ich will die Demokratie hier verteidigen.

(Zusammenstellung: Norbert Seitz)

Die »Leipziger Volkszeitung«

In etwa zwei Jahren wird die LEIPZIGER VOLKSZEITUNG (LVZ) hundert Jahre alt. Jetzt plant die TREUHAND in Berlin den Verkauf dieser traditionsreichen SPD-Massenzeitung gemeinschaftlich an den AXEL SPRINGER VERLAG in Hamburg und die MADSACK-GRUPPE in Hannover. Trotz Einspruch des SPD-Bundesschatzmeisters soll dieses sozialdemokratische Traditionsblatt schon bald an den rechtspopulistischen Medienkonzern ausgeliefert werden.

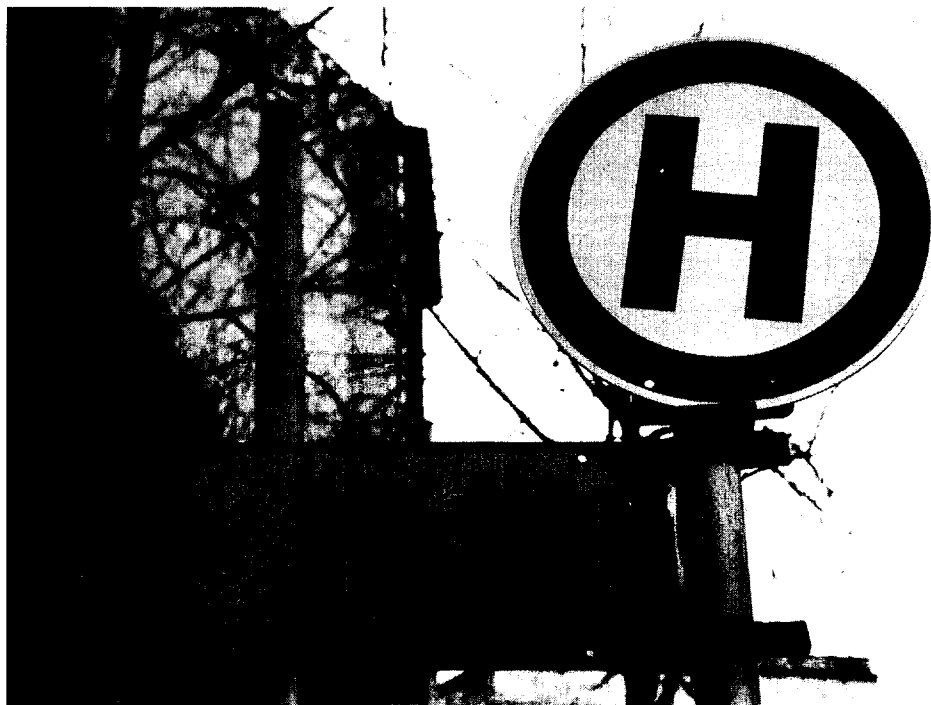
Die LVZ mit einer Auflage von noch immer 380 000 Exemplaren stand bis 1933 in der Tradition von August Bebel, Franz Mehring, Rosa Luxemburg und Julian Marchlewski. Mit anderen Worten: Die LVZ war jahrzehntelang die Massenzeitschrift der Linken in der SPD. In diesem Blatt veröffentlichte Rosa Luxemburg u. a. ihre Polemiken gegen Eduard Bernsteins *Revisionismus*-Theorie, hier kritisierte sie Soldatenmißhandlungen und Willkürurteile der preußischen Militärjustiz und veröffentlichte flammende Leitartikel über (und für) die Massenstreiks der russischen Arbeiter im Jahre 1905. Rosa Luxemburg griff in der LVZ Karl Kautsky an und forderte (ähnlich wie übrigens auch Ludwig Frank) zu Massenaktionen auf, um endlich das allgemeine und geheime Wahlrecht im Deutschen Reich durchzusetzen. In diesem Parteiblatt kritisierte sie die *lendenlahme* SPD-Reichstagsfraktion und warnte 1911 vor dem *Marokko-Abenteuer* der Wilhelminischen Imperialisten. Kurzum: In der LVZ kommentierte die Linke jahraus, jahrein sowohl die Tagespolitik als auch die Taktik- und Strategiedebatte in der Sozialdemokratie.

In der LVZ schuf aber Franz Mehring auch ein anspruchsvolles Feuilleton für die bildungshungrigen Leserinnen und Leser. Noch vor der Jahrhundertwende erschienen hier u. a. *Germinal* und *Blut* von Emile Zola, *Mein Onkel Benjamin* und *Der Bettler* von Guy de Maupassant und Werke von Theodor Fontane, Theodor Sturm, Anton Tschechow und Maxim Gorki. Wenn es der TREUHAND demnächst gelingt, die LVZ an den Springer-Konzern zu verkaufen, wird man in dieser traditionsreichen SPD-Zeitung höchstwahrscheinlich schon bald ganz andere Autoren lesen können: Heinz Günther Konsalik statt Emile Zola oder Gerhard Löwenthal statt Rosa Luxemburg. Der geplante Ausverkauf der LVZ durch die TREUHAND macht es möglich. Nach der Enteignung der LVZ durch die Nazis im Jahre 1933 und die Gleichschal-

tung 1946 durch die SED kommt jetzt – falls Hans-Ulrich Klose mit seiner Klage beim Landgericht und beim Verwaltungsgericht in Berlin auf Rückgabe der SPD-Traditionszeitung scheitert – die schwarze Phase. Welch bittere Ironie: Der Sturz des realen Stalinismus gibt Theo Waigel (CSU) die Möglichkeit, mit Hilfe der TREUHAND die SPD-Presse in den fünf neuen Bundesländern in Beschlag zu nehmen und an konservative bzw. reaktionäre Großverleger zu veräußern. Manipulation statt Pressefreiheit.

Es gilt nunmehr seine Stimme unmißverständlich gegen diesen Verstoß der TREUHAND wider die demokratischen Traditionen im neuvereinigten Deutschland und ihre im Einigungsvertrag nicht vorgesehene Quasi-Lizensierungspolitik zu erheben. Nicht zuletzt deshalb, weil die Gefahr besteht, daß der Springer-Konzern die LVZ aufkauft, um sie nach einer kurzen Schamfrist einzustellen. Ein ähnliches Schicksal droht übrigens im Moment auch der SÄCHSISCHEN ZEITUNG in Dresden und der OSTSEE ZEITUNG in Rostock. Hier werden nicht nur Arbeitsplätze gefährdet, sondern Hunderttausende von *Ossi*-Lesern sollen auch um ihre tradierten Regionalzeitungen geprellt werden. (Schließlich stagniert der Verkauf von *Wessi*-Zeitung in der Ex-DDR nach wie vor und die verkaufte Auflage der BILD in den neuen Bundesländern ging im zweiten Quartal 1990 sogar von 1,1 Millionen Exemplaren auf 600 000 Exemplaren zurück).

Die TREUHAND sollte den geplanten Verkauf von elf ehemaligen SPD-Zeitungen stornieren und die Sozialdemokratie ein Konzept für eine SPD-nahe LEIPZIGER VOLKSZEITUNG (LVZ) in Auftrag geben. Bitten wir doch den Fritz-Sänger-Preisträger des Jahres 1991, Peter Merseburger, ein Konzept für eine neue LVZ zu erarbeiten.



Berlin-Ost

Foto: JOKER/Rainer Steußloff

OTTO SINGER

Aufschwung Ost

Wirtschaftspolitik in der
postsozialistischen Klemme

Erinnern wir uns: Die Währungsunion war keine wesentliche Vorbedingung zur Herstellung der politischen Einheit. Unstrittig ist wohl heute die politisch-ökonomische Logik dieses Prozesses, obgleich die wirtschaftlichen Konsequenzen auch weiterhin unterschiedlich beurteilt werden. Immerhin: Auch der Sachverständigenrat entwickelt im neuen Jahresgutachten Realitätssinn und hat nun – entgegen den früheren Warnungen des Vorsitzenden Hans-Karl Schneider – erkannt, daß die monetäre Union ein notwendiger »Katalysator der wirtschaftlichen Integration« (Jahresgutachten) war. Wilhelm Hankel, Währungsexperte in Frankfurt, sieht die Einführung der D-Mark sogar als notwendige Voraussetzung für die jetzt erfolgende Wirtschaftsreform: »Erst eine funktionsfähige Geldwirtschaft erweckt die Marktwirtschaft zum Leben, macht aus guten Reformabsichten Taten.«

Die ökonomische und soziale Transforma-

tion der ehemals sozialistischen Planökonomie ist damit aber noch keineswegs gewährleistet. Offensichtlich werden die Schwierigkeiten von ökonomischen Transformationsprozessen generell unterschätzt. Ein Grund dafür ist die aus heutiger Sicht verständliche Verklärung des sogenannten Wirtschaftswunders nach 1945. Der Aufbauprozeß der Bundesrepublik dauerte erheblich länger, als dies heute noch wahrgenommen wird: Erst 1956 war die Nachkriegsarbeitslosigkeit unter eine Million gesunken – der heutige Lebensstandard der DDR wurde in der Bundesrepublik erst in den frühen 60er Jahren erreicht, etwa zehn Jahre nach Beginn des Wirtschaftswunders. Für die Transformation der DDR – dies heißt vor allem: Angleichung an die westlichen Standards – muß man Übergangszeiten zwischen fünf und zehn Jahren veranschlagen. Verglichen mit den in der jüngeren Geschichte erfolgten Systemtransformationen in Portugal und Spanien ist die Übergangsfrist vermutlich kürzer: Die Integration in ein bestehendes politisch-soziales System erleichtert die Transformation in vielfältiger Hinsicht.

Damit ist zwar die Eingliederung der DDR in das politische und ökonomische Institutionensystem der bisherigen Bundesrepublik »ein vergleichsweise günstiger Fall der Systemtrans-

formation: Mit dem Inkrafttreten des Einigungsverfahrens verschwand die DDR als Staat – an die Stelle der alten staatlichen Organisation trat unmittelbar das Regelwerk des westdeutschen Grundgesetzes. Gleichwohl sind auch hier – wie die letzten Monate gezeigt haben – eine Reihe von Restriktionen für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern festzustellen. Neben den weiterhin unklaren Eigentumsrechten, der fehlenden Infrastruktur und einer desolaten öffentlichen Verwaltung ist vor allem die »blödsinnige Treuhandkonstruktion« (Ex-Ministerpräsident Späth) für die verzögerte wirtschaftliche Gesundung verantwortlich. Die Schwierigkeiten der ökonomischen Integration werden inzwischen von den meisten Akteuren der Regierungspolitik wahrgenommen. Ein erstes Resultat: Das Eingeständnis des Irrtums und die Schlußfolgerung, daß staatliche Maßnahmen zur Entfesselung der Marktkräfte nötig seien.

Die Bundesregierung versucht, im Rahmen ihres *Gemeinschaftswerks Aufschwung-Ost* die fehlenden Auftriebskräfte im Osten des Landes mit zusätzlichen Finanzhilfen und einem beschleunigten Verwaltungsaufbau herzustellen. Gleichzeitig wird jetzt – fast schon zu spät – auf ein »konzentriertes Zusammenwirken von Bund, Ländern und Treuhandanstalt« (Bundesregierung) gesetzt. Das Eingeständnis angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung: Der Systemumbruch in den neuen Ländern läßt sich nicht im Selbstlauf bewältigen – ausreichend sind aber auch nicht die Mittel der Konjunkturpolitik und der Maßnahmenkatalog der sektoralen und regionalen Strukturpolitik.

Die Experten der Einheit: Macht statt Sachverstand

Die bisherige Geschichte der Treuhandanstalt zeigt deutlich, woran es bisher mangelt: Es gibt keine klaren und anerkannten Konzeptionen für die Transformation bisheriger staatlich gelenkter Ökonomien. Zwar waren unter den Bedingungen der damaligen DDR sicher nicht alle Fehler zu vermeiden. Die strukturpolitische Ignoranz der politisch Verantwortlichen auf die bundesdeutsche Seite ist aber auch eine Folge der in der Wirtschaftswissenschaft vorherrschenden Sicht: Das Marktsystem soll sich marktwirtschaftlich etablieren. Diese paradoxe Logik der Umwandlung der ost-deutschen Wirtschaft ist zumindest implizit in den meisten Überlegungen des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams enthalten. Die Frage stellt sich aber auch, ob die wirtschaftspolitische Expertise überhaupt noch angemessen dem politi-

schen Prozeß der Bundesrepublik zur Verfügung stand.

Ein erstes Problem: Die Wirtschaftswissenschaft hat selbst zu ihrer relativen Bedeutungslosigkeit beigetragen. Seit dem Niedergang der keynesianischen Ära ist keine einheitliche Konzeption mehr vorhanden, die den politischen Akteuren unwidersprochen als Leitfaden für die Stabilisierungspolitik zur Verfügung steht. Hinzu kommt die gesunkene Nachfrage nach wirtschaftspolitischer Expertise. Die postmoderne Vielfalt besitzt auch im Wissenschaftsbetrieb sein Pendant: Wirtschaftspolitische Beratung ist im Informations-Zeitalter zu einem allgegenwärtigen Phänomen geworden. Die etablierten Forschungs-Institutionen sind nicht mehr die exklusiven Gremien, die Wirtschaftspolitik zu einer esoterischen Veranstaltung machen konnten. Und: Die politischen Akteure besitzen auch eigenen Sachverstand.

Die meisten wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Rahmen der deutschen Einheit sind Beispiele einer spezifischen Art von *Do-it-yourself-Economics* (David Henderson) der Bundesregierung. Die etablierten Beratungsgremien haben bislang nur versucht, eine von der Politik bereits vorgelegte Linie nachträglich wissenschaftlich zu akkommodieren oder auch – seltener – zu kritisieren. Wirtschaftsstaatssekretär Otto Schlecht rief entsprechend den wirtschaftswissenschaftlichen Sachverstand auf, »gerade unter dem neuen politischen Datenkranz Hilfestellung zu leisten«. Von der wissenschaftlichen Seite wurde hingegen *Schadensbegrenzung* (Ulrich van Suntum) gefordert. Wir erinnern uns: Die schnelle Währungsunion wurde damals – es ist erst ein halbes Jahr her – vielfach als Abkehr von der ökonomischen Vernunft interpretiert. Inzwischen werden die Stimmen der Kritiker wieder lauter. Selbst der Präsident der Deutschen Bundesbank erinnert sich an seine ursprüngliche Haltung zur Währungsunion.

Der Einigungsvertrag: Der Triumph der Politik

Im Einigungsvertrag sind die grundlegenden Regelungen für den Integrationsprozeß des östlichen Deutschland festgelegt worden. Nach der Währungsunion, die die Weichen für die Angliederung an die Bundesrepublik gestellt hatte, kam in einem Aushandlungsprozeß unter ungleichen Vertragspartnern jene merkwürdige Sammlung von Gesetzen, Verordnungen und Verfassungsänderungen zustande, die heute die Geschicke von Millionen Bürgern im östlichen Deutschland bestimmen. Das Ver-

tragswerk sollte nach Ansicht der Bundesregierung die »Grundlagen eines einheitlichen Rechtsraums mit dem Ziel einheitlicher Lebensverhältnisse« in der Noch-DDR schaffen. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Strukturentwicklung sind jedoch sehr unterschiedliche Problemsichten und Interessen wirksam geworden. War die Währungsunion zu sehr im Hinblick auf den Banken-Bilanz-Ausgleich ausgerichtet worden, krankt der Einigungsvertrag eher an der Widersprüchlichkeit der vielen wirtschaftspolitisch relevanten Regelungen.

Eine Lücke im gesetzlichen Regelwerk ist offensichtlich: Die strukturelle Anpassung der östlichen Wirtschaft soll durch steuerliche Subventionen und Investitionsbeihilfen einzelbetrieblich (und durch Infrastrukturprogramme für die Gebietskörperschaften) gefördert werden, während die in kurzer Frist vorrangige regionale und sektorale strukturpolitische Aufgabe – die Neustrukturierung der bestehenden Betriebe – einer bislang strukturpolitisch weitgehend inkompetenten Instanz anvertraut wurde.

Der Sachverständigenrat, die Wirtschaftsforschungsinstitute und die Bundesregierung sind in dieser Frage einer Meinung: Die Treuhandanstalt soll keine Behörde für Strukturpolitik werden. Der Markt soll über die zukünftige Wirtschaftsstruktur entscheiden. Allerdings sind nach wie vor im Rahmen der beiden wesentlichen Grundlinien – der marktliche Selbstlauf und die politische Intervention – kaum praktikable Konzeptionen für die Vorgehensweise der Treuhandanstalt vorgestellt worden. Auch das Gutachten des Sachverständigenrates bietet wenig Ansatzpunkte: Die Treuhandanstalt soll ihre Kräfte auf die Privatisierung konzentrieren. Zu wenig wird bedacht, daß der bisherige Anwendungsbereich der marktwirtschaftlichen Konzeption: die entwickelte Marktwirtschaft, kaum auf die Strukturprobleme bisheriger Planwirtschaften übertragen werden können. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Treuhandanstalt über ihre künftige Strategie dokumentieren zudem das Dilemma: Sanierung konkurriert mit Privatisierung, unklar ist immer noch, in welcher Weise dies jeweils geschehen soll.

Ein fundamentales Problem besteht darin, daß marktfähige Betriebe überhaupt nicht in der erforderlichen Form existieren. Die jüngsten Erfahrungen zeigen, daß die Umstrukturierung zwingend auf staatliche Institutionen angewiesen ist. Es kann nicht einfach nur darauf ankommen, die vorhandenen Betriebe in Unternehmungen zu verwandeln, sondern es muß auch das Muster der Arbeitsteilung in den

entwickelten Industrieländern bei der Entflechtung und Neubildung von Betrieben berücksichtigt werden. Die organisatorische Gliederung der Treuhandanstalt ist nicht geeignet, diese Aspekte hinreichend zu berücksichtigen – hinzu kommt, daß sie durch ihre komplexe Zielsetzung hoffnungslos überfordert ist.

Gleichzeitig fehlt es an einer angemessenen Einbindung dieser Institution in die politischen Entscheidungsprozesse auf Länderebene: Neben der Stärkung der politischen Legitimation könnte eine Verkopplung mit regionalen Politikstrukturen auch eine deutlichere Akzentuierung wirtschaftsstruktureller Erfordernisse ermöglichen. Die neuen Grundsätze der Zusammenarbeit von Bund, neuen Ländern und Treuhandanstalt weisen immerhin in die richtige Richtung: Die operativen Einheiten der Treuhandanstalt werden jetzt um Gremien ergänzt, die – unter Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen – als Beratungs- und Konsultationsorgane die bisherigen widersprüchlichen Adhoc-Maßnahmen in Zukunft vermeiden helfen könnten.

Ein zentraler Konstruktionsfehler des Einigungsvertrags zeigt sich auch in der Behandlung des volkseigenen Vermögens. Im Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen wurden zunächst die Rahmenbedingungen für die Zuordnung von Eigentumstiteln festgelegt. Die Folge war: Viele Alteigentümer haben Anträge auf Rückgabe des Eigentums gestellt. Mit der bislang gültigen Regelung wären damit große juristische Auseinandersetzungen in der ehemaligen DDR vorherzusehen. Das ökonomische Problem besteht darin, daß eine kurzfristige Verwendung der *Objekte* für Investitionsmaßnahmen oder andere Transaktionen nicht möglich ist, solange die Verfügungsberechtigung nicht eindeutig feststeht. Der Wirtschaftsminister schließt daraus, daß ohne schnelle Klarheit über die Verfügungsrechte keine Freisetzung der *Dynamik des Privateigentums* (Möller) entstehen könne. Es scheint, daß im Wirtschaftsministerium erneut eine naive Vereinfachung wirtschaftlicher Prozesse zum Leitbild der Reformen im östlichen Deutschland geworden ist. Immerhin gibt es eine Reihe anderer Gründe, die einen raschen Anpassungsprozeß behindern.

Im Zusammenhang mit der Privatisierung der volkseigenen Betriebe sind eine Reihe weiterer Verfügungsrechte berührt, die ebenfalls die ökonomische Entwicklung beeinflussen werden. Hierzu gehören vor allem die arbeitsrechtlichen Regelungen, die die industriellen Beziehungen in Ostdeutschland prägen. Ausgehend von den Verhältnissen der sozialistischen Produktion mit einem relativ hohen passiven



Das Bewußtsein gegenüber unserer Umwelt hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Die Erhaltung der Natur wird heute von fast allen Menschen als wesentliches Ziel genannt – im Interesse einer lebenswerten Zukunft.

Uns bewegen die gleichen Sorgen.

Als Energieproduzent und Dienstleistungsunternehmen sind wir uns der Verantwortung bewußt, ökonomische und ökologische Anforderungen so weit wie möglich in Einklang zu bringen. Techniken kann man ersetzen, die Umwelt nicht. Ziel ist es deshalb, Umweltbelastungen, wo immer sie auftreten, so gering wie möglich zu halten – und ständig nach Verbesserungen zu suchen.

Bereits erzielte Fortschritte – etwa bei der Rauchgasentschwefelung und -entstickung von Kohlekraftwerken – sind bedeutsam, aber selbstverständlich kein Grund für uns stehenzubleiben. So erarbeiten wir neue Konzepte für jede Art von Kraftwerken, damit aus möglichst wenig Primärenergie möglichst viel Strom gewonnen wird. Energie, die von vornherein eingespart wird, läßt Schadstoffe erst gar nicht entstehen – das gilt im Großen wie im Kleinen, das gilt für konventionelle Kraftwerke wie für kerntechnische Anlagen.

Wir wollen unseren Beitrag leisten – und das ist kein Lippenbekenntnis: Schließlich haben wir keine andere Umwelt und Zukunft als Sie.

E n e r g i e u n d I d e e n

VEW AG · Hauptverwaltung
Rheinlanddamm 24
4600 Dortmund 1

VEW



Leere Kantine des Eisenacher Wartburg-Werkes

Foto: JOKER/Lutz Schmidt

Sanktionspotential der Arbeitskräfte – eine spezifische Form der Herrschaft der Arbeiterklasse –, beeinflussen die arbeitsrechtlichen Übergangsregelungen in der ehemaligen DDR ebenfalls die Neustrukturierung der ostdeutschen Ökonomie.

Eigentumsrechte sind nicht auf Grund und Boden beschränkt. Auch die industriellen Beziehungen sind geprägt durch eine Vielfalt von Verfügungsrechten der verschiedenen Akteure. Sie sind ökonomisch nicht notwendigerweise effizient. Die Diskussion unter Ökonomen über die Funktionsweise von *Property Rights* ergab einige Einsichten. Auch die ökonomischen Ineffizienzen der sozialistischen Planökonomien in Osteuropa sind zuallererst ein Ergebnis *falscher* Verfügungsrechte im Wirtschaftsprozess. Heute wird durch die sozialpolitisch verständliche Kurzarbeitregelung, die auch Arbeitskräfte ohne Beschäftigung absichert, die Mobilität von Kapital und Arbeit erheblich gebremst: Die Umwandlung und Anpassung der Betriebe wird noch schwerfälliger, und die Qualifikationsanstrengungen der Arbeitnehmer werden eher gebremst.

Neue Wirtschaftspolitik gefragt

Niemand soll sagen, die Bundesregierung hätte das Volk über die zukünftigen Kosten der Einheit nicht gewarnt. In der Darlegung der Kosten im Gesetzesentwurf der Bundesregierung

(bzw. Fraktionen der CDU/CSU und FDP) wurde zunächst zwar festgestellt, daß der Einigungsvertrag nur »begrenzte unmittelbare finanzielle Auswirkungen« habe. Die künftigen Kosten seien dagegen »abhängig von Haushaltsentscheidungen der künftigen Bundesregierung (...) oder von der weiteren Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten in der jetzigen DDR (ebd.).« Die Schätzung der zusätzlichen Ausgaben – für 1991: 20 Mrd. DM! – hätte deshalb nur »begrenzte Aussagekraft«. Wie wahr! Ein Gefälligkeits-Gutachten des INSTITUTS DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT für das Bundeskanzleramt ging vor kurzem noch davon aus, daß sich die Deutsche Einheit innerhalb von zehn Jahren durch hohe Wachstumsraten in den östlichen Ländern und eine stabile Konjunktur im Westen selbst finanzieren könne. Die Ökonomen in Köln stellen nun auch fest, daß sie sich geirrt haben.

Für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gilt nun ein anderes Szenario. Nach der anfänglichen Euphorie über die wirtschaftliche Entwicklung im Osten Deutschlands dominieren nun die negativen Meldungen in der öffentlichen Debatte. Die Einschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung im Sommer letzten Jahres gingen zumeist davon aus, daß einem schockartigen Einbruch von Produktion und Beschäftigung unmittelbar nach dem 1. Juli schon bald eine Phase der Stabilisierung folgen würde. Demzufolge erwarteten die Ex-

perten der Institute im Laufe des Jahres 1991 eine allmähliche Aufwärtsbewegung. Dieses Szenario lag beispielsweise den beiden Gemeinschaftsdiagnosen der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute vom Frühjahr und vom Herbst des vergangenen Jahres zugrunde. Heute ist das Grundmuster der Prognosen – eine Stabilisierung des im Herbst erreichten Produktionsniveaus und ein Aufschwung vom Frühjahr dieses Jahres an – nicht mehr tragfähig. Das Orientierungsmuster der letzten Monate taugt nicht mehr zur Deutung der wirtschaftlichen Entwicklung im Osten: Viele Befürworter einer raschen ökonomischen Integration in Deutschland erhofften sich eine Wiederholung des Wirtschaftswunders der 50er Jahre. Ein schnelles Wunder erwartet nun niemand mehr.

Die soziale Dynamik des ökonomischen Niedergangs führte zu einem völlig neuen Muster staatlicher Finanzpolitik: Unter konjunkturellen Gesichtspunkten stellten die bislang größtenteils kreditfinanzierten Hilfen an die östlichen Länder ein simples keynesianisches Konjunkturprogramm dar. Die Finanzhilfen aus dem Westen – selbst die Kredite der Treuhandanstalt – sind vornehmlich als konsumtive Nachfrage wirksam geworden. Die makroökonomischen Risiken, die sich für eine bereits boomende Konjunktur ergeben, sind bislang weitgehend verniedlicht worden. Die Gefahr ist aber, daß das Risiko eines Konflikts zwischen Geld- und Fiskalpolitik immer größer wird.

Die Oppositionsparteien konnten die schon 1990 entstandenen Probleme der ökonomischen Integration der neuen Bundesländer politisch nicht nutzen. Die Strategie von Lafontaine – *a victim of unity* (FINANCIAL TIMES) – traf auf eine Wählerschaft, die den nationalen Diskurs höher einstufte als eine angekündigte Bedrohung der wirtschaftlichen Stabilität. Ideologische Einseitigkeit und Angst vor nationalistischen Rückfällen, gekoppelt mit dem Vertrauen in einen »wirtschaftspolitisch begrenzte Sachverstand« (ZEIT) ließen auch die GRÜNEN bislang wenig zur Entwicklung in der neuen Bundesrepublik beitragen.

Dabei ist die Situation für eine Reform der staatlichen Wirtschaftspolitik relativ günstig. *Erstens:* Die Finanzbeziehungen der Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik müssen neu geordnet werden. *Zweitens:* Die seit dem Ende des Keynesianismus offene Frage der makroökonomischen Steuerung der Marktwirtschaft stellt auch heute eine Herausforderung der Wirtschaftspolitik dar. Im keynesianischen Zeitalter wurde vom Staat vor allem die Stabilisierung der Gesamtwirtschaft erwartet (*Vollbeschäftigung*). In jener Phase wurden auch die

vielfältigen sozialstaatlichen Programme entwickelt, die später von den Kritikern als ökonomisch belastend angesehen wurden. Die damals noch minoritäre Staatskritik wurde dann zum *mainstream*. Auch heute wird die Fähigkeit des Staates zur Regulierung der Ökonomie vielfach als gering eingestuft – hier sind sich linke und rechte Staatskritiker einig. Selbst die Sozialdemokraten verzichteten in ihrem Regierungsprogramm von 1990 auf den Anspruch makroökonomischer Steuerung. Dagegen wurde mit der Forderung nach einer ökologischen Orientierung des Steuersystems ein neues Element – vorgedacht schon länger im Umfeld der GRÜNEN – in die wirtschaftspolitische Diskussion gebracht.

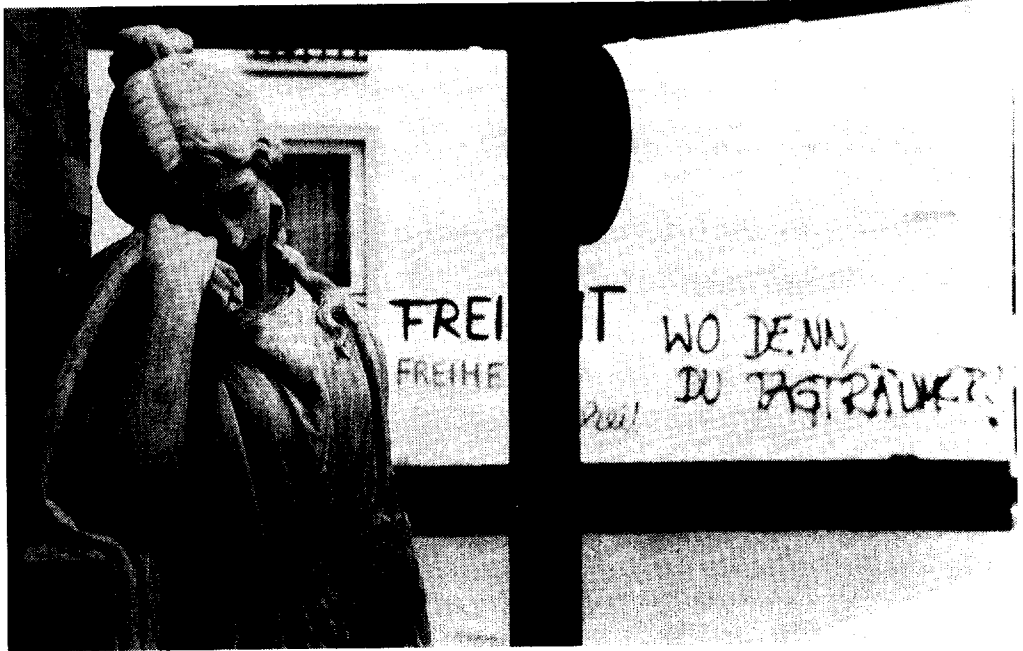
Die Lücke, die der Keynesianismus hinterlassen hat, ist noch nicht wieder geschlossen worden. Der Vorschlag der GRÜNEN zur Revision des Stabilitätsgesetzes folgt der traditionellen keynesianischen Vorstellung, daß zentrale Maßnahmen des Staates ökonomische und ökologische Fehlläufe des marktwirtschaftlichen Systems korrigieren sollen. Die Lehren aus den Fehlern der Globalsteuerung werden dabei oft recht einseitig gezogen. Zwar wird von der Vorstellung kurzfristiger Konjunktursteuerung abgerückt, dennoch existiert der Glaube an staatliche Interventionsfähigkeit fort. Staatsversagen wird ausschließlich auf die unzureichenden Instrumentarien zurückgeführt. Solche Konzeptionen sind kaum geeignet, die finanzpolitischen Probleme der Bundesrepublik nach 1990 zu lösen.

WOLFGANG THIERSE

Oktober 1917 – November 1989

Sozialismus zwischen Diktatur und Emanzipation

Manch einer wird sicherlich wissen, daß es gerade die Schriften Karl Kautskys waren, des Mannes, der nach dem Tode von Friedrich Engels zur unbestrittenen theoretischen Leitfigur der Internationale aufstieg, aus denen die russischen Sozialisten, bis hin zu Lenin, ihren Marxismus lernten. Und natürlich wissen die meisten auch, daß Karl Kautsky die Okto-



Frankfurt/Oder

Foto: JOKER/Rainer Steuðloff

berrevolution von Anbeginn an äußerst kritisch kommentierte, wovon eine ganze Reihe von Streitschriften und Kontroversen mit Lenin, Radek, Trotzki und anderen Bolschewisten Zeugnis ablegen. Aber vielleicht nur wenigen dürfte bekannt sein, daß Kautskys endgültiger Bruch mit dem bolschewistischen Experiment vom Frühjahr 1921 datiert, nämlich auf die Okkupation des von seinen menschewistischen Freunden und Genossen regierten Georgien durch die Rote Armee Sowjetrußlands zurückzuführen ist. Kautsky hatte Georgien wenige Wochen zuvor mit einer Delegation der Sozialistischen Arbeiter-Internationale bereist und war voller Optimismus zurückgekehrt. Den militärischen Überfall, für den der Georgier Djugaschwili, genannt Stalin, mit-, wenn nicht hauptverantwortlich zeichnete, konnte Kautsky auch dem bereits von schwerer Krankheit gezeichneten Lenin nicht verzeihen. Ab jetzt gab es für ihn (und große Teile der deutschen Sozialdemokratie) *keinerlei* Gemeinsamkeiten mehr mit der herrschenden Partei in Sowjetrußland. Lenin und die Bolschewiki waren für ihn nur Reaktionäre, die größten Feinde der russischen Revolution geworden.

Natürlich war der Sozialismus bzw. die, die ihm im alten russischen Reich zum Durchbruch verhelfen wollten, mit der Lösung der *Emanzipation* auf der Fahne angetreten. Gerade Lenin hatte das Selbstbestimmungsrecht der Völker

und Nationen proklamiert, in diesem Punkt einmal eher zu Unrecht von Rosa Luxemburg kritisiert. Aber bereits vier Jahre später obsiegte großrussische Realpolitik über emanzipatorische Grundsätze. Ich möchte hier kurz innehalten, da wir es an dieser Stelle mit einem Grundphänomen der Epoche zu tun haben, die von den Daten Oktober 1917 und November 1989 eingerahmt wird.

Schuldige Praxis

Die sozialistische Idee, solange sie nur Programm war, transportierte die unbefleckten Ideale der Menschlichkeit, der Solidarität, der Freiheit, der Gerechtigkeit, der gesellschaftlichen Gleichheit und eben auch des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Sie war – nach dem Verblässen anderer Utopien – zur Hoffnung schlechthin der Unterdrückten und Entrechteten geworden. Eine Hoffnung, die stark war, solange sie unschuldig war – ja, die so stark war, daß sie eine lange Zeit lang viele blind machte für eine schuldige Praxis. Denn dies ist eine Grunderfahrung unseres Jahrhunderts: Die sozialistische Theorie verliert sehr schnell ihre Unschuld, sobald es an ihre Verwirklichung geht, sobald die Praxis in den Vordergrund rückt. Immer wieder stehen wir vor dem gleichen Phänomen: Kampf mit wirklichen oder vermeintlichen Feinden innen wie außen

und Rechtfertigung aller Untaten, Abweichungen und Verletzungen der Idee durch diesen Kampf. Am schrecklichsten sichtbar ist dieses Umschlagen eines sozialistischen Anfanges in Terror gleich beim ersten Versuch, der russischen Revolution, mit ihrem grausamen, mehrere Jahre dauernden, hunderttausende von Menschenopfern fordernden Bürgerkrieg, begleitet von einer ganzen Reihe von ausländischen militärischen Interventionen, bis zum Millionen Menschenopfer fordernden Krieg Stalins gegen die eigene Bevölkerung.

Zur Rechtfertigung der falschen, der blutigen Praxis wird diese Praxis der Kritik durch die sozialistische Idee und Utopie entzogen, indem diese Idee umgebogen wird, die sozialistische Theorie zur *marxistisch-leninistischen Legitimationswissenschaft* domestiziert wird. Die Sozialisten an der Macht, nehmen wir als Beispiel nochmals die russischen Bolschewiki, machen gewissermaßen aus der Not eine Tugend. Der Bürgerkrieg wird – ganz im Gegensatz zum wenige Jahre zuvor propagierten Los-trennungsrecht vom zaristischen Reich – zur Rechtfertigung für die Suspendierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, ja, er wird sogar selbst zum unvermeidlichen Element der sozialistischen Transformation erklärt. Es ist wohl mehr als die Ironie der Geschichte, daß 1921 in Georgien – wie später in Ungarn, der CSSR oder Afghanistan – ein inszenierter Kommunistenputsch mit anschließendem Hilfversuchen am Anfang steht.

Ähnlich verhält es sich in der Frage der *Demokratie*. Da die Bolschewiki die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung verlieren, treiben sie das Parlament auseinander und proklamieren eine *neue* Demokratie.

Die Marxsche Formel von der sogenannten Diktatur des Proletariats, in seinem Verständnis einer die Mehrheit der Gesellschaft repräsentierenden Klasse, für Friedrich Engels deshalb gleichbedeutend mit dem Begriff der demokratischen Republik, wird nun in die Formel von der Diktatur des Proletariats als Diktatur der Kommunistischen Partei umgegossen. Der Weg in die Erziehungsdiktatur, in der eine Elite stellvertretend für die Masse handelt, ist damit vorprogrammiert.

Wir haben dies in der DDR buchstäblich am eigenen Leibe gespürt und erfahren. Bertolt Brecht, der sich ja durchaus zu Partei und Staat der früheren DDR bekannte, hat diesen Zusammenhang für die DDR des Jahres 1953 in einem erst kürzlich veröffentlichten Vorwort zu *Turandot* so formuliert: »Überall wurden Fehler gemacht, Menschen geschädigt oder gekränkt, kostspielige Umwege oder kostspielige kürze-

ste Wege begangen, immer wieder wurde verordnet anstatt überzeugt . . . was nun an Maßnahmen des Wiederaufbaues ins Werk gesetzt wurde, wurde *für* den Großteil der Bevölkerung, aber nicht *durch* ihn unternommen.«

Vormundschaftlicher Staat

Das Ergebnis: Ein vormundschaftlicher Staat, der seine Bürger, uns, die Ostdeutschen, auch innerlich vormundschaftlich gemacht hat.

Und Rosa Luxemburg, die die Gefahr eines solchen Weges schon knapp 50 Jahre zuvor in Lenins zentralistischer, in der Tendenz undemokratischer Parteikonzeption angelegt gesehen hatte, hat das Grundübel der bolschewistischen Vorgehensweise im Spannungsfeld von sozialistischen Idealen und schwierigen Handlungsbedingungen bereits sehr präzise charakterisiert. Ihre erste Überlegung ist die: »Alles, was in Russland vorgeht, ist begreiflich und eine unvermeidliche Kette von Ursachen und Wirkungen, deren Ausgangspunkte und Schlußsteine: das Versagen des deutschen Proletariats und die Okkupation Russlands durch den deutschen Imperialismus. Es hieße, von Lenin und Genossen Übermenschliches verlangen, wollte man ihnen auch noch zumuten, unter solchen Umständen die schönste Demokratie, die vorbildlichste Diktatur des Proletariats und eine blühende sozialistische Wirtschaft hervorzuzaubern.«

Ihre Haltung ist also durchaus von Verständnis für diese besonderen Bedingungen geprägt. Aber sie fügt hinzu: »Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.«

Wir haben es also eigentlich mit zwei Phänomenen zu tun: *Erstens*: dem Spannungsfeld von *reiner* sozialistischer Theorie und beginnender regierungsamtlicher Praxis, in der die Theorie schnell ihre Unschuld verliert, und *zweitens*: den unmittelbaren Rückwirkungen dieser Praxis auf die Theorie, deren Anpassung an die Resultate dieser Praxis. Viele Deutungs- und Beurteilungsmuster haben sich bis heute erhalten, wie sich anhand der damaligen sozialdemokratischen Diskussion mit wenigen Strichen illustrieren läßt.

Etwas vergrößert begegnen uns im wesentlichen *drei* Positionen. Für die eine steht etwa Karl Kautsky, der immer mehr dazu übergeht, die Entwicklungsschritte Sowjetrußlands ausschließlich an der reinen Theorie und an den so-

zialistischen Idealen zu messen, also etwaige besondere Bedingungen auszuklammern, und der dementsprechend zu vernichtenden Urteilen kommt. Den Kontrapart bietet der äußerste linke Flügel der USPD, der sehr bald in der jungen KPD aufgeht. Er tritt für eine bedingungslose Nachahmung, für ein Sowjetdeutschland nach russischem Muster ein. Und dazwischen sind alle diejenigen zu finden, die wie Rosa Luxemburg Verständnis für die besonderen und schwierigen Bedingungen entwickeln, die eine mehr, der andere weniger, die aber darauf beharren, diese Bedingungen nun nicht zu verabsolutieren, sondern auf einem eigenen, und damit anderen Weg zum Sozialismus bestehen. Hier beginnt wohl begrifflich auch erstmals die vom Austromarxisten Max Adler geprägte Debatte um den sogenannten *dritten Weg*.

Wir in der ehemaligen DDR hatten insbesondere unter denjenigen zu leiden, für die mit der Oktoberrevolution und der Gründung der DDR zwei Daten eines positiven, in ihrem Sinne sozialistischen Anfangs gesetzt waren, die jeden weiteren Schritt, den Stalinismus und den Poststalinismus eingeschlossen, rechtfertigten – und sei es auch nur als unvermeidliches Durchgangsstadium. Von den Anfängen des sozialistischen Aufbruches blieb dann nur der *vormundschaftliche Staat* übrig, wie das Rolf Henrich genannt hatte, begleitet von nackter Apologie in Politik und Wissenschaft.

Totes Modell

Wenn wir uns die Verwirklichungsgeschichte des Sozialismus bzw. die Geschichte seiner Verwirklichungsversuche anschauen, dann haben wir ein zunächst unentwirrbar erscheinendes Knäuel von ethischen, theoretischen, historischen und politisch-praktischen Fragestellungen vor uns. Nur wenn es gelingt, sie – und sei es nur in Ansätzen – zu entwirren, werden wir klarere Antworten auf die Frage finden, was alles mit dem sogenannten *realen Sozialismus* unwiderruflich zu Ende gegangen ist. Ist es die Idee des Sozialismus in ihrer Gesamtheit? Viele konservative Betrachter beurteilen es so, mit ihnen eine Reihe von Linken oder ehemaligen Linken. Auch der, der diese Antwort nicht gibt, muß sich dem Problem stellen. Wer sollte etwa bestreiten, daß der November 1989 auch im welthistorischen Maßstab das Ende des sogenannten *realen Sozialismus* als System markiert? Ich betone dies, ohne mich dabei als Prophet für das aufspielen zu wollen, was der Sowjetunion oder der Volksrepublik China als Zukunft bevorsteht. Gleichgültig, ob sie *Sozialistisches* in ihren Gesellschaftsverfassungen er-

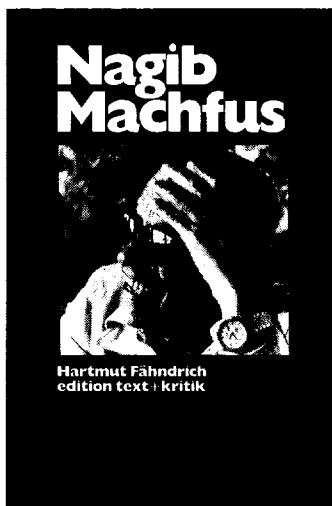
halten werden – der *reale Sozialismus* als Modell einer weltumspannenden Gegenmacht, der zweiten gegen die erste Welt, ist tot. Leicht läßt sich dies auch für seine kanonisierte Legitimationswissenschaft sagen, den Marxismus-Leninismus. Aber gilt es für ihre beiden Bestandteile, den Marxismus und den Leninismus? Gut, wenn wir alle Ismen aus unserem Denken zu verbannen vermögen – und dafür mag sogar einiges sprechen –, fällt die Antwort leicht. Gleichwohl sind wir dann bei der Frage, was von Marx oder Lenin bleibt. Aus sozialdemokratischer Sicht ist Lenin in vielfacher Hinsicht zu Recht kritisiert worden. Und Marx? Hatte er nicht als Alternative zur alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation beschrieben, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«? Hatte er nicht die *Erkämpfung der Demokratie* als den ersten Schritt in der Arbeiterrevolution bezeichnet?

Es wäre beileibe zu einfach, Marx, Kautsky oder Bernstein, eben jedweden Sozialismus mit dem November 1989 für erledigt zu erklären. Denn natürlich waren die oppositionellen Bewegungen in der Ex-DDR zunächst solche, die das uneingelöste Versprechen der Demokratie einforderten, die endlich die jahrzehntelange Bevormundung in den verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren abstreifen wollten. Es werden sich die wenigsten daran erinnern wollen, aber es war so, daß die unterschiedlichen Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen in der DDR alle die Forderung nach einem *demokratischen Sozialismus* in ihren Programmen formuliert hatten. Mit Recht galten sie als die eigentlichen Träger der Revolution in der DDR, wurden damals dafür beklatscht, während heute niemand mehr etwas von ihnen wissen will. Demonstrationen im Herbst 1989 waren der Ausdruck des Volkswillens, Demonstrationen im Frühjahr 1991 sind das Werkzeug hetzender Demagogen – so sieht es die amtliche Politik der Bundesrepublik heute.

Objekt von Politik

Also, wenn die einen aus konservativer Sicht in diesem Prozeß nichts als die Beendigung von Sozialismus sehen, wenn auf der anderen Seite Teile der Linken nur kapitalistische Restauration wahrnehmen wollen, so ist gegenüber beiden darauf zu beharren, daß es sich zunächst und zuallererst um einen Prozeß der Befreiung handelte, um die Erkämpfung der Demokratie, um die Möglichkeit der Selbstbestimmung in den unterschiedlichen Feldern. Dies ging nicht *mit* dem alten System, sondern nur *gegen* die-

Schreiben andernorts: Nagib Machfus



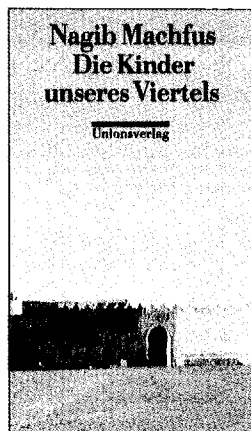
Hartmut Fähndrich

Nagib Machfus

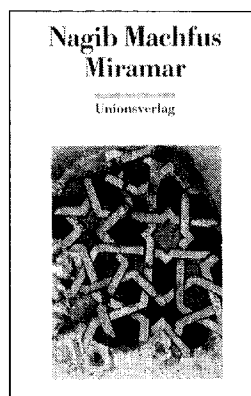
160 Seiten, DM 26,50
ISBN 3-88377-389-1

Nagib Machfus, 1911 geboren und 1988 durch den Nobelpreis zu internationalem Ruhm gelangt, ist in der arabischen Welt ein Literatur gewordenes Monument. Sein schon quantitativ eindrucksvolles Werk, das in diesem Band der neuen Reihe **Schreiben andernorts** vor dem Hintergrund der politischen Umwälzungen des modernen Ägypten vorgestellt wird und das immer wieder den Kosmos des Kairoer Kleinbürgertums spiegelt, wirkte bahnbrechend. Machfus gilt unzähligen Schriftstellern und Schriftstellerinnen als »Meister«, auch dann noch, wenn sie seinen Stil und seine Thematik hinter sich gelassen haben.

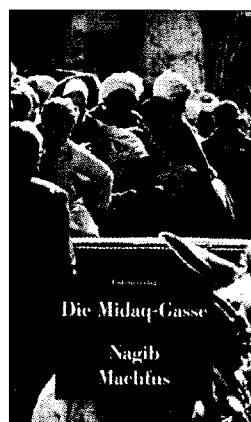
Verlag
edition text + kritik GmbH
Levelingstr. 6a
8000 München 80



572 Seiten, gebunden, 44,—



240 Seiten, gebunden, 30,—



Taschenbuch UT 8
355 Seiten, 18,—

Unionsverlag
CH-8034 Zürich

ses System. Und das Danach? Spielt sich nicht vor unseren Augen gerade die Umkehrung, die erneute Enteignung der Menschen von ihren Artikulations- und Entfaltungsrechten ab? Sollen sie nicht als Lehrlinge der Marktwirtschaft ihre Ansprüche zurückstellen und den Bonner Profis das Regieren und Managen überlassen? Immer mehr Menschen empfinden – in tiefer Enttäuschung, in lähmender Resignation, die nur allzuleicht in Aggression umschlagen kann –, daß sie wieder das sind, was sie 40 Jahre lang waren: Objekt von Politik, Objekt von Entscheidungen anderer. Befreiung von realsozialistischer Diktatur, ja – aber hat die wirkliche Emanzipation schon begonnen? Wer wollte die Gefahr solcher Enttäuschung, solcher neuerlicher Objekt-Erfahrung für die beginnende, die gemeinsame deutsche Demokratie leugnen! Aber so wenig das bloße Lamentieren darüber nützt, so wenig darf man die Augen davor verschließen, daß das SED-Regime politisch *und* ökonomisch ein Vakuum, ein Torso oder welches Bild man auch immer nehmen will, hinterlassen hatte, wo der gute Wille für einen anderen, einen dritten Weg, eine eigenständige Entwicklung nicht mehr ausreichte. Die Menschen wollten die deutsche Einheit, und für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau bietet sie allemal die besseren Chancen. Ich betone: Chancen, möchte also die augenblicklichen Prozesse des Zusammenbruchs keinesfalls beschönigen.

Im übrigen sind die Triumphatoren der reinen Marktwirtschaft schon wieder etwas stiller geworden, von dem unglaublich ignoranten Gutachten der sogenannten fünf Weisen einmal abgesehen. Es erweist sich doch gerade am Beispiel der neuen Länder, daß der Markt keineswegs alleine alles regelt; daß die Marktwirtschaft nicht von sich aus sozial oder ökologisch ist, daß wir eine eingreifende, planende öffentliche Struktur- und Industriepolitik brauchen, daß ohne die Schaffung einer gemischten Wirtschaftsstruktur ein Vorankommen nicht möglich ist. (Interessanterweise spricht etwa auch das *HANDELSBLATT* bereits von einer Sozialdemokratisierung der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.)

Ich plädiere für die Weiterarbeit an der kritischen Analyse beider Modelle: das Scheitern des realen Sozialismus und des eben nicht folgenlosen Erfolges des realen Kapitalismus. Wir sollten uns dabei vor Schwarz/Weiß-Malerei hüten, den Blick für Differenzierungen nicht verlieren. Ich will das am Beispiel dessen verdeutlichen, was *Peter Bender* unter dem Begriff des *Fürsorgestaates*, den er als sozialen Ausgleich für Polizeistaat und Erziehungsdiktatur faßt, als Charakteristika der ehemaligen

DDR nennt. Der Fürsorgestaat »... bestimmte, was die Leute zu tun hatten, aber sorgte auch für sie. Er beschränkte die Berufswahl, aber garantierte den Arbeitsplatz. Er hielt die Einkommen gering, aber auch die Kosten für Elementarbedürfnisse, Grundnahrungsmittel, Mieten, Bahn, Bus und Post. Er ließ, von relativ wenigen Privilegierten abgesehen, niemanden große Sprünge machen, aber auch niemanden in Existenznot geraten. Er zahlte kleine Renten, besonders kümmerliche Mindestrenten, aber die Gesundheitsversorgung war umsonst ... Der Staat brauchte die Arbeitskraft der Frauen, aber er bot ihnen auch Hilfen, von den Kinderkrippen bis zum Babyjahr. Er unterwarf das Hochschulstudium ideologischer Einschränkung und in manchen Fällen ideologischer Entstellung, aber ließ jeden umsonst studieren und gab Arbeiter- und Bauernkindern Bildungsmöglichkeiten, die sie in der Bundesrepublik nicht bekommen hätten. Er schränkte Kunst und Künstler ein, nahm manchem die Luft zum Atmen und Arbeiten, aber wirkte zugleich als Mäzen.«

Nur wenn wir uns diesen Blickwinkel bewahren, der die Differenzierung ermöglicht, werden die 40 Jahre für die Menschen der ehemaligen DDR nicht zu etwas verkommen, was nur noch aus Vertanem und Vergeblichem besteht.

Radikale Selbstkritik

Müssen wir nicht gerade die Verwirklichungsgeschichte des Sozialismus als Anlaß dafür nehmen, für das Problem der Demokratie, oder anders aufgefaßt, der *Zivilgesellschaft*, wie für den Bereich der Ökonomie das sich ständig neu reproduzierende Problem des Zentralismus zu untersuchen, es zurückzuverfolgen bis zu den sogenannten *Klassikern* der sozialistischen Theorie? Auch dabei plädiere ich für schonungs- und vorurteilslose Konsequenz, d. h. es darf weder – wie z. T. noch in der wissenschaftlichen Diskussion der UdSSR feststellbar – vor Lenin haltgemacht werden, in gleicher Weise nicht vor Marx, und umgekehrt darf es – dies an die sozialdemokratische, die eigene Adresse gerichtet – keine Kanonisierung von Kautsky, Bernstein oder wer immer einem noch einfällt, geben.

Für viele Sozialisten, Sozialdemokraten, andere Linke ist der Begriff des Sozialismus nunmehr so diskreditiert, daß sie auf ihn verzichten wollen. Ich möchte sie um etwas mehr Langsamkeit bitten. Sollten wir nicht zunächst versuchen, eine Reihe der Fragen zu beantworten, die ich aufgeworfen habe, bevor wir einen sol-

chen Schritt tun? Es gibt ein sehr praktisches Argument dafür. Kulturelle Hegemonie, um diesen Begriff Antonio Gramscis zu gebrauchen, stellt sich auch als eine Hegemonie über Begriffe her, die Identitäten stiften. Geben wir diesen Begriff verloren, wird es die Konservativen nicht daran hindern, ihn in ihrem Sinne ab- und umzuarbeiten.

Aus der historischen Erfahrung, die gerade wir aus Ostdeutschland und Osteuropa mit diesem gescheiterten System gemacht haben – in das auch unsere Biographien hineinverwoben sind – erwächst die Verpflichtung einer radikalen Selbstkritik der Theorie- und Praxisgeschichte des Sozialismus insgesamt.

Dies ist eine Aufgabe, die wir als Ostdeutsche in das einige Deutschland, als Osteuropäer in das gemeinsame Europa mitbringen. Ich denke aber, daß mit dem Scheitern des *realen Sozialismus* in Mißwirtschaft und Unterdrückung noch nicht die Idee der sozialen Gerechtigkeit und wirklicher, auch sozial gestützter Freiheit und Toleranz historisch erledigt ist. Es gibt noch so viel Ungerechtigkeit auf der Welt, daß der Traum von der Verbindung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit noch nicht ausge- träumt ist.

Als Versuch, soziale Gerechtigkeit *ohne* Demokratie, *ohne* Freiheit zu schaffen, ist der Sozialismus hoffentlich endgültig gescheitert. Das Lehrgeld, das wir – die Russen, die anderen Völker der Sowjetunion, Osteuropas und auch die Deutschen – Ost – für diesen Versuch bezahlt haben, ist wahrhaftig immens: Es ist hoffentlich nicht umsonst bezahlt! Die Lehre darf deshalb nicht vergessen werden – bei den zukünftigen, auch weiterhin *notwendigen* Versuchen zur Emanzipation. Deshalb also bedarf es der Vergewisserung dessen, was aus der Geschichte, die noch nicht vergangen ist, zu lernen ist, was die wirklichen Lehren sind. Die richtigen, die hartnäckigen Fragen sind notwendig, nicht die allzusehnellen Antworten. Von diesen fixen Antworten gibt es viele, zum Beispiel:

Dies war kein *wirklicher*, sondern nur *realer* Sozialismus. – Ein intellektueller Einwand, mit dem man sich als Linker zwar auf kritischer Distanz zum Geschehen halten kann, mit dem man es sich allerdings auch allzuleicht macht bei der notwendigen Trauerarbeit.

Marx ist tot, Jesus lebt. – So wenig ich früher geglaubt habe, daß Jesus tot sei, so wenig bin ich jetzt sicher, daß Marx tot ist. Es wird sich erst erweisen müssen, wie tot der Marx- sche Denkansatz wirklich ist und ob er nicht jetzt wieder – gewissermaßen zu kritischer Theorie neu befreit – lebendiger zu werden vermag.



Wartburg aus dem Rennen

Foto: JOKER/Karsten Preuß

Die Ausrufung des Endes von Utopien, gar ein Utopieverbot. – In mir wehrt sich einiges dagegen. Mir scheint, daß die künftige Entwicklung des Sozialismus in zwei Richtungen verlaufen könnte. Zum einen als Rückverwandlung des Sozialismus von falscher, ideologisierte Wissenschaft (und Praxis) zur Utopie. Zum anderen – nach dem Wegfall der Systemalternative zwischen West und Ost – als erneuertes Interesse für die Alternativen in dem einen System selbst, im Kapitalismus, als der lebendige Prozeß der Suche nach und der schrittweisen Verwirklichung von mehr Gerechtigkeit, mehr Freiheit, mehr Demokratie – also als soziale Demokratie.

Dieser leicht gekürzte Text stammt aus einer Rede, die Wolfgang Thierse auf dem »Forum der Historischen Kommission der SPD« am 19. April 1991 in Bonn gehalten hat.

Am 16. 4. 1991 stand in der Kultur-WELT ein Artikel über Ernst Bloch zu lesen, der mit einem bisher unveröffentlichten Brief an Wilhelm Pieck vom 22. Januar 1957 prahlte. Gearbeitet wird nach der alten *Aliquid semper habet*-Methode: Ein Stück Stalinismus läßt sich jedem Links-Intellektuellen anhängen. Ohne weitere Nachprüfung gerät Ernst Bloch wieder in die westdeutschen Feuilletons. Nach dem Fall der Mauer können wohl einige mit dem Siegen nicht mehr aufhören.

Die Rufmord-Technik arbeitet mit erbärmlichen Mitteln. Aus dem angeblichen Bloch-Brief wird ein Geheimnis gemacht: Nirgendwo ist er vollständig nachzulesen. Allerdings hat schon Peter Zudeick in seiner seriösen Bloch-Biographie von 1985 einen *Offenen Brief an die Partei* zitiert, der wörtlich mit dem WELT-Dokument übereinstimmt – Datum ebenfalls 22. 1. 1957. Der Brief, voller taktischer Volten und Finessen, sollte nach dem Zeugnis Jürgen Rühles Blochs Schüler vor Verfolgung schützen. Längst scheint im Westen schon vergessen, worum es damals ging: Der XX. Parteitag hatte 1956 in den sozialistischen Ländern eine Aufbruchsstimmung ausgelöst, die in den blutig niedergeschlagenen Ungarnaufstand mündete. Blochs alter Weggefährte Georg Lukaács, zum Beispiel, war unter Wortbruch von der Roten Armee nach Rumänien entführt worden; vielen drohte das Schicksal Imre Nagys – die mögliche Ermordung. Eine Wiederbelebung stalinistischer Repressionstechniken mit allen Unberechenbarkeiten lag im Bereich des Denkbaren. Auch in der DDR fanden Verhaftungen statt. In diesem Klima sind die Zeilen Blochs geschrieben worden, in denen sich Taktik und politischer Irrtum kreuzen mögen. Doch den westdeutschen Feuilletonisten geht es nicht um das prekäre Verhältnis von Intellektuellen und realsozialistischer Macht, sondern um die Denunziation politischer Intellektualität überhaupt.

In den 80er Jahren hat eine Politisierung des Feuilletons stattgefunden, die ästhetische wie theoretische Produktionen einer Gesinnungsprüfung unterzieht. Die FAZ unter Hitler-Kenner Joachim Fest pflegt schon seit Jahren eine barbarische Philologie des Verdachts, deren Chefexekutor Ernst Nolte heißt. Erst kürzlich zog Nolte seine intellektuellen Konsequenzen des Jahres 1989/90, indem er Adorno an die Seite Stalins rückte. Auftraggeber Fest zog

inzwischen mit einer ähnlichen Meisterinterpretation bei Siedler nach. Blochs Nähe zum Kommunismus Moskauer Art reicht nicht mehr, sondern nun muß eine Verwandtschaft mit Rosenberg und Hitler konstruiert werden. Wenn man schon dem Verdächtigen ist, warum soll man dann nicht Ernst Bloch auch noch zu einem *Fundamentalist(en) der eigenen Art* machen? Überhaupt nimmt dieser Feuilletonismus es mit Zeit und Raum nicht so genau: Joachim Fest weiß sogar wörtliche Äußerungen Blochs aus dem Jahre 1980 zu kolportieren, obwohl der Philosoph damals schon drei Jahre tot war.

Warum diese intellektuellen Grabschändungen? Früher war man doch stolz auf die fremden Kulturgüter, mit denen man sich schmücken konnte. Der Oggersheimer zitierte gern den Ludwigshafener; kaum eine Sportreportage kommt noch ohne das *Prinzip Hoffnung* aus. Störend wirkt auf dem heutigen Medienmarkt der politisch denkende Intellektuelle, der einst die Alternative zum Mitläufertum verkörperte. Wer politisch agiert, bleibt von Schuld nicht frei – diese Gewißheit wird zur Gaunermaxime umgedeutet, es hätten doch alle Dreck am Stecken. Wie unterlegen und antiquiert müssen uns heute Menschen vorkommen, die, auch wenn sie zur Emigration gezwungen waren, bei sich bleiben wollten? Wie kann man es ungestraft wagen, Hoffnungen zu hegen, die enttäuscht werden können? Propagiert wird im Feldzug gegen Utopie und kritische Gesellschaftstheorie ein autoritärer Realismus, der viel für sich hat. Der alte Pangloss scheint ein Schwärmer gegen die heutigen Verkünder der besten aller möglichen Welten, der vergrößerten Bundesrepublik. Die bundesdeutschen Feuilletonisten haben aus der Geschichte gelernt: Exponieren soll man sich möglichst nur, wenn es um die Fehler von Toten geht, die noch nicht die Raffinesse besaßen, in jedem System des 20. Jahrhunderts zurechtzukommen.

Erdgas – Energie mit Zukunft

Damit Sie jederzeit die Vorteile des Erdgases nutzen können, tragen wir vielfältig Vorsorge.

Dazu beziehen wir schon heute mögliche künftige Entwicklungen in unser Planen und Handeln ein.

Ob es zum Beispiel im Jahre 2000 einen kalten Winter geben wird bei gleichzeitig guter Wirtschaftskonjunktur und damit hohen Bedarfsanforderungen unserer Kunden oder einen milden Winter bei schwacher Konjunktur mit entsprechend geringen Mengenanforderungen – wir sind darauf vorbereitet.

Denn wir haben die notwendigen Voraussetzungen geschaffen: Das Erdgas steht auf Basis langfristiger Verträge aus zuverlässigen inländischen und ausländischen Quellen

zur Verfügung. Mit Hilfe unseres international verknüpften unterirdischen Leitungssystems und unserer Untertagespeicher gelangt das Erdgas jederzeit so zu unseren Kunden, wie sie es benötigen.

Und wir haben im voraus die Wettbewerbsfähigkeit des Erdgases gesichert. Bei Bezug und Verkauf folgen die Erdgaspreise vereinbarungsgemäß den jeweiligen Energiepreisentwicklungen: Unsere Lieferkonditionen sind dadurch stets marktgerecht.

Unser Engagement reicht weit in die Zukunft – wie die Erdgasversorgung.

Wir sorgen für Erdgas

**ruhr
gas**

RÜDIGER GÖRNER
Der Postmodernist

Ich, ein Sämann
auf Asphalt, in Cafés
zu Hause; mein Mütchen
am Chromstahl gekühlt.
Was ich sage,
marmoriert.

Ich fühle
mit Herzschrittmacher
und Walkman am Ohr;
in jedem Band Eco
und Foucault eine gepresste
blaue Blume.

Ich, ein Kosmonaut
am Place de Clichy
mit Wermut im Spiegelglas.

Ich, der Anatom
unter den Totengräbern.

Ein Gefühl für das Erhabene

François Lyotard, der Kant der
Postmoderne

Lyotard ist einer der typischen Pariser Intellektuellen, deren Arbeiten zwischen Literatur, Politik, Philosophie und Kunst oszillieren. Als philosophische Bezugspunkte sind ihm heute Ludwig Wittgenstein und Immanuel Kant unverzichtbar geworden. Im künstlerischen Sektor sind es Monroy Buren und Duchamp. Früher freilich, und insoweit ist auch seine jüngste Biographie typisch, war es allein Marx, der ihm als verbindlicher Parameter diene. Lyotard arbeitete zusammen mit Castoriadis und anderen in der linksradikalen Zeitschrift *SOCIALISME OU BARBARIE* bis zum Jahr 1966. Anschließend beginnt er – als Folge einer Abwendung vom Marxismus – mit ersten Freudstudien. Deren Ergebnis ist der wenig überzeugende und konturierte Versuch, über die Kategorien des Wunsches und des Mangels eine Kapitalismuskritik zu formulieren.

Langsam formuliert die sich durchhaltende Ebene einer Vernunftkritik, als deren Inspirator Nietzsche zu nennen ist, die sich auch mit einer totalitären Figur der Theorie, etwa dem Marxismus, beschäftigt. Den eigentlichen Durchbruch erreicht Lyotard mit der Veröffentlichung seines Buchs *Das postmoderne Wissen* – 1979 –, er wird zu dem Theoretiker der Postmoderne. Historisch betrachtet, datiert Lyotard das Auftauchen der Postmoderne ans Ende des 19. Jahrhunderts; damals habe eine Transformation der Kultur stattgefunden, die zu einer Sinnentleerung der Moderne geführt habe. Diese Entwicklung wird von Lyotard freilich begrüßt. Mit der Postmoderne ist ein aufgeklärtes Bewußtsein über die Moderne gewonnen worden; dieses weiß, daß die Moderne historisch überholt ist. In diesem Zusammenhang kritisiert Lyotard das gesamte methodische Korsett, auf dem das moderne Wissen, die moderne Erkenntnis beruht: Die

Logik, die Teleologie, den Anspruch auf Totalität. Das postmoderne Bewußtsein hält den Bruch fest, es benennt eine epistemische Explosion. Mit Freud will François Lyotard das Vergangene durcharbeiten, und mit Immanuel Kant will er nach seinen Bedingungen fragen.

Charakteristisch für die Moderne war die Erzählform, sie ist inzwischen in eine tiefe Krise geraten, aus der sie sich nicht wieder befreien können wird. Das wissenschaftliche Wissen mit seinem globalen Anspruch hat die erzählerische Wissensform definitiv verdrängt. Die metaphysische Philosophie wird ebenfalls in den Auflösungsstrudel hineingezogen, als Folge zerbrechen ihre sinnstiftenden Erzählungen: Die Krise der Aufklärung und ihrer Erzählung von der Emanzipation der Menschheit, die Krise des deutschen Idealismus und seiner prägenden Erzählung von der Teleologie des Geistes und die Krise einer Hermeneutik des Sinns, wie sie der Historismus zu erzählen weiß.

In Anlehnung an Nietzsches These vom europäisch-abendländischen Nihilismus, seinem Modell eines universellen Perspektivismus – stimmt Lyotard einem sich hierdurch figurierenden Lebens- und Denkentwurf uneingeschränkt zu. Beispielgebend für eine Konstituierung postmoderner Lebensformen sei auf die von Lyotard mitinitiierte Ausstellung *Les immatériaux* im Pariser Centre Georges Pompidou verwiesen. Die leitende These behauptete, daß die neuen Technologien – Computer, Laser, Video, synthetisierte Bilder – die traditionellen erkenntnistheoretischen Dualismen des abendländischen Denkens erodieren und damit auch den dahinterstehenden gesamten Kulturtypus in Frage stellen. Diese Ausstellungskonzeption strebte erstmalig eine Aufhebung des Dualismus zwischen Betrachter und Produzenten an, die Besu-



Jean-François Lyotard im Mai 1989 an der Humboldt-Universität in Ostberlin

Foto: Jane Dulpaqar

cher wurden an mehreren Objekten zu Mitarbeit und Veränderungen angeregt, ihr Umgang mit den Ausstellungsstücken war ein aktiver. Lyotard verlangt eine ausschließlich ästhetische Bezugnahme zu den neuen Technologien, allein hierin sieht er den Typus zukünftigen Verhaltens. Unverzichtbar ist in diesem Zusammenhang die aufgeklärte Form des postmodernen Wissens mit seiner erhöhten Sensibilität, es läßt sich nicht mehr mit den vermeintlich auf Ewigkeit hin angelegten Sinnstiftungen zufriedensstellen.

In diesem Kontext glaubt Lyotard an einen globalen Funktionswandel in der Gesellschaft und im Staat. »Die Neuerung besteht darin, daß in diesem Zusammenhang die alten Attraktionspole, die Nationalstaaten, die Parteien, Berufsverbände, Institutionen und historischen Traditionen an Anziehungskraft verlieren. Sie müssen anscheinend nicht ersetzt werden, zumindest nicht auf ihrer Ebene. Die trilaterale Kommission ist kein populärer Attraktionspunkt mehr.

Die *Identifizierungen* mit großen Namen, mit den Heroen der gegenwärtigen Geschichte, werden schwieriger: – Jeder ist auf sich selbst gestellt. Und jeder weiß, daß dieses Selbst wenig ist. Das Selbst ist wenig, aber es ist nicht isoliert, es ist in einem Gefüge von Relationen gefangen, das noch nie so komplex und unendlich war. Jung oder alt, Mann oder Frau, arm oder reich, ist es immer auf *Knoten* des Kommunikationskreislaufes gesetzt, seien sie auch noch so unbedeutend. Es ist besser zu sagen, auf Posten gesetzt, die von Nachrichten verschiedener Natur passiert werden.« (François Lyotard: *Das Postmoderne Wissen*, S. 194/95, Edition Passagen, Wien 1987.)

Generell wünscht sich Lyotard, daß das abendländische Rationalitätsmodell mit seinen alles verschlingenden Herrschaftsansprüchen durch ein perspektivisch pluralistisch ästhetisches ersetzt werden möge. Beispielgebend werden von ihm in diesem Zusammenhang das Leben und vor allem das Schaffen der

künstlerischen Avantgarden angeführt. Diese Künstler haben es sich zum Prinzip gemacht, nach den Bedingungen ihrer Produktion innerhalb des Produzierens zu fragen und damit das Geronnene immer wieder erneut in Frage, gleichsam zur Disposition zu stellen. Hier sieht Lyotard auch die einzige Möglichkeit eines kritischen Philosophierens. Und damit ist auch die Frage beantwortet, warum Lyotard immer wieder in den künstlerischen Bereich ausgewichen ist und sogar von sich behauptet hat, er hätte es bei weitem vorgezogen, als Künstler zu arbeiten. Auch hier scheint mir eine weitere thematische Analogie der neueren französischen Philosophie und ihrer Erkenntnisse zu den schon lange zuvor veröffentlichten Einsichten der FRANKFURTER SCHULE zu liegen.

Man wird doch an die Behauptung Adornos aus der *Negativen Dialektik* erinnert, die er in der *Ästhetischen Theorie* explizierte, die Wahrheit könne – wenn überhaupt – dann nur in der Kunst überwintern, bis zu einem Zeitpunkt, an dem das Nichtidentische befreit und in sein Recht gesetzt worden ist. Die bisher unausgemessenen Herausforderungen, vor die uns die neuen Technologien stellen, möchte Lyotard mit einer ästhetischen Haltung beantworten. Zu beklagen ist, daß dieses Argument ohne Begründung und ohne Beispiel in die Debatte geworfen wird. Eben diese Technologien haben Lyotard auch zu einer veränderten Inanspruchnahme des Kantischen Begriffs des *Erhabenen*, wie er es in der *Kritik der Urteilskraft* formuliert hatte. Ausgangspunkt war eine Veränderung der Schematik von Raum und Zeit. Gemäß der Vermittlungsfunktion, die Kant der *Kritik der Urteilskraft* zwischen der *Kritik der reinen Vernunft* und der *Kritik der praktischen Vernunft* – also zwischen Verstand und Vernunft zugestanden hatte, war das Schöne als Einheit von Einbildungskraft und Verstand bestimmt worden. Anders als das unteilbare und unmittelbare Lustgefühl, welches das Schöne hervorruft, ist das Erhabene ein gemischtes Gefühl, das den Übergang zwischen der endlichen Welt

der Einbildungskraft und der Unendlichkeit der Vernunft als dem Reich der Ideen markiert.

Weil die Vernunft auch solche Manifestationen wie Auschwitz und den Gulag, Lyotard nennt sie *Geschichtszeichen*, hervorgebracht hat, will Lyotard das legitimatorisch-bestimmende Urteilen durch das reflektierende ablösen. Mit diesem Hinweis macht Lyotard auch auf die Doppelwertigkeit im Projekt der Aufklärung, das mit dem Projekt der Moderne gleichzusetzen ist, aufmerksam. Zunächst ist ihm hier zuzustimmen. Freilich können wir seine Erwartungen, die Vervielfältigung der Informationen mittels der neuen Technologien könne auch eine andere Verantwortlichkeit gegen die Geschichtszeichen bewerkstelligen, nicht teilen. Zu fragen ist, wo Lyotard hierzu Anzeichen sieht. Diese Haltung mutet naiv und inkonsequent an, ja es drängt sich der Verdacht auf, daß sie sich einem undurchschauten Glauben an eine unaufhaltsame Wendung zum Besseren verdankt. Vergegenwärtigt man sich aber, daß sich das postmoderne Lebensgefühl, wie es uns von Lyotard vorgestellt wird, im Wissen, in bestimmter, nicht steuerbare Sprachspiele eingeschlossen zu sein, sich beschließt, die wesentlich legitimationslos, sei's rational, sei's irrational, gut oder böse, sich immer wieder neu, aber niemals anders zu gruppieren vermögen, dann fragt man sich erst recht, woher dieser Glaube und diese Hoffnung kommen können. Was sollte man angesichts dieses Szenarios in diesem Geschichtszeichen auch anderes erblicken, als eine zynische Bestätigung dieses sinnlosen Spiels der Spiele. Ähnlich der kantischen Konzeption des Erhabenen, die es nicht vermag, ihren Gegenstand in Raum und Zeit zu manifestieren, sieht Lyotard unsere Reaktion auf die zunehmende Komplexität der phänomenalen Welt. Dennoch will er diese Orientierungslosigkeit positiv behandelt wissen, sie ist ihm Möglichkeit und Voraussetzung für ungeahnte Möglichkeiten des Lebens und Denkens. Interessant und höchst strittig erscheint in diesem Zusammenhang seine Hoffnung, mit der Technik ganz

andere Formen der Sensibilität, der Wahrnehmung aufzubauen und anzueignen, zu erproben.

In seinem zweiten Hauptwerk: *Le Different*, deutsch: *Der Widerstreit* (Frankreich 1984), das der Autor als sein philosophisches Vermächtnis begriffen wissen will, steht im Zentrum das künstlerische Schaffen, es markiert den Übergang zu einer ästhetischen Betrachtungsweise von Mensch und Welt. Dieser Medienwechsel ist erforderlich geworden, weil wir uns in einer Situation befinden, in der wir uns nicht mehr vom Verstand leiten lassen können. Die zentrale Frage des Buches lautet demgemäß: »Wie verhält sich das Urteilen dort, wo es auf Wissen rekurrieren kann? Dort, wo es sich um ein radikales Nichtwissen handelt?

Die Fragestellung der dritten Kritik gilt also dem, was die Geschichte der Philosophie vor Kant zumindest als auszuschließendes Drittes behandelt hatte, dem Heterogenen, dem Singularen, dem Nichtbegrifflichen. Wurde dieses Dritte bis zur dritten Kritik mit Hilfe einer binären Logik des Innen und Außen, des Eigenen und Fremden weitestgehend eskamotiert, so ist dies dort nicht mehr möglich, wo gefragt wird, wie aus dem einzelnen Fall zur Allgemeinheit geschritten wird, ohne sich dabei vom Verstand führen zu lassen.« (Samuel Weber: *Postmoderne und Poststrukturalismus. Versuche, eine Umgebung zu benennen*, in: ÄSTHETIK UND KOMMUNIKATION, Heft 63, Berlin 1986)

In einem undeutlich bleibenden Bezug zu Ludwig Wittgensteins Sprachspielbegriff sieht Lyotard den Körper des Sozialen und den des Kulturellen aus bestimmten Sprachspielen zusammengesetzt. In der Postmoderne fehlt freilich das vereinheitlichende Element, aber der gesellschaftliche Zusammenhang, in dem sich die Sprachspiele befinden, stiftet gleichwohl eine Form der Vereinheitlichung. Lyotard benennt dieses Element mit dem schillernden Begriff *Agonistik*, die die Macht als die eigentlich verantwortliche Instanz in ihrem Tun und Treiben transparent werden lasse. Die post-

moderne Skepsis, die sich aus dem Wissen um diesen Zusammenhang formiert, sucht aber nun keinen Zugang mehr zu Heilslehren, wie es für die Moderne charakteristisch gewesen ist. Sie setzt ihre Hoffnung ganz bescheiden in die Vielfalt der Sprachspiele, die sich in eine ebensolche der Lebensformen transformieren könne. Ob damit die Phantasie an die Macht kommt, ist fraglich.

RÜDIGER GÖRNER

Über postmodernes Schreiben

Stille.

Zwei Frauen mit Reisigbündeln auf ihren Rücken ziehen vorbei. Ein zager Schrei eines schwächlichen Vogels. Das Pferd schnaubt«, notierte Flaubert nach einer Droschkenfahrt durch den Wald von Fontainebleau im Juli 1868 in seinem *Carnet de travail*. Episich ausgearbeitet, fand dieses Notat dann Eingang in die *Education sentimentale*.

I

Ein postmoderner Schriftsteller hätte es bei dieser Wortskizze belassen und darauf verzichtet, sie weiter auszuführen; denn er schätzt das Isolierte und Punktuelle. Mit Vorliebe zitiert er – sich selbst.

Wer nach dem ästhetischen Prinzip der Postmoderne fragt, findet es in den Texten des 1982 verstorbenen Wortkünstlers Georges Perec, besonders in seiner essayistischen Erzählung *Le Voyage d'hiver*, in der er den Ausdruck »wundersame Kompilation« geprägt hatte. Nicht Collage, sondern Anhäufung. Zusammengetragen des Geschiedenen. Will man hier noch von Ganzheit sprechen, dann kann damit nur eine Ansammlung reinlich voneinander getrennter Dinge, Eindrücke, Empfindungen, Gesten und Körperteile gemeint sein.

Schreiben andernorts: Nadine Gordimer



Klaus Kreimeier

Nadine Gordimer

160 Seiten, DM 26,50
ISBN 3-88377-390-5

Nadine Gordimer ist nicht nur die bedeutendste weiße Schriftstellerin Südafrikas – der vorliegende Band in der neuen Reihe **Schreiben andernorts** zeigt auch, daß ihre zahlreichen Romane, Erzählungen und Essays zu den wesentlichen Leistungen der modernen englischsprachigen Literatur gehören. Literarischer Rang und politische Integrität bilden, wie nur selten in der zeitgenössischen Literatur, eine Einheit und erklären die Ausstrahlung einer Autorin, die sich seit Jahrzehnten couragiert für das Ende der Apartheid, für Demokratie, Rassengleichheit und kulturelle Sensibilität im gesellschaftlichen Alltag einsetzt.

Verlag
edition text + kritik GmbH
Levelingstraße 6a
8000 München 80

»Dieses Buch muß man gelesen haben, um Südafrika zu verstehen.«

Sunday Times



318 Seiten. Leinen. DM 38,-

Als Will seinen Vater Sonny und die Weiße Hannah Plowman vor einem Kino trifft, ahnt er, daß die beiden ein Paar sind. Aus dieser Szene entfaltet sich der neue, großartige Roman von Nadine Gordimer. Sonny ist Lehrer, er hat sich aus bescheidenen Anfängen ein gewisses Maß an Sicherheit und Kultur geschaffen. Er und seine schöne, stille Frau Aila haben einen Sohn und eine Tochter, denen er seine Werte und Hoffnungen zu vermitteln versucht. Aber natürlich kann ein schwarzer Lehrer in der Vorstadt von Johannesburg sich nicht ganz aus dem politischen Kampf heraushalten, und in der Anti-Apartheidsbewegung lernt er Hannah Plowman kennen, eine Weiße, die sich aktiv für die Rechte der Schwarzen einsetzt. Erzählt wird die Geschichte der beiden von Sonnys Sohn Will. Ein sehr konzentrierter, kraftvoller Roman.

IN JEDER BUCHHANDLUNG!



S. Fischer



Leichtverdauliches Zitatenmenü: *Elfriede Jelinek*

Foto: Isolde Ohlbaum

Phasenweise lassen sie sich nach mathematischen Regeln miteinander in eine vorläufige Beziehung bringen, die sich aber jederzeit wieder auflösen läßt.

Etwas Wittgensteinsche Logik, die bizarr schimmert im schüchternen Auf-flackern einer Leidenschaftlichkeit à la Stendhal. Ansonsten geht es hygienisch zu in postmodernen Texten; das Ego sterilisiert sich, und die Dinge riechen anti-septisch. Klinisch kalte Passagen, in denen man sich nach dem Geruch verfau-lender Salatblätter sehnt.

Perec zitierte Stendhal: »Ein Roman muß ein Spiegel sein.« Ausschlaggebend aber ist, wie er diesen Satz Stendhals wiedergab, nämlich wie folgt: »Ein R muß ein S sein . . .« Mag sich der Leser den Rest denken oder sich eben ein X vor einem U vormachen lassen.

Diese Art des dekonstruktivistischen Zitierens bewirkt, daß ein Roman, der aus solchen Chiffren besteht, eben kein Spiegel mehr sein kann; allenfalls besteht er aus kostbar eingefassten Spiegel-scherben.

Was aber hat es mit dem Wundersamen dieses Kompilierens auf sich? Offenbar meinte Perec damit die Art, wie man zu den kompilierbaren Dingen (oder Zitaten) kommt. Zu vermuten steht, daß das Zufallsprinzip hier die Hauptrolle spielt.

Das Zitat flimmert in der Aura seiner (vermeintlichen) Bedeutung, die jedoch in jedem Falle vom Kontext abhängt, in den das Zitat gestellt wird. Verpflanzte Zitate finden sich in der Postmoderne überall. Ob in der Architektur eine griechische Säule aus Stahl oder etwas Mallarmé in Handkes *Nachmittag eines Fauns*: Wer sich postmodern verhält, den sorgt weniger der Sinn des Zufallsprinzips; allenfalls denkt er über zufällig auftretende Sinnmomente nach – nur nicht zu tief; denn das könnte dem Habitus der Leichtigkeit schaden.

Eine Literatur, die im wesentlichen nur aus kompilierten Zitaten besteht, kann man ihrerseits schlecht zitieren; Leonardos *Mona Lisa* läßt sich hundertfältig parodieren; eine Collage, in der auch ein *Mona-Lisa*-Verschnitt auftaucht, ist dagegen weder parodierbar noch zitierbar. Mit diesem Kompilieren versuchen die Postmodernen, ihre geistige Armut zu überspielen. Zitatenklitterer sind sie, keine Bildner. Die Moritat, die Kunde, sie bleiben auf der Strecke. Statt dessen Grinsen, wenn man eine Erzählung Stefan Heyms zu Gesicht bekommt; auch wenn es sich dabei um ein kleines Meisterwerk handelt, etwa um seine Geschichte *Der Besitz*. Wie denn, eine regelrechte Geschichte, die sogar die Gesinnung ihres Autors verrät? Nicht kompiliert, sondern schlicht und einfach erzählt?

Postmodernes Schreiben gibt sich so intim, wie dies ein Personal Computer eben zuläßt. Sein Ziel heißt: Schreibhygiene; sein Mittel: Textverarbeitung. Über den Umfang eines kompilierten Romans entscheidet die Speicherkapazität des elektronischen Systems.

Nach seinen Beweggründen gefragt, sich schreibend zu betätigen, antwortet der postmoderne Schriftsteller prompt: Es war Zitierlust, nichts weiter.

II

Zitate tauchen auf und verschwinden wieder, wenn sich ihre Bedeutungsumrisse verwischt haben. Überhaupt das Verschwinden. Neben dem Kompilieren gehört es ins Repertoire eines jeden Postmodernisten. Zum Spiel mit dem Verschwinden gehört andererseits, daß man (mit George Steiner) die Gegenwart und das *Anwesende* beschwört.

Im Denken der Postmoderne *west* es wieder. Das *Abwesende* hat sogar einen Namen: Henri Mensonge. Seine Persönlichkeit beruht auf ihrer *Nicht-Gegenwart*. Nur ein britischer Autor (Malcolm Bradbury) kann auf eine solche souveräne Weise französische Intellektualität parodieren. Mensonge, ein gelernter Dekonstruktivist, lebt, wie sein Name verrät, von Täuschungsmanövern. Er hält Gott und die Welt zum Narren und verhöhnt seine eigene Existenz, indem er fortwährend durch Abwesenheit glänzt; somit verflüchtigt er sich zum Phantom der postmodernen Universitäten. Er dekonstruiert nicht nur die Tradition, sondern auch sich selbst.

An Mensonge ist nur seine Abwesenheit beständig. Sie kann er nicht belügen. Er arbeitet daran, seinen Einfluß dadurch zu vergrößern, daß er nicht in Erscheinung tritt. Er lebt seine *Ästhetik des Schweigens* und das im Wissen darüber, daß *man* über ihn spricht. Und er wirkt wie Josef K., der sich eine Tarnkappe übergestülpt hat.

Mensonges Verschwinden macht Schule. Robin Detje veröffentlicht am 9. November 1990 einen sechsspaltigen Artikel in der ZEIT, in dem er über den potentiellen Theaterrevolutionär Gottlieb Görtz berichtet, der aber in der Hauptsache sein eigenes Verschwinden inszeniert.

Was sollen diese Spielchen, auf die sich Anwesenheit und Abwesenheit einlassen? Gerade diese Frage ist unter Postmodernisten verpönt. Denn sie verdürbe nur die *Leichtigkeit* dieses Spiels; spielerisch leicht können die Kürläufer des Denkens und Schreibens zitieren.

Apart treten sie auf, smart geben sie

sich auf der Eisbühne und entschwinden mit einem graziilen Sprung in die verschränkt aufgestellten Spiegelkulissen. *Lichtdurchflutete Leichtigkeit* (Joseph Hanimann) in der Architektur, leichtfüßige Weltläufigkeit im Denken (man denke an Peter Sloterdijks »epischen Versuch zur Philosophie der Psychologie« *Der Zauberbaum*, 1985) und ein leichtverdauliches Zitatemenü zum Thema *deutsches Bewußtsein* (Elfriede Jelineks Collage *Wolken. Heim*, 1990, die nach Art der *nouvelle cuisine* geschälte Sinnkerne aus Texten von Hölderlin, Hegel, Heidegger, Fichte, Kleist und Mitgliedern der Roten Armee Fraktion, mit einigen wenigen eigenen Gedanken garniert, auf teurem Papier serviert, diese Collage darf mittlerweile als Musterbeispiel eines postmodernen leichten Umgangs mit deutscher Tiefe gelten).

Diese Texte, von Sloterdijk bis Jelinek, lassen sich schütteln wie ein Kaleidoskop; und immer wieder ergeben sich neue Konstellationen und Gedankenmuster. Nicht die Substanz des Denkens zählt, sondern ihre Ästhetik. Sloterdijk zum Beispiel macht daraus keinen Hehl: von Nietzsche glaubt er gelernt zu haben, daß es erstrebenswert sei, den arglosen Menschen auf der Bühne etwas vorzudenken.

Aus den *Sprachspielen* konnten sich von der Logik emanzipierte Denkspiele entwickeln. Der Denker als Darsteller seiner Gedanken schwingt sich auf die Bühne und führt seine Überlegungen über Deutschland und die Welt auf; so geschehen im Münchener Residenztheater, dessen einschlägige Veranstaltungsreihe immerhin bewirkt hat, daß das (deutschland-)politische Meinungsmonopol der Stammtische gebrochen worden ist. Die Bühne macht ihm Konkurrenz und offeriert am Sonntagvormittag niedliche Gedankenhäppchen als Apéritif zum intellektuellen Selbstkostenpreis.

III

Oder irren wir uns über die Postmoderne? Verdanken wir ihr nicht wichtige

Einsichten in die Brüchigkeit des doppelten Bodens, auf dem sich unser Leben abspielt? Gaukelt sie uns kalten Narzißmus *ad nauseam* vor, um uns wachzurütteln aus unserer Selbstverzückung?

Postmodernes Schreiben reicht von Salman Rushdies *Satanic Verses* bis zum *Schlußchor* von Botho Strauß. Der Autor als Regisseur seiner Versatzstücke, deren Bindemittel nichts anderes als *Geschwätz* ist, das die postmodernen Protagonisten lieben, weil es *Überfluß* bedeutet (so in der Erzählung *Die Widmung* von Botho Strauß). Das *Durcheinandersprechen* relativiert die Wirklichkeitserfahrung, wie dies auch Dürrenmatt in seinem letzten Roman (*Durcheinandertal*) gezeigt hatte. Dann wieder verwandeln sich die Versatzstücke in phantastische (manche meinen blasphemische) Kapiolen, die das Konstrukt-hafte der Religionen veranschaulichen. Salman Rushdies Roman *Satanic Verses* bot hierfür das spektakulärste Beispiel.

Aus dem Spiel war existentieller Ernst geworden. Sinn für postmoderne Denk- und Gestaltungsweise haben Islamisten bislang nur beim Bau der arabischen Kulturzentren in Paris und London bewiesen, den Alhambren der Nachmoderne.

Rushdie selbst machte ein übermächtiges *Verstehensdefizit* geltend, das einen schwer überbrückbaren Graben zwischen islamischen und okzidentalischen Werten aufgerissen habe. Anders gesagt: eine nur mangelhafte Bereitschaft, sich mit dem jeweils Anderen auseinanderzusetzen.

Sehen wir also mit einem beschleunigten »Durcheinander von Rationalem und Irrationalem« gegenüber, wie Dürrenmatt meinte? Können wir nur noch *durcheinandersprechen*?

Inzwischen hat Stanislaw Lem vorgeschlagen, den Dekonstruktivismus zu dekonstruieren. Aber müssen wir nicht zunächst fragen, warum diese Derrida-Version des Orwellschen *newspeak*, dieser gespreizte Jargon, der mystischer Analytik das Wort redet, zur Modesprache werden konnte. Dieser Jargon der Uneigentlichkeit und Entsubstantialisie-

rung und die durch ihn ausgedrückte Atomisierung der Welterfahrung konnte auf den Humiden eines wertevergessenen Pluralismus gedeihen.

Das Aalglatte, Gestylte bezeichnet in postmodernen Kreisen von Paris bis Florenz Denk- und Verhaltensformen. Derrida sorgt für die Einzelheiten des geistigen Zuschnitts, der bühnenwirksam kullissenfähig wird – in Deutschland von Peter Stein bis Dieter Dorn.

Auf den postmodernen Bühnen weht ein kalter Wind. Ihr Weiß soll abweisend wirken. Zwischen einem postmodern inszenierten Tschechow- und Botho-Strauß-Stück gibt es keinen Unterschied mehr.

Postmoderne Sprachgebilde finden sich im Roman, im Theater und im Kino; dagegen nicht in der Lyrik. Warum? Weil sie mit der Sprache zu haushalten gelernt hat. Und zwar im wesentlichen seit Celan. Seine Verknappung der (lyrischen) Sprache führte, wie allenthalben bekannt, nicht zu einer Verarmung oder gar Auszehrung der Lyrik; schon gar nicht zu ihrem Verstummen, sondern vielmehr zur Erhaltung ihrer Energie.

Geschwätz aus Liebe am angeblichen Überfluß der Sprache und die Freude am *parlando facile* verkennen, daß die Verschwendung der Worte nur das Nichtssagende bereichert. Denn wer mit den Pfunden leerer Worte wuchert und mit ihnen die Leere der Empfindungen und Gedanken aufzuwiegen sucht, beschreibt allenfalls (mehr oder minder anschaulich) das Gähnen der Leere.

»Das Schweigen erlaubt ein Abhorrendes Wortes ... Es gibt eine Geschichte des Schweigens: Jedes einzelne Wort erzählt von ihr«, schrieb Edmond Jabès in seinem bedenkenswerten Aufsatz *Wie ich Paul Celan lese* (1989). Celans leidvolles Wissen um die Entropie der Sprache und des Sprechens tut not in einer Zeit, in der das *Durcheinandersprechen* an den spiegelnden Tresen der Cocktail-Bars literarisch kanonisiert werden kann.

Aktuell*

**Bernhard Claußen/
Walter Gagel/
Franz Neumann (Hrsg.):
Herausforderungen
Antworten**

Politische Bildung in den
90er Jahren. Festschrift für
Wolfgang Hilligen zu seinem
75. Geburtstag
1991. 400 S. Kart. 49,— DM
ISBN 3-8100-0927-x

**Helmut Hildebrandt:
Gesundheit in Bewegung**

Neue Initiativen im anderen
Amerika
Reihe Perspektiven der
Sozialpolitik, Bd. 5
1991. Ca. 200 S. Kart.
Ca. 24,80 DM
ISBN 3-8100-0910-5

**Wolfgang Kowalsky
Kulturrevolution?**

Der Aufstieg der Neuen
Rechten in Frankreich
1991. Ca. 300 S. Kart.
Ca. 28,— DM
ISBN 3-8100-0914-8

**Ulrike Liebert/
Wolfgang Merkel (Hrsg.):
Die Politik zur deutschen
Einheit**

Probleme · Strategien ·
Kontroversen
1991. 372 S. Kart. 39,— DM
ISBN 3-8100-0884-2

Nahost Jahrbuch 1990

Politik, Wirtschaft und Gesell-
schaft in Nordafrika und dem
Nahen und Mittleren Osten
Herausgeber:
Deutsches Orient Institut —
Thomas Koszinowski/
Hanspeter Mattes
1991. Ca. 240 S. Kart.
Ca. 36,— DM
ISBN: 3-8100-0891-5

**Volker von Prittwitz:
Das Katastrophenparadox**

Elemente einer Theorie der
Umweltpolitik
1990. 300 S. Kart. 24,80 DM
ISBN 3-8100-0887-7

**Manfred G. Schmidt:
Regieren in der
Bundesrepublik
Deutschland**

Reihe Grundwissen Politik,
Bd. 5
1991. Ca. 240 S. Kart.
Ca. 24,80 DM
ISBN 3-8100-0864-8

**Klaus Schubert:
Politikfeldanalyse**

Eine Einführung
Reihe Grundwissen Politik,
Bd. 6
1991. 208 S. Kart. 24,80 DM
ISBN 3-8100-0882-6

**Winfried Steffani (Hrsg.)
unter Mitarbeit von
Jens-Peter Gabriel:
Regierungsmehrheit und
Opposition in den Staaten
der EG**

1991. 428 S. Kart. 55,— DM
ISBN: 3-8100-0898-2

**Roland Sturm:
Großbritannien**

Wirtschaft · Gesellschaft ·
Politik
Reihe Grundwissen
Länderkunden, Bd. 7
1991. 272 S. Kart. 24,80 DM
ISBN 3-8100-0735-8

**Werner Süß (Hrsg.):
Die Bundesrepublik in
den 80er Jahren**

Innenpolitik · Politische Kultur
Außenpolitik
1991. 320 S. Kart. 29,80 DM
ISBN 3-8100-0894-x

**Hartmut Wasser (Hrsg.)
in Zusammenarbeit mit
Werner Kremp
und Jakob Schissler
USA**

Gesellschaft · Wirtschaft ·
Politik
Reihe Grundwissen
Länderkunden, Bd. 6
1991. 366 S. Kart. 29,80 DM
ISBN 3-8100-0729-3

* Zeitraum des Erscheinens: November '90 bis März '91

Leske + Budrich



Langsam, innerlich: Peter Handke Foto: Jerry Bauer

IV

Episoden als *happenings*. Erzählte Fragmente feiern ihre Unvollständigkeit. Postmodernes Schreiben übt sich im Gleiten und Fließen. Es bejaht die Unübersichtlichkeit.

Dekomponierte Romane und Stücke *zeigen*, was es bedeutet, die Übersicht zu verlieren. Somit ließe sich behaupten, daß der postmoderne Schriftsteller jene Schreiberfahrung thematisiert, die Proust, Joyce (und Benjamin im *Passagenwerk*) bereits gemacht hatten: Das Werk ist nicht nur *offen* im Sinne Umberto Ecos, sondern nachgerade unübersehbar. In jeder Weise hat es etwas Odysseehaftes und Labyrinthisches.

Proust jedoch konnte sich auf die *Suche nach der verlorenen Zeit* einlassen, ohne daß er das uns bedrängende Wissen hätte reflektieren müssen: Wir haben die *Allmacht, uns selbst auszulöschen* (Günther Anders). Während die Grenzen des verantwortbaren Wissens klarer werden, leistet sich die verspielte Postmoderne einen Tanz auf dem Drahtseil und steigert sich in einen Vergnügensrausch

am Kraterrand. Aus Empedokles ist ein Clown geworden. Das erinnert an das Unheimliche der Wiener Walzer, die man noch tanzte, als die Horizonte bereits in Flammen standen. Im Walzertakt schwebte man über das Abgründige, während uns heutzutage monotone, zuweilen aber ins Ekstatische umschlagende Sequenzen von Philip Glass einlullen und das wahre Ausmaß unserer Gefährdung zu verdrängen helfen.

Dem *Gewahrwerden der Grenze*, das Jo Krummacker als *Paradigma der Postmoderne* erkannt hat, steht demnach ihr Überspielen gegenüber. Den Eskapismus gebraucht die Postmoderne nämlich als eine Art Ausdrucksmittel. Die Postmoderne spielen nicht *Fin de Siècle*, sondern steigern sich in die Welt eines *Siècle de Fin*. Dabei tanzen sie Mambo auf den Gräbern der Götter und schwärmen von der Aussicht auf eine *neue Heiligkeit*. Dürrenmatt hat in seinem letzten Roman *Durcheinandertal* das Groteske dieser Situation dargestellt und zu erklären versucht, woher dieses *Durcheinander* kommt: Der Mensch, so Dürrenmatt, sei zu einem *Prothesenwesen* geworden; er versuche beständig, den Sinn seiner Ersatzhandlungen und ihrer Instrumente zu begreifen, ohne aber sich um ein Verständnis dessen zu bemühen, was ihn dazu gebracht hat, diese Prothesen zu entwickeln. (So deutete er das Auto als eine Prothese für schnelle Bewegung.)

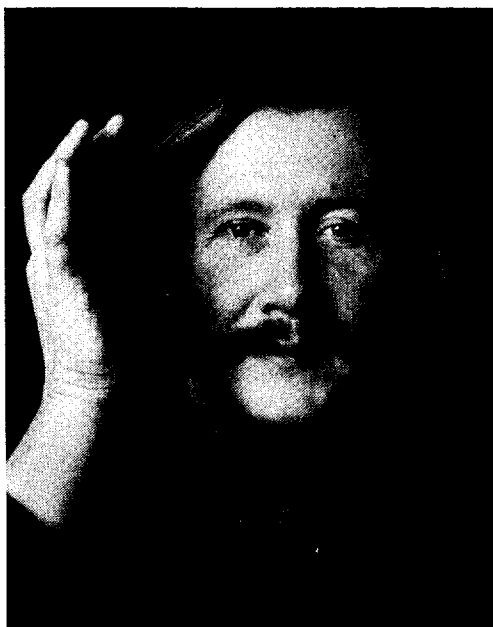
Aber was hat es mit dieser *neuen Heiligkeit* auf sich? Will sie mehr als nur eine künstliche Götterdämmerung inszenieren, um sie dann in einer Kristallpyramide im Innenhof des Louvre tausendfach spiegeln zu lassen? Hat man Steve Reich gebeten, das Hohelied neu zu vertonen? Oder deutet man die Genesis mittlerweile als eine Schöpfung des Chaos?

Nein, was die Postmoderne verschreckt hat, ist die unvermittelte Konfrontation mit der Potenz des Religiösen in Gestalt des Islams und überraschend intakten osteuropäischen Christentums, während sie, auf die Magie des Ambivalenten gesetzt hatten und sogar soweit gegangen waren, es zu heiligen.

Nicht der *Mythos der Vernunft* (Schelling) bestimmt ihr Denken, sondern der Mythos des Zweideutigen. Folgerichtig mißtrauen die Postmodernen selbst der geschichtlichen Überlieferung und vermischen Tradiertes mit Erfundem. Das wiederum veränderte den Charakter des historischen Romans, der in den 80er Jahren *kaleidoskopierte*: Sten Nadolnys *Entdeckung der Langsamkeit* gibt sogar das Spiel mit den Erzählzeiten auf und orientiert sich nur noch an der Zerfallszeit der Wirklichkeitserfahrung: Indem nämlich Kapitän Franklin die Langsamkeit entdeckt, das heißt: sich seiner eigenen Lebensart bewußt wird, zerfällt vor seinen Augen der Kontext seines Daseins; und während er seine Langsamkeit als seine *façon d'être* verstehen lernt, beschleunigt sich bereits der Verfall seiner Existenz.

Nadolnys Kapitän Franklin steigert hellwach auf seinem trägen Schiff die Intensität seiner Wahrnehmung von Einzelheiten. Der Zerfall der Lebenszusammenhänge hat ihm buchstäblich den Wind aus den Segeln genommen. Aber er findet schließlich zu einer Formel, die ihn *entschuldigt*: »Wie lang etwas dauert und wie plötzlich es anders sein kann, steht nicht fest, es hängt vielmehr von jedem einzelnen ab.«

Postmoderne Welterfahrung ist kaleidoskopisch; zu ihr gehört die Fiktionalisierung der Geschichte (etwa in Form von Biographien über erfundene *historische* Persönlichkeiten wie in Hildesheimers *Marbot*) und die vielfältige Brechung des Autobiographischen (man denke an Robbe-Grillet, im besonderen an *Le miroir qui revient* – dieser *wiederkehrende Spiegel* darf geradezu als ein postmodernes Schlüsselsymbol verstanden werden: das *Mittel* der Selbsterkenntnis, der Spiegel, verselbständigt sich). Enzyklopädien pflegt der Postmodernist vor dem Gebrauch zu schütteln. Zuweilen überkommt ihn aber auch der Wunsch, seiner Dekonstruktion Struktur abzugewinne: »Die Dinge ordnen. Endgültig! Die alte naive Obsession zieht sich ironisch, hartnäckig, verzweifelt durch mein ganzes Romanwerk, dessen vielge-



Leichtfüßige Weltläufigkeit im Denken:

Peter Sloterdijk

Foto: Isolde Ohlbaum

staltiger Held unermüdlich seinen Zeitplan mit dem allzu zerbrechlichen Gerüst rekapituliert, wieder und wieder seine wogenden Bananstauden zählt, bis ins kleinste Folterungen regelt oder unablässig dieselbe Episode wiederholt (jedesmal in der Hoffnung, auf logische, rationale Weise damit fertig zu werden), zum Beispiel den Bericht davon, was er am fraglichen Abend in der Blauen Ville genau gesehen und getan hat.« Aber Robbe-Grillet, dessen *Wiederkehrender Spiegel* sich aus solchen Befunden zusammensetzt, weiß, daß dieses Ordnen selbst nur noch eine Spiel-Leidenschaft sein kann. Am Ende bleibt es beim *Durcheinander*. Und was sich in der *Blauen Villa* zugetragen hat, geht im blauen Dunst hilfloser Phantasien auf – hilflos angesichts der eigentlich zu leistenden Aufgaben.

V

Zum Stil der Postmoderne gehört – auch in der Literatur – das Aufpolieren und Collagieren von Versatzstücken. Die Gewandtesten unter den Postmodernisten

verstehen sich darauf, diese Collagen wie aus einem Guß zu präsentieren, so daß ihre Seiten wie marmorierte Tableaus aussehen, die abweisend wirken. Ich denke an Handke, der in seinem *Versuch über die Jukebox von der Kälte des Studiums* spricht und damit an das anschließt, was er bereits im Abschnitt *Das kalte Feld* in seiner *Lehre der Sainte-Victoire* angedeutet hatte: *Feldstudien*, ob sie wie im Falle der *Jukebox* den Dingen gelten oder wie in der *Sainte-Victoire* der *Ästhetik der Nation* im Zeichen des europäischen Designs, diese Feldstudien wollen befremden.

Bekanntlich hatte Handke vor Nadjny die Langsamkeit entdeckt (in *Langsame Heimkehr*, 1979) und in ihr den Versuch gemacht, die Innerlichkeit wieder zu thematisieren; dieser Versuch büßte jedoch an Glaubwürdigkeit dadurch ein, daß der Stil, in dem Handke ihn vortrug, zu angestrengt preziös war.

Um Innerlichkeit kümmert sich die Postmoderne nicht. Sie beschäftigt sich nicht mit dem Sein, sondern mit dem Design (Hermann Glaser). Unter diesen Umständen gebärdet sich der Schriftsteller als Wortdesigner. Das führt dazu, daß die Leser jene »Worte wie Bilder betrachten« (Handke in der *Sainte Victoire*). Diese vom (postmodernen) Schriftsteller beabsichtigte synästhetische Wirkung möchte gleichzeitig auch die kritische Auseinandersetzung mit diesen *Spracharrangements* betäuben. Dieser Sprachzauber gestattete es Handke auch, Sätze, gewissermaßen unter der Hand, ins Spiel zu bringen (1979), die Martin Walser ein knappes Jahrzehnt später in ein politisches Bekenntnis ummünzen sollte: »Einmal trat ich aus der U-Bahn auf den kleinen runden Platz von Dahlem-Dorf«, heißt es in der *Sainte-Victoire*, »sah ihn gesäumt von vierteiligen Laternen wie die *Place Concorde* in Paris, erschaute die Schönheit einer ‚Nation‘ und empfand sogar etwas wie Sehnsucht nach dergleichen.« Darauf folgt der fatale Satz, den die Kritik damals weitgehend unberücksichtigt gelassen hatte: »Gerade in Deutschland zeigte mir dann auch das Wort ‚Reich‘ seinen neuen Sinn

... jene Landschaften, wenn auch nur ein verkrümmter Baum oder eine einzelne Kuh in ihnen stand, zeigten den Glanz eines ‚Reichs‘ – und ich bewegte mich hier in einem glanzlosen ‚Landkreis‘.« Heim ins Reich der ästhetischen Verzückung! Auch das war möglich unter dem Deckmantel postmoderner Stilakrobatik. War, sage ich, denn das Eklektische, Episodische der Postmoderne ebenso wie ihre ästhetizistische Technokratie dürften schwerlich ausreichend sein, um dem angemessenen Ausdruck zu verschaffen, was die Gemüter an der Schwelle zum neuen Jahrtausend bewegt. Nicht auf das Überspielen der Grenzen kann es ankommen, sondern auf ihre Sichtbarmachung. Nicht die Banalisierung der Sinnfrage läßt sich verantworten, sondern nur unsere fortwährende Arbeit an ihr. Nein, die postmoderne Logik der Trugschlüsse (»Pläsir ist Pläsir«) und die von ihr bedingte ästhetische Gegenauflärung haben der Glaubwürdigkeit der ihr verpflichteten Künstler und Intellektuellen nichts als geschadet.

PETER RECH

Lewis Carroll geht mit Giotto spazieren

Was kommt nach der *wilden* Malerei?

Malerei ist die Gattung der Bildenden Kunst, die Räume und Körper farbig in die Fläche bannt. Als solche gehört sie zu den faszinierendsten und vor allem frühesten Kulturleistungen der Menschen. Ihre eine und eigentliche Bedeutung ist, daß sie sich im Verlaufe der Menschheit nicht »weg-denken« läßt. Ihr »Preis« ist, was als »Lohn« in Giotto den Höhepunkt erreicht, in der Verlebendigung der äußeren Wirklichkeit dieselbe nicht anders als innerlich sehen und aus-

drücken zu können. Ihre andere und sozusagen uneigentliche Bedeutung ist ihre schmückende und verzierende Funktion, die so weit reicht, daß große Maler wie Picasso ihre Freude daran finden, geliebte Gegenstände zu bemalen.

Ihr eigentliches *Problem* aber ist – im Sinne von *Thema* und *Motiv* – das Erleben der Farben – und dies sozusagen induktiv und »unterbewußt« (Max Dessoir), nämlich empfindsam und sinnlich (und kunsthistorisch »wie man sagt« – impressionistisch) und gefühlhaft (expressionistisch) oder deduktiv, nämlich mimetisch und illusionär (also naturalistisch, realistisch oder manieristisch).

Die Malerei hat ihren inneren Frieden nie finden können; sie hat sich mit immer größerer Geschwindigkeit verschlissen; die Schere zwischen ihren Nachahmungen, die in Stilbildungen zu Schablonen gerieten, und ihren autonomen bildnerischen Ausdrücken, die sich in zufälligen Gesten »verstiegen«, klappt immer weiter auseinander. Die Entdeckung der Fotografie hat die Malerei über die im *Lakoon* von Lessing schon formulierten *immanenten Widersprüche* hinaus noch in den Widersinn getrieben, bildliche Verallgemeinerungen zu »verkörpern«. Dies vollzieht sich heute in der, wenn abbildenden, dann hyperrealistischen so wie einst (1910) in der anscheinend überhaupt ungegenständlich möglichen Malerei. Von ihr konnte Theodor van Doesburg als der konkreten Malerei sprechen. Ab da hatte man in der Malerei das Abgebildete über-genau zu thematisieren, oder man hatte jede Abbildung zu vermeiden. Den Betrachtern war damit allerdings auch freigestellt, ob sie nichts im Abgebildeten erkennen wollten oder ob sie in die ungegenständlichen Formen etwas »hineinsehen« wollten: Szenen oder Visionen. Letzlich war dies anders als in der abstrakten Malerei, so wie Piet Mondrians Bilder das Thema Baum von Bild zu Bild derart ohne Bruch verallgemeinern, daß sich bildnerische Bedeutungen vom gegenständlich Gemeinten beinahe pathetisch absondern, nämlich in diesem Falle der Baum zu Zeichen des Liegens und Stehens führt, die neue Be-

deutungen »einreden«: das Weibliche und das Männliche.

Die sich überschlagenden Verkehren der malerischen Kompositionen haben sich in naiven Verwendungen des Ungegenständlichen und in primitiv anmutenden Abwendungen vom Gegenständlichen getroffen, nämlich in der *Wilden Malerei*. Diese Malerei ist – und war inzwischen – das Faszinosum der Malerei in unserer Zeit. In ihr wird die Außenwelt als Außenwelt dargestellt, aber indem ihre Gestaltungen und Gestaltungsmittel als Mittel innerer Vorstellungen eingesetzt sind.

Die Wilde Malerei hat Vor-Bilder

Die Außenwelt als Außenwelt ist uns seinerzeit am deutlichsten von Jasper Johns vorgestellt worden: die gemalte amerikanische Flagge war nichts als die Flagge, die das Bild darstellte; da half kein metaphorisches Philosophieren eines René Magritte mehr: die Flagge, nicht obwohl sie gemalt war, sondern *weil* und *wie* sie gemalt war, blieb Flagge. Andy Warhol indes schickte sich an, genau so zu malen, wie jeder Mensch es überdies gekonnt hätte, wäre dieser »jemand« nur einfältig und konsumbesessen genug gewesen, wie es sich für ihn in der totalen Warengesellschaft gehört hätte. Warhols Ideologie eines *admans* (= »advertising man« vom Schlage eines *Martin Meyers* als amerikanischer Jederman und einzelner Autor eines berühmten Buches über den Alltag der Werbefachleute) ist nicht zu verwechseln mit der moralischen Philosophie des Joseph Beuys (»Jeder Mensch ist ein Künstler«).

Die Wirklichkeit nicht zu malen, wie sie ist oder wie sie erscheint, sondern sie so zu malen, wie sie in der Phantasie phantastisch *vorgestellt* werden konnte, dem hatte sich der Expressionismus längst verschrieben.

Beide – die gemalte Außenwelt als Außenwelt und die gemalte Vorstellung als Außenwelt – waren nur zu verbinden, indem die Vorstellungen ins Außen hinaus wild zu *schleudern* waren. Doch wäre diese Malerei als Folge reiner Ge-

sten (z. B. bei Jackson Pollock) nur nie *geistig* verstanden worden: In ihr hätte das Kandinskysche (und letztlich zenbuddhistische) Denk-Problem der ungegenständlichen Kunst, daß das Gegenteil eines Bildes kein Wort, kein Sprach-Stück ist, sondern das Bild selbst, das es ist, neu *eingebildet* werden können – mit dem Ziel gewissermaßen *wilder* (und dennoch nicht körperlicher, also *echter*) Meditation. Tatsächlich sind die *Neuen Wilden* »wegen ihrer Schmiererei und Flüchtigkeit abgelehnt« worden; darin »kommt die Spannung zwischen einer imaginistischen Handlung, die auf dem Prinzip der Suggestion durch die eingesetzten Materialien und Mittel beruht, und einer konstruktiven, die auf dem Prinzip der Problemlösung beruht, zum Ausdruck« (*Florian Rötzer*).

Das Auseinanderdriften des Suggestiven als Provokation der Gefühle von der Darstellung der Vorstellungen entspricht in der Anschauung nach den Worten Max Fausts und Gerd de Vries' der »Verteidigung einer einzelnen Richtung oder eines einzelnen Stils«, weshalb die beiden Autoren sich zu folgender Platitude hinreißen lassen: »Sie (die Malerei der *Wilden*) läßt sich nicht mehr als Verteidigung einer einzelnen Richtung oder eines einzelnen Stils führen.« (*W. Marx Faust/G. de Vries*) So ist diese Aussage viel zu unverbindlich, weshalb die beiden Autoren sich zu Anfang ihres viel beachteten Buches auch entschuldigen: »Ich frage durch Behauptungen«, zitieren sie Worringer und fahren fort: »Dieses Buch ist eine spontane Reaktion auf die gegenwärtige Situation der Malerei in Westdeutschland . . .« Sprachliche Reaktionen tragen aber kaum mehr angesichts der abgebildeten *wilden* Bilder, die das Buch den Titel *Hunger nach Bildern* tragen lassen.

Wie es weitergehen soll, ließe sich feuilletonistisch schnell in wenigen Sätzen, aber jedenfalls tausendfältig beantworten, wenn man nur tausend Künstler befragen würde. Als Künstler könnte ich sagen, an welchen Bildern ich gerade arbeite und welche Bilder ich als nächstes malen möchte. *Aber generell?*

Jemand, der für ein anwesendes und gespannt zuhörendes Publikum als Schweigender *und* zugleich in seinen gedichteten Verlautbarungen gleichermaßen unvergleichlich faszinierend zu sein verstand, schien mir Bhagwan zu sein. Als indischer Philosoph und Guru hatte er die Freiheit, die Kunst, die wir im Westen als groß erachten, als zwanghaft auf Objekte fixiert zu kennzeichnen, nämlich: »Die pathologische Kunst stammt aus inneren Konflikten, Spannungen und Bedürfnissen des Ego . . . Aber 99 Prozent der Kunst ist so. Es ist sicher, wenn man Picasso zu malen verbietet, wird er wahnsinnig. Es ist sicher, wenn man van Gogh das Malen verbietet, wird er verrückt . . .« Eine solche Beobachtung wird schnell abgelehnt, weil sie ja von jemandem ist, der von sich behauptet hat, er sei erleuchtet.

Erleuchtung? Ja, ist denn diese nicht die einzig mögliche Verbindung zwischen dem für sich Suggestiven und dem für sich Konstruktiven, ein Unterschied, der sich »farblos«, weil psychologisch gegenüber Kandinskys »großer« Unterscheidung zwischen dem »Großen Realen« und dem »Großen Abstrakten« ausnimmt, und der nur noch im »inneren Klang der Seele« – paradoxerweise – aufzusehnen vermag.

Adorno hat die Musik noch als dissonant begreifen können, dem gegenüber die Bildende Kunst nur ein Schattendasein zu leben vermochte; während Lyotard der Musik nur noch Konsonanz unterstellen konnte – wer vermag heute noch dissonant zu hören? –, so ist es mit ihm die Bildende Kunst, besonders die Malerei, welche das *Projekt der Moderne* aufzufangen und dementsprechend aufzugeben weiß.

Ein ästhetisches Zeitalter

Was die Moderne ausmacht, ist wie jedes historische Phänomen erst im nachhinein auszumachen. Diesen auf die unerklärbare Moderne reflexiv bezogenen Beobachtungszeitraum nennen wir »Postmoderne«. Für unser Thema am aufregendsten ist, daß Odo Marquard, herausgefor-



MARKUS OEHLLEN, Essen und trinken (1982)

aus: KUNSTFORUM 12/83

dert durch eine kritische Haltung Lyotard gegenüber, die Moderne gegen die Postmoderne (nach wie vor) als *ästhetisches Zeitalter* verteidigt.

Ein *ästhetisches Zeitalter* müßte die Malerei unter Zugzwang bringen. Was Peter Stein für die Schauspieler, Bühnenbildner und Regisseure sagt, daß sie sich dadurch auszeichnen, daß sie nichts Besonderes können, gilt unter pädagogischen, will sagen: annäherungsweise metaphysischen Gesichtspunkten für die Malerei. Vice versa *verdrängt* sie durch den hintergründig gefühlhaften Einsatz der Farben das Zeichnen, welches erst die Sprache ermöglicht. Vom Zeichnen weiß man nicht erst seit Pestalozzi, daß es jeder Mensch kann $\hat{=}$ können muß (um sprechen zu können), daß es konstitutiv ist für die Entwicklung des *Weltbildes*. Wir werden – und dies am umfassendsten mit Giotto – nie »vergessen« können, daß die Fähigkeit zu zeichnen und hernach zu malen die *Weltanschauungen* festsetzt.

Die künstlerische Frage betraf mit

der Autonomie der schließlich ungenständlichen Kunst (Kandinsky), welche Formen man wie malt. Darauf haben die *wilden Maler* die Antwort gegeben, daß die künstlerische Frage nicht mehr gestellt zu werden braucht, weil nicht mehr – *am Ende der Moderne* – zu wissen ist, was zu malen ist, ob es aber nicht »schlecht« zu malen ist, weshalb eben doch – sozusagen aus purer »Malens-Not« – gemalt wird, bis sich die Malenden in die Lage versetzt fühlen, vergessen zu haben, wie »schlecht« alles zu malen ist. Solchen »Un-Muts« wegen löst die Malerei am ausgeprägtesten das postmoderne Denken ein – derart nämlich, wie es dem Denken überhaupt nicht möglich zu sein scheint, weil es sich in Vorstellungen aufhält, deren Gefühle es nicht aufbricht.

Das postmoderne Denken ist da noch bequem, wo es das Malen, mit seinen widerwärtig handwerklichen Anstrengungen auf den großen Formaten nicht mehr ist. Bedienen wir uns dem gegenüber einer mündlichen Mitteilung Jean-Fran-

çois Lyotards aus dem Jahre 1981: »...

Postmoderne ... ist nur eine bequeme Art, etwas zu benennen, und gewiß nicht die beste. Man hat das Gefühl, daß die Probleme, die sich dem alltäglichen Menschen stellen, aber auch der Philosophie, Probleme sind, die sich nicht mehr richtig in Begriffen der Moderne, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts beginnt, fassen lassen. Wir haben Mühe zu verstehen, was geschieht, weil wir es, sagen wir, mit den Begriffen des deutschen Idealismus, der amerikanischen oder französischen Emanzipationsphilosophie oder der romantischen Ästhetik zu denken versuchen. All das ist Moderne. Aber wir haben die Aufgabe, Sätze, Verkettungen von Sätzen zu finden, um dies sagen zu können. Was zu sagen ist, weiß ich nicht. Wir werden das nicht eher wissen, als bis wir in der Lage sind, es zu sagen ...«

In diesem Zitat ist für mich impliziert, daß die Moderne – deren Stichworte sind Emanzipation, Autonomie, Subjektivität – mit dem Paradiesischen Rousseaus begann, und zwar in dessen Begriffen, *daß der Mensch gut sei*. Mit der *deutschen* Aufklärung Kants wurde dies aber schon gründlich relativiert; Kant dachte sich einen Menschen, der böse sein konnte. Diese Sicht nimmt die ungeheuerlichen psychologischen Schwierigkeiten des modernen Denkens vorweg, das sich in der Psychoanalyse über alles erhebt, wonach das Gute und Schöne nur noch durch Rationalisierungen und Sublimierungen des Triebhaften zu gewinnen sei. Noch diese Last des Modernen aufzuheben, haben sich vor allem die »Neuen Philosophen« aufgemacht, vor allem, wenn sie sich als französische Philosophen *nach Adorno* empfinden. Welche deutsche Philosophie nach Adorno hat es aber gegeben, wenn sie nicht jeweils hinter die radikale Skepsis Adornos zurückgefallen ist (vor allem: Habermas)?

Gegenüber der »Einbildung«, daß der Mensch böse sein kann, konkretisiert sich das moderne, das negative wie existentialistische und hernach »neu philosophische« (qua postmoderne) Denken als »Gegengift ... gegen die skeptische Destruktion der Vernunft und des Subjekts: gewissermaßen eine skeptische

Rückkehr zum common sense« (*Albrecht Wellmer*).

Gegengift ist Gegengift und also etwas durchaus Positives. Gegengift in seinen Transformationen – nämlich Gegengift sich sprachlich vorzustellen, fällt schwer, wenn es nicht Kabarett ist, das aber meistens einem satten Publikum vorgespielt wird; Gegengift sich male-
risch vorzustellen, da kommt einem die *Wilde Malerei* in den Sinn, die es sich eben darin am schwersten gemacht hat, sich nicht mehr vorstellen *zu wollen*, wie es weitergehen soll.

Es ist vollkommen unklar, wie es weitergehen soll. Man könnte sich wünschen, daß Künstler zusammenkommen, und bevor sie malen, vielleicht auch während sie malen, anstatt die Musik aus dem Walkman zu hören, über die Konsequenzen ihrer Arbeit streiten. Doch das glaube ich nicht im entferntesten, weil kein Künstler mehr weiß, was Kunst (im Heideggerschen und auch schon Hegelschen Sinne) einmal war – dies ist metaphysisch gemeint: und zwar in der Trauer um das jeweils schon Ästhetische und Stilistische.

Kunst ist nur noch soziologisch begreifbar (was ich als Künstler aber viel besser wissen sollte): als Menge frühkapitalistischer Anverwandlungen in einer spätkapitalistischen Gesellschaft. Jeder kapitalistische Warenverkehr (z. B. der Verlauf von Computern) funktioniert nach sozialeren Gesichtspunkten als die finanzielle Einschätzung von Bildern in Millionenhöhe, z. B. die noch jungen Bilder der *Wilden*. Das Schlimme scheint zu sein, daß es Künstler schmerzt, darüber nachzudenken. Man muß einer bestimmten Szene angehören, um seinem ungekonnten Niveau Geltung verschaffen zu können.

Genau dies wird in den Kunstakademien antrainiert. Die *Wilde Malerei* hat sich immerhin weitgehend außerhalb des Akademiebetriebes entwickelt. Deshalb komme ich auf sie als Hoffnungsträger der Malerei zurück; denn der Hoffnungs-schimmer der Malerei bleibt erhalten; es wird immer weiter gemalt werden. Vielleicht hat die Malerei zum Schluß nur

noch eine seelische Funktion. Damit sind ihre sozialen Anwendungen zu erklären – das große Reale nach Kandinsky weitergeführt. Das große Abstrakte? Vielleicht überwindet sich dieses. Das Abstrakte nimmt die Malerei wortwörtlich: eine Fülle von Bildern, die sich unentwegt untereinander zitieren.

Lewis Carroll geht mit Giotto spazieren, wie ich es sehe.

BERNHARD USKE

Tonale Sinnstiftung

Musik in der Postmoderne

Das Thema »Musik in der Postmoderne« füllt seit längerer Zeit immer wieder einmal Zeitschriften-Seiten und Feature-Stunden nach folgenden Spielregeln: Man nimmt die Adverbien noch, schon, nicht mehr; die Adjektive modern und postmodern; von den Substantiven entweder Kunst, Literatur oder Musik; bevorzugt das Fragezeichen – und tritt in den endlosen Zeitgeist-Diskurs des Für und Wider, Mehr oder Weniger, Wenn und Aber ein.

Um es einmal anders zu machen: »Musik der 80er und 90er Jahre – Musik in der Postmoderne« – das ist, was die überwältigende Mehrzahl kulturindustrieller Hervorbringungen anbelangt, nichts neues und schon gar nichts, was einen neuen Epochenbegriff rechtfertigen würde. Orientiert man sich nicht an dem Begriffs-Geschiebe publizistischer Auguren, sondern an den Umsatzstatistiken der Kulturindustrie, dann ist die von den Frühjahrs- und Herbstkollektionen der Bekleidungsirtschaft her vertraute Innovationsgesetzlichkeit wie eh und je in Kraft, mit wie immer der einen oder anderen absatzfördernden Neuigkeit. Während »*business as usual*« in Sa-

chen Pop den saisonal bedingten Neuanstrich der lückenlosen Schallmauer bedeutet, liegt der Fall in Sachen Classics branchenspezifisch ein wenig anders. Damit der schmale Bestand der ewig gleichen abgegriffenen Werke nicht an seiner eigenen Redundanz erstickt, aber auch nicht durch zuviel Neu- und Fremdartiges gefährdet wird, gibt es die segensreiche Einrichtung der Jubiläen, deren diesjähriges mit hunderten von CD's, Opernaufführungen, TV-Sendungen, Symposien, Briefmarken etc. Mozart gilt.

Der einzige, kurz- und mittelfristig zusätzlich geschäftsbelebende Trend betrifft in beiden Branchenabteilungen die Hightech-Übersättigung der Käufer. Sie hat die eine oder andere Altherren-Riege aus seligen Rolling Stones- und Genesis-Tagen wieder auf die Bühne gebracht und mancher Scheune und denkmalgeschützten Kirche nicht nur in Schleswig-Holstein zu sinfonischen Ehren verholten. Irgendwo in der mittelständischen Lebensform, zwischen heimischem Personal-Computer und CD-Player, Vollkornkuchen und über das Waldsterben betroffenen Autofahren ist das Faible für Barockmusik auf Originalklang-Instrumenten und »Oldies« der Rock-Geschichte angesiedelt. Es bietet für soziologische Aperçus reichlich Stoff. Mehr als wenig originelle Varianten innerhalb der »Feinen Unterschiede« Bourdieus sind davon aber nicht zu erwarten.

Anders als bei den musikalischen Lebensmitteln der Umwelt- und Freizeitgestaltung sieht es dagegen im Bereich der zeitgenössischen Musik aus. Dieser vergleichsweise kleine Bereich formuliert via Experten-Öffentlichkeiten und publizistischer Meinungsverstärker ästhetische Positionen, die direkt für die Repräsentanz von Kunst im öffentlich-rechtlichen Kulturbetrieb, vom städtischen Sinfonie-Konzert bis zum Workshop und zur Vergabe von Fördermitteln von Belang sind. Indirekt hat diese Öffentlichkeit auch für die Kulturindustrie Bedeutung, die für ihre eigenen Belange auf Vorgaben, Innovationen, »Stimmungen« aus verwertungsdistanzierteren Berei-

chen angewiesen ist. Das Wort Konjunktur ist nicht nur eines der Volkswirtschaftslehre, sondern gilt auch bei den »höheren« geistigen Dingen. Auch hier entstehen und verschwinden Angebots- und Nachfragemärkte.

In Expansion begriffen ist im musikalischen Bereich seit längerem die Produktion von auf tradierten musikalischen Sprachmustern beruhender neo-romantischer Sinfonik und Oper (von Komponisten wie Wolfgang Rihm, Manfred Trojahn, Wolfgang von Schweinitz, Detlev Müller-Siemens, Wilhelm Killmayer), ebenso die im (Tierkreis-)Zeichen des Wassermanns und fernöstlicher Weisheit stehende New Age-Musik (P. M. Hamel, M. Vetter u. a.), die US-amerikanische minimal-music (Ph. Glass, Terry Riley) sowie alle auf einfachen, tonalen Verhältnissen basierenden Werke, die Expressionen oder Narrationen ihrer Schöpfer in unterschiedlicher Kombination der vorher genannten Produktionstypen zum Ausdruck bringen. Beliebte sind Klangszenerien der Trauer und des Weltuntergangs: die Konjunktur zeitgenössischer Cassandra-, Ödipus-, Baal- und Apokalypse-Stoffe auf den Opernbühnen boomt.

Die Avantgarde-Mafia

Besonders im Bereich der veröffentlichten Meinung, bei Konzertveranstaltern, Lehrstuhl- und Gremienverwaltern und Kritikern wird dieses Angebot stark nachgefragt. Dabei wird unisono der Abschied vom Fortschritt in der Musik propagiert, der mit seiner umfassenden Materialdurchdringung bis hin zu den entlegenen Klangbereichen des Geräusches in eine Sackgasse führe. Die von der Schönberg-Schule ins Spiel gebrachte und ihren Nachfolgern in den 50er Jahren – der seriellen Musik – realisierte Vorstellung eines von jeglicher Konvention befreiten musikalischen Neulands, stellten unangemessene Ansprüche an das Ausdrucksverlangen des Komponisten und die Rezeptionsmöglichkeiten seiner Hörer.

Unter besonders heftigem Beschuß

liegt der Musiktheoretiker Adorno, der als ästhetischer Meisterdenker so etwas wie der Pate der Avantgarde-Mafia der Neuen Musik gewesen sei, was aus dem Mund eines neo-tonalen Komponisten so klingt: »Unter dem selbstherrlichen Diktat jener Dunkelmänner des Schönberg-Kreises und der Kritischen Theorie (verkam) die gängige zeitgenössische Musik zur Soziologie und wurde nur insoweit interessant, wie sie sich soziologisch ausbeuten ließ.« Ähnlich, nur etwas moderater, tönt es aus vielen Musiker-, Dirigenten- und Kritikermündern.

Der ganze Konflikt, weniger unter den lebenden Kontrahenten als vielmehr mit den toten Protagonisten (Adorno) und der historisch gewordenen Avantgarde (serielle Musik der 50er Jahre; in etwa vergleichbar mit dem abstrakten Expressionismus in der Malerei) ausgefochten, trägt zunächst die banalen Züge kulturbetrieblichen Konkurrenzgebarens. Es geht im Hinblick auf Aufträge, Lehrstühle, Fördergelder, Veröffentlichungschancen um strategische Standortvorteile, Marktberreinigung, Schaffung von Differenz- und Originalitätskriterien. Verständlich, daß die gesamte Neo . . . -Produktion, die so neu nicht ist, einer spezifischen Kontrastfolie bedarf, um ihre Notwendigkeit und Berechtigung zu beweisen.

Produktqualifizierung tut not, die vermeiden soll, daß der Rezipient den Eindruck des Déjà-Vu hat, was ihn gleich zum Original der Tradition greifen lassen könnte. Statt dessen wird glauben gemacht, bei den neu-alten Werken handle es sich um Herzensergießungen, die ein Aufbegehren und eine Befreiung gegenüber menschenverachtendem Avantgardismus seien.

Wenig nachgefragt und schwer verkäufliche Ware ist dementsprechend die vielgescholtene Neue Musik, für deren ungebrochene Produktivität heute Namen wie etwa John Cage, Helmut Lachenmann, der kürzlich verstorbene Luigi Nono, aber auch Iannis Xenakis oder Matthias Spahlinger stehen. Die Unterschiede zwischen Cages zufallsgenerierten Werken, Lachenmanns Gestaltungen

in den Geräuschanteilen der instrumentalen Tonproduktion, oder Klarenz Barlows computerbezogenen musikalischen Feldstärken und Alvin Luciers klingen-den Hirnstrom-Wellen sind offensichtlich. Aber bei allen entsteht eben eine den eingewöhnten Sinn- und Hörerwartungen zuwiderlaufende Musik, die gegen das neo-tonale Gebot verstößt, den Hörer nicht weiter mit unverständlicher, sperriger, komplexer Musik zu irritieren, sondern vielmehr auf seinen Horizont eingestellt zu verfahren.

Das neo-konservative Ptolemäer-Argument

Die fundierteste Klärung der Fronten auf seiten der Avantgarde-Kritiker hat Peter Sloterdijk mit seiner griffigen Formulierung vom musikalischen Ptolemäertum geboten, das es gegen die kopernikani-

sche Mobilmachung der Musik wieder in seine Rechte einzusetzen gälte. So wie die Erkenntnis Kopernikus' von der Erde als eines um die Sonne kreisenden Planeten an der unmittelbaren Anschauung vorbeizieht, so auch eine Musik, die auf die unmittelbar faßbaren Dreiklänge und harmonischen Folgen zugunsten weiterreichender Gestaltungsweisen verzichtet. Das alte ptolemäische Weltbild behauptet seine sinnliche Plausibilität (Sonnen-aufgang) trotz aller Fortschritte der Vernunft (die Erde dreht sich) ebenso wie die tradierte tonale Musik gegenüber allem ästhetischen Fortschritt mit seiner die sinnlichen Bedürfnisse ignorierenden konstruktiven Aufrüstung. Ptolemäische Abrüstung – das ist das Recht des modernen Menschen auf einen Halt gebenden, einfachen, harmonischen Klang und eine sichere, nachvollziehbare Form.

Das bescheidene Begründungsniveau

Ein Teil der *Avantgarde-Mafia* 1958 in Brüssel: Hinter Cage (auf dem Boden) u. a. Kagel, Berio, Stockhausen, Maderna

Foto: privat



des neuen musikalischen Konservativismus mit seinem angeblichen Erfahrungsbezug und den dahinterstehenden natürlichen Lebensweisheiten muß man erst gar nicht grundsätzlich mit Hilfe der anthropologischen Kritik eines Hegel, Marx, Dilthey oder Gehlen kenntlich machen. Es läßt sich bereits an den beliebig vielen Gegenbeispielen zu dem *einen* Sonnenaufgang ablesen. Natürlich geht, wie es das Ptolemäer-Argument meint, die Sonne für uns auf und unter und scheint die Erde unbeweglich, aber niemand lebt, seit der sinnlichen Anschauung der Erde als Kugel via Satelliten-Fotos, in beständiger Furcht, von der Erde herabzufallen, und beim Telefonieren ist es für unsere Erfahrung zu verkraften, daß der Gesprächspartner nicht im Hörer sitzt, wenngleich die unmittelbare Sinnlichkeit uns dies eigentlich als eine selbstverständliche Gegebenheit erscheinen lassen müßte. Im übrigen ist historisch betrachtet das ptolemäische, also das alte christliche Weltbild selbst der beste Gegenbeweis, wie K.-H. Ludwig Funk gegen Sloterdijk und J. E. Behrend, den anderen Exponenten neu-alter Klangordnungen, gezeigt hat. Der Gedanke einer transzendenten, göttlichen Welt, die gerade jegliche sinnliche Erfahrung übersteigt und über und hinter den Erscheinungen die wahre Welt darstellt, gehört konstitutiv zur ptolemäischen Erfahrung dazu.

Sinnlichkeit gegen Intellekt

Sind die Sloterdijschen Argumente auch grundlos, so sind sie doch deutlich als Strategien erkennbar, um Erfahrung gegen Wissen, Sinnlichkeit gegen Intellekt sowie Vertrauen und Einfaches gegen Ungewohntes und Komplexes auszuspielen zu können. Genauso wie in der kompositorischen Praxis, wo die Absicherung in Tradition, astrologischen, makrokosmischen Verpflichtungszusammenhängen oder musiksprachlicher Einfachheit gesucht wird. In jedem Fall geht es um Bescheidung, Besinnung, Beschaulichkeit und »Bindung«. Kunst möge stabile Lebensgesetze zum Klingen

bringen, eine Anhörung des Seins oder des einzelnen Künstlerherzens gewährleisten und sich dazu, selbst bei den apokalyptischsten Bekundungen, einer vertrauten, anschaulichen Sprache bedienen. Maßstab also ist Sinnlichkeit und Verständlichkeit, die dort gegeben ist, wo unmittelbar ergriffen und begriffen wird.

Im Gegensatz dazu stand bei Adorno und der heute verfemten Avantgarde hinter der Ablehnung solcher, schon in den 50er Jahren virulenten Kunstgebote, der Wunsch nach Auflösung der eingeschliffenen und zu einer Art zweiten Natur gewordenen Elemente der Musik, die so etwas wie Verständigung bloß suggerierten. Wenn an Musik etwas verstanden werden könnte, dann nur, weil auf beiden Seiten, Kunst und Hörer, die selben standardisierten Scharniere einrasten, die als übergeordnete soziale Normierung fungieren und als musikalische Schemata und Klischees ausgedrückt werden. Während die Kulturindustrie die Sprachmuster der Tonalität als universalisierte akustische Kommunikationsmarken warenförmig zuschneidet und die einmal erstarrte tonale Imagerie der Musik des bürgerlichen Zeitalters fixiert und verewigt, erschien für Adorno die tonalitätsfreie Musik als »gesellschaftlicher Protest gegen musikalische Sprache als Verschacherung an den Profit und die Herabwürdigung zur Ideologie. Die moderne Musik erhob hier im Namen von Freiheit und Autonomie Einspruch, indem mittels Dissonanz, mikrologischer Klangdifferenzierung und offener Form unvernutztes, unverschandeltes musikalisches Terrain gesucht wurde.

In dem 1966 veröffentlichten Aufsatz Adornos, *Schwierigkeiten in der Auffassung neuer Musik*, der vor dem Hintergrund von Neuer Romantik, Neuer Tonalität, Neuer Einfachheit höchst aktuell erscheint, wird jene Dichotomie zwischen Sinnlichkeit und Intellekt aufgegriffen, mit der heute die Rückkehr zum Vertrauten gefordert wird. Adorno dreht den Spieß genau um: »Die Unterscheidung von Gefühl und Intellekt, in der Psychologie längst zum alten Eisen

geworfen, überlebt zäh im Vulgärbereich. Die gängigen Begriffe intellektueller und gefühlsbetonter Musik sind eine Fassade, die niedergerissen werden muß. Was intellektuell genannt wird, ist meist nur das, was die Arbeit und Anstrengung des Gehörs, was Kraft der Aufmerksamkeit und des Gedächtnisses, was eigentlich Liebe verlangt, also Gefühl; und was so Gefühl heißt, ist meist nur Reflex einer passiven Verhaltensweise, die Musik als Reiz goutiert, ohne zu ihr, dem konkret Gehörten, überhaupt eine spezifische, wenn man so will: naive Beziehung zu haben.« Jener Reflex einer passiven Verhaltensweise ist synonym mit Vertrautheit, Zugänglichkeit, Einfachheit, während eine Musik, die »noch nicht die Fingerabdrücke der universalen Kommunikation trägt ... wesentlich Phantasie ist«. Das gesellschaftlich Virulente an Phantasie und ihrer Repräsentanz in Musik ist die »Fähigkeit zum Extrem, zum nicht bereits Vorgeformten, gleichsam um zu erretten, was die Apparatur der verwalteten Welt zerstört«. Genau hier, wo sich für Adorno die Verbindung von ästhetischen Optionen mit der Vorstellung gelungener Subjektivität ergibt, liegt die Sollbruchstelle zur gegenwärtigen Konjunktur eines kompensatorischen Kunstbegriffs.

Musik als Sinngebung

Der Sozialcharakter des bürgerlichen Leistungssubjekts bildet sich auf der einen Seite durch instrumentelles, egoistisches Handeln und auf der anderen im Kontext eines dieses Handeln abfedern, »sozialen Clusters« (R. Burger), der von der Solidargemeinschaft der Familie, über die *corporate identity* der Firma und Vaterländerei bis zur Kunst reichen kann.

Der Bürger, der nach den anstrengenden Geschäften im Durchsetzungswettkampf abends sein »Seid umschlungen Millionen« genießt, ist das Urbild dieses Sozialcharakters mit seiner affirmativen Funktionalisierung von Kunst, wie sie Herbert Marcuse beschrieben hat. Der Ausgleich für Entfremdung, Delegi-

timierung, Sinnverlust findet mittels Kunst statt, die »von Herzen kommt«, »menschlich« ist, traditionsverbunden und verständigungsbereit und so ihren Beitrag zum *business as usual* leistet.

Einfachheit, Traditionsbezug, Ordnung und Verständlichkeit in der Musik der 80er Jahre stehen in einem zeitlichen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen, die durch zunehmende Komplexität, Ungewißheit, Undurchschaubarkeit und das Verschwinden ganzer sozialer und biologischer Lebenswelten bestimmt sind. Während die Leistungs- und Konkurrenzbereitschaft der gesellschaftlichen Mitglieder gefordert und gefördert wird, Rationalisierungsschübe in der gesellschaftlichen Reproduktion gewissermaßen auf Dauer gestellt sind, ergeht an die Kunst die Aufforderung, die Wunden der gesellschaftlichen Rationalisierung im ästhetischen Schein zu heilen. Nicht die Eroberung größerer Freiheitsspielräume qua ästhetischer Phantasie, die Überbietung und Dekonstruktion festgefügtter Erfahrungs- und Erwartungshorizonte mit der Eröffnung autonomer Perspektiven werden hier mit Kunst verbunden, sondern das Füllen der Lücke als ästhetischer Defizienzbegleichung. Daß unsere, um das musikalische Sinn- und Sinnlichkeitsbefinden besorgten Ästhetiker den Ruf nach ptolemäischer Abrüstung auch schon einmal an die Vorstandsetagen in unserer Menschen und Erde ruinierenden freien Marktwirtschaft gerichtet hätten – davon war bis dato nichts zu hören.

Kompensation oder Autonomie

Das ästhetische Kompensationsprogramm ist ganz ähnlich in den 50er Jahren, also zur Zeit der musikalischen Avantgarde, von Hans Sedlmayr in seiner Streitschrift *Verlust der Mitte* schon einmal benannt worden. Weniger geschickt als bei Sloterdijk und weniger unverblümt als bei Odo Marquardt wurde im Zeichen eines abendländisch-christlichen Wertekanons gegen die ästhetische Moderne argumentiert. Die Konflikte zwischen der Schönberg-Schule

und ihren konservativen Verächtern, den gesamten Neo-Klassizismus der 20er und 30er Jahre nicht zu vergessen, weisen die gleichen Strukturmerkmale auf. Bis zu den zeitgenössischen Debatten um das Werk Gustav Mahlers, also bis in die Gründerzeit hinein, läßt sich dieser Konflikt verfolgen. In ihm geht es, damals wie heute, um das Verhältnis von Kunst und Gesellschaft, um die Rolle, die Kunst im Kontext der zusehends instrumenteller verfaßten Gesellschaft spielen soll und damit um die Reichweite autonomer Subjektivität. Seit Beginn der musikalischen Moderne gibt es die beiden hier präsentierten ästhetischen Reaktionsweisen, für die die Namen Adorno und Sloterdijk beispielhaft stehen. Nur die eine Seite hat dabei die immer implizierten Ansprüche an ein *Menschenbild* und an die gesellschaftliche Rolle ästhetischer Erfahrung reflektiert und ausgesprochen. Das hat ihr, der es um Autonomie statt Kompensation ging, den Vorwurf der Soziologisierung eingetragen. Dabei ist gerade der Präferenzwechsel zugunsten der Kompensationsästhetiker, der die letzten Jahre bestimmte, ein soziologisch relevantes Phänomen. Diese Ästhetik ist nämlich angewiesen auf ein soziales Klima, das für musikalische Lebenshilfen ausgesprochen empfänglich ist – übrigens unabhängig vom vordergründigen Rechts-Links-Schema. Versteht sich, daß der Wunsch nach Sinngeben und Leitbildern mit den Zumutungen der musikalischen Moderne, die auf nicht-hierarchische, dezentrierte, sinnauflösende Gestaltungen und ästhetische Erfahrungen eines dergestalt autonomen Subjekts zielt, nicht vereinbar ist.

Sieht man die musikalische Entwicklung der letzten 15 Jahre unter dem Gesichtspunkt des Präferenzwechsels zwischen den beiden grundlegenden ästhetischen Umgangsweisen mit gesellschaftlicher Rationalisierung, »*Kompensation und Autonomie*«, dann braucht man weder die zustands-mystifizierende Neue Unübersichtlichkeit bemühen noch die Epochen-Stilisierung des Postmoderne-Begriffs. Es empfiehlt sich, den Ausdruck *modern* weiterhin zu gebrauchen,

und zwar so, wie er als »modernus« begriffsgeschichtlich im letzten Jahrzehnt des 5. Jahrhunderts zum erstenmal belegt ist: als Bezeichnung des historischen Jetzt der Gegenwart. Statt stilgeschichtlicher Spekulationen oder trendgemäßem Oberflächengestocher geht es dann um die Darstellung und Kritik des historischen Jetzt der Gegenwart, eben dessen, was gegenwärtig modern ist.

RAINER ROTHER

Jenseits des Erzählkinos: Zitat und Bastelei

Eines der erfolg- und einflußreichsten Filmbücher mußte, 15 Jahre nach dem ersten Erscheinen, nach 13 erreichten Auflagen, der Veränderung seines Gegenstandes Rechnung tragen: Karel Reisz' Buch *The Technique of Film Editing* erhielt einen zweiten Teil, den Gavin Millar verfaßte. Die erweiterte zweite Ausgabe erscheint erstmals 1968 und erweist sich als weiterhin erfolgreich; 15 Jahre später liegt immerhin schon die achte Auflage vor. Die Aktualisierung des Buches wird vom Verleger in einer Einleitung, von Thorold Dickinson im Vorwort zum neuen Teil mit Veränderungen der Konventionen und Methoden, die Reisz beschrieb, begründet.

Spielerische Narration

Die Innovationen und Veränderungen werden von Millar vor allem an *drei* Entwicklungen betrachtet: an den neu auftretenden Breitwandformaten und ihren Folgen für die Bildkomposition; dem *Cinéma Vérité* – und dem Autorenfilm –, Truffaut, Godard, Resnais, Antonioni sind die Beispiele. Es geht um die Veränderungen des Filmstils – Reisz hatte den »klassischen« Stil minutiös beschrieben,

Millar versucht jene Entwicklungen zu fassen, die mit ihm nicht kompatibel waren. Das Ideal der Montage hieß im ersten Fall *smoothness* und *continuity*: »Ein flüssiger Schnitt heißt, zwei Einstellungen so zusammenzustellen, daß der Anschluß von einer Einstellung zur nächsten keine Unterbrechung erkennen läßt und dadurch die Illusion des Zuschauers, einen zusammenhängenden Teil der Handlung zu sehen, erhalten bleibt.« Dies ist die *mechanische* Grundlage der Film Erzählung, die an einen bestimmten Zweck gebunden bleibt: »Ein flüssiger Schnitt ist kein Selbstzweck. Er dient einer dramaturgisch sinnvollen Kontinuität.«

1968 gilt das nicht mehr für alle Filme, ja, es gilt offenbar vor allem für die als wichtig empfundenen nicht mehr. An ihnen stellt Millar einige Merkwürdigkeiten fest: Die Regisseure der *Nouvelle Vague* »zeigten wenig Interesse an traditionellen Erzählweisen, an der »guten Story««. Die Mittel dienen nicht länger nur der dramaturgisch sinnvollen Kontinuität – »im Kino sind, wie in anderen Kunststrichtungen, die Ausdrucksmittel selbst zunehmend Bestandteil des Bedeutens geworden«. Im Falle von Godards *Vivre sa vie* macht sich die Kamera »weniger zum Beobachter des alltäglichen Lebens als vielmehr zum schlecht platzierten Zuschauer«, also dem Gegenbild des *omniscient viewer*.

Zum Schluß versucht Millar, diese auffälligen Änderungen auf eine gemeinsame Ursache zurückzuführen. Antoni, wie auch Godard und Resnais, vertraut »nicht länger unseren Sinnesindrücken, unserer Urteilsfähigkeit, der Unfehlbarkeit unseres Verstandes oder den Schätzen unserer Erinnerung. Er spiegelt die zerbrochene Welt in gebrochenen Bildern wider. (. . .) die Filmemacher von heute (versuchen), Eindrücke des Zerfalls festzuhalten«

Man könnte auch sagen, Millar definiert diese Filme als Teil der Moderne – und zwar jene, die in ihrer Struktur die Bindung an die Narration wahren, jedoch mit ihr bereits spielerisch umgehen und keine intakte Fiktion anstreben. Selbst-

bezüglichkeit (self-consciousness) attestiert er den Filmen; ihre Reflexivität bindet sie jedoch zugleich an die Konventionen, die von ihnen verletzt oder überschritten werden.

Was 1968 zu Erweiterung und teilweisen Revision des Lehrbuches führte, wird in dieser Zeit, und mehr noch in den folgenden Jahren, zum Gegenstand der Filmwissenschaft. Sowohl die Strukturen der »klassischen« Erzählung werden genauer erforscht (und einer harschen Kritik unterzogen), wie auch die Strukturen, die mit ihr nicht übereinstimmen (seien es solche des Autorenfilmes oder solche, die anderen Traditionen entsprangen: Ozus Filme und ihre Entdeckung durch die Filmwissenschaft sind hier das besonders prägnante Beispiel). In den meisten dieser Untersuchungen ist es der »seriöse« Film, an dem Modernität erkannt wird in dem von Millar skizzierten Sinne. Ausnahmsweise nur wird im Falle Hitchcocks auch an den »trivialen« Produkten das Merkmal der Reflexivität erkannt. Doch gibt es in den 60er Jahren ein Genre, in dem bestimmte Elemente des nicht-konventionellen Stils ausgeprägt wurden – und nicht etwa den Erfolg gefährdeten, sondern ihn im Gegenteil sicherten. Die Rede ist vom Italo-Western, der das wohl konventionellste aller Genres neu strukturiert. An diesem Eingriff entdeckt nun ein Teil der Kritiker eine Form aus dem *posthistoire*.

Leones »Il buono«

Aus heutiger Perspektive läßt sich eine Verbindung ziehen zwischen zwei damals als unverbunden aufgefaßten Attacken gegen das *Hollywood-Kino*. Im Werk der Autorenfilmer wie der Regisseure von Italo-Western lassen sich Elemente finden, die mit der Konvention brechen und so ein Erzählkino vorbereiten, welches das Etikett *postmodern* führen darf. Mögen sich auch die Regisseure und Stile ignoriert haben, sie sind vorweg vergleichbar durch ihre Bewußtheit. Neben dem Hang zu Zitat und Selbstreferenz, zu Parodie und Remake betrifft das vor allem die Haltung zur Geschichte

(Story). Die konventionelle Narration ist vollständig und geschlossen; sie funktioniert »aus sich selbst heraus«. Daß dies ein bestimmtes Bild von der Geschichte (Historie) mit sich bringt, darauf haben die Regisseure und Theoretiker immer wieder hingewiesen. Weder Italo-Western noch die Autorenfilme teilen diese Qualitäten; beide sind erst vor dem Hintergrund der Konvention vollständig – das Zitat verweist auf ein *Außen* wie die Selbstreflexivität im Innern der Filme bereits ein Verhältnis zu veränderten Mustern etabliert.

Horst Königstein sprach von den comic-haften Darstellern der Italo-Western, zum Beispiel in Leones *Il buono, il brutto, il cattivo* und weist auf die »negative Exposition« in *C'era una volta di west* hin – Merkmale, die Leones andere Filme auch zeigen. Hier werden die »Ausdrucksmittel des Films Bestandteil des Bedeutens«, und zwar als *gag*: So zeigt eine kurze Sequenz in *Il buono . . .*,

wie Clint Eastwood und Eli Wallach sich einer Brücke nähern. Die Kamera bleibt zunächst starr und zeigt beide, wie sie vom Pferd steigen und auf die Apparatur zugehen, sich dabei darüber unterhaltend, daß die Brücke ganz nah sein müsse. Unvermutet taucht hinter ihnen ein Soldat auf, wird in das Bildfeld ein Bajonett geschoben und kommt ein Offizier aus dem *off* ins Bild: Die scheinbar ungefährliche Situation ist ein Trugbild gewesen. Nun fährt die Kamera leicht zurück und schwenkt, einen kleinen Busch überstreifend, nach rechts, bis sich das ungeheuer große Lager der Nordstaatler zeigt. Beim ersten Sehen wirkt diese Szene völlig unspektakulär: der Zuschauer erfährt zwar eine Überraschung, doch kommt sie so schnell und geht so rasch vorüber, daß die Produktion dieser Überraschung unbemerkt bleibt. Jedes weitere Sehen, mit dem Wissen um das, was kommen wird, offenbart aber den »Trick«, mit dem Leone

Die Last der Literatur; NOUVELLE VAGUE von Jean-Luc Godard mit Domiziana Giordano und Alain Delon
Foto: Kinowelt



hier arbeitet: basierend auf der Konvention des narrativen Films, nach dem der Zuschauer auf die Leinwand wie ein Fenster schaut, in dem sich die dramaturgisch wichtigen Ereignisse zeigen, demonstriert Leone hier die Leinwand als eine Fläche, einen Ausschnitt, der dazu da ist, dem Zuschauer etwas zu verbergen, damit die Überraschung gelingt. Es zeigt sich nämlich, daß, Kriterien des »realistischen« Erzählens angelegt, die Hauptfiguren sowohl die Soldaten wie das Lager hätten sehen müssen. Zweifelsfrei demonstriert Leone hier seine Skepsis gegen das konventionelle Erzählen – und macht sich einen Spaß mit seinen Grundlagen.

Godards »Weekend«

Um diesen Gag (der rein filmisch ist: er entsteht nicht aus den Handlungen der Figuren, auch nicht aus dem Dialog, sondern ausschließlich durch die groteske Verwendung von Kadrage und Kamerabewegung) besser zu verstehen in seiner Bedeutung für die Entwicklung eines modernen Films, ist der Vergleich mit einem Film Godards hilfreich. In *Weekend*, der für seine zehnminütige Parallelfahrt berühmt geworden ist wie für den mehrfachen 360°-Schwenk, gibt es eine Fahrt, die der Technik Leones gut zu kontrastieren ist. Das Pärchen sitzt am Straßenrand, wartet auf eine Gelegenheit, ein Auto anzuhalten. In dieser Einstellung hat sich eben Unerhörtes zugetragen; nach einem Streit legte die Frau sich in den Graben, wo sie für das Publikum nicht zu sehen ist. Der Mann saß auf der Böschung, wollte von einem Wagen mitgenommen werden, läßt es gar geschehen, daß sie vergewaltigt wird. Schließlich kommt auch sie wieder nach oben und wird damit in der Einstellung wieder sichtbar. Nun verläßt die Kamera das Paar, fährt nach links, hält kurz inne und kehrt wieder zu der Ausgangsposition zurück. Auch diese Bewegung ist, wie die in Leones Film, »Bestandteil des Bedeutens«, allerdings gibt sie zu keinem Moment vor, dies im Sinne einer narrativen Funktion zu sein. Ihr Verhältnis zu

den Figuren ist hier desinteressiert, sie werden verlassen, als sich »nichts Wichtiges mehr tut«, und die Rückkehr nimmt die neue Wendung vorweg: ein Auto kommt von links, mit dem das Paar nun wegfährt. Diese Haltung beschreibt die Erzählweise des narrativen Films und kritisiert sie zugleich. Wo also Leone für seinen Gag die Konvention und die ihr entsprechende Zuschauerhaltung braucht, erzwingt Godard ein neues Sehen.

Im posthistoire sei keine Veränderung möglich, heißt die Ideologie. Diesem Zustand entspricht das willkürliche Arrangement der überlieferten Formen zu neuen Ensembles, also das, was als »postmodern« bezeichnet wird. Im Film könnte man vom Übergang sprechen, der vom Demolieren des Erzählens zur Auflösung des Erzählens in spielerische Kombination führt. Er ist zugleich, in bezug auf den »seriösen« Film, der Schritt von einer Gegen-Dramaturgie, in der sich die Erzählung verändert oder auflöst, zu einer Dramaturgie, die in die Erzählung (die nun wieder fast wie von selbst funktioniert) Ordnungselemente einbringt, die mit ihr nicht mehr verbunden sind (was den Unterschied zwischen Godard und Greenaway markiert).

Die Trivialisierung der Erzählformen wie die Reflexion ihrer Bedingungen entspringt dem Mißtrauen gegen die herkömmliche Story. Es artikuliert sich im ersten Fall durch die Verwendung all der Versatzstücke dieser Storys, die ihre Schwäche ausmachte. Wie der Italo-Western die Stereotypen des Vorbildes übersteigert, so auch die von den Genres zehrenden Filme Walter Hills oder David Lynchs. Bewußt führen sie Gut und Böse ins lächerliche Extrem, lassen sie ihre Protagonisten den Schablonen aus anderen Filmen ähnlich wie eine Karikatur werden. Sie erzählen ihre Geschichten nicht, sondern exekutieren sie, wobei die Abläufe vorhersehbar sind und im happy end münden, dessen kitschige Süße gewollt ist. »Schlechte Zeiten für guten Geschmack« (*A. Kiltb*) ohne Frage. Das Kalkül, das hier herrscht, beerbt den Italo-Western, ohne noch dessen Ambiva-

lenz zu zeigen. Bei Lynch und Hill ist die Story nicht länger das Vehikel, um etwas ganz anderes (oder: etwas ganz anders) zu machen, sondern die einzige Bauform, die noch zur Verfügung steht, wobei jedoch die Ausführung die inneren (in der »klassischen Periode«: die dramaturgischen) Forderungen nicht mehr kennt. Man hat das Gefühl, das einen auch vor den Bauten heutiger Architekten beschleicht: etwas sieht aus wie ein gotischer Bogen, oder erinnert an ein Minarett, eine Säule – doch man steht vor einer Bank.

Kluge und Greenaway

Auf dem andern »Pol« des modernen Kinos gibt es, wieder, Godard; und es gibt die Filme Peter Greenaways sowie die Fernsehsendungen, die Alexander Kluge und andere für Privatsender herstellen. Beide repräsentieren in unterschiedlicher Weise postmodernes Arbeiten. Die Sendungen mit dem Titel *Zehn vor Elf*, durch die Firmenbuchstaben dctp in Vor- und Abspann kenntlich als Produkt einer Firma mehr als eines Autors, erscheinen als fortgesetzte *Bastelei*. Das gilt nicht für die Interviews, die auf diesem Sendeplatz auch eingestreut werden; sie werden meist von Kluge geführt und erscheinen hier selbständiger, als die entsprechenden Gespräche in seinen Filmen. Wohl aber gilt das für die Sendungen, die ganz aus Fremdmaterial gestaltet werden. Diese stammen fast durchgängig aus anderen Filmen (seien es Stummfilmklassiker, Dokumentaraufnahmen, Reste aus Kluges Filmen oder ähnliches) und treten in einen neuen, nicht formbestimmten Zusammenhang. In ihn aber kommen sie verwandelt, oder: verfremdet, hinein. die Möglichkeiten der elektronischen Trickgestaltung machen aus ihnen auch neue *Bilder*, die ihren ehemals photographischen (also: abbildenden) Charakter fast vollständig verlieren und damit wie generiert wirken. Die Bauweise dieser Beiträge tendiert zur Formlosigkeit. Immer schon neigten Kluges Filme dazu, aber in der TV-Sendeform kommt diese Tendenz zu sich

selbst. Es erstaunt daher nicht, wenn das Werk von Alexander Kluge, das künstlerische so gut wie das zusammen mit Oskar Negt verfaßte theoretische, in der angelsächsischen Diskussion mit Deleuze wie mit »bricolage« in Verbindung gebracht wird. Solches Spiel findet in einigen frühen Kurzfilmen Peter Greenaways eine merkwürdige Entsprechung. In ihnen ist die Welt der Diegese ganz zusammengesetzt aus Zeichnungen des Regisseurs – und die Erzählung ist ganz auf den Kommentar verlagert. Exekutiert werden so Übungen in serieller Organisation, die auch die Struktur der Kurzfilme bestimmt, die aus Montagen von Abbildungen »wirklicher Dinge« hervorgehen. Greenaway aber ging den Weg von den experimentellen zu narrativen Filmen. Seine Geschichten sind voller Anspielungen auf europäische Kultur, sie sind *Autorenkino* wie Godards Filme. Und wie diese zitieren sie nicht nur Filme, sondern auch Malerei und Literatur. Doch bleibt diesen Filmen noch eine andere Struktur: Michael Nymans Musik zum einen, die serielle Unterströmung zum anderen. Erzählungen einerseits, »reine« Strukturen andererseits – darin sind Greenaways Filme einzigartig. Und sie sind heute vielleicht deswegen die bestimmteste Antwort auf den Zerfall des Erzählkinos – wenn auch kein von ihm unabhängiges neues Kino.

Die Zweite Moderne

Heinrich Klotz ist Kunsthistoriker. Er war Gastprofessor an der Yale Universität und der FU Berlin, von 1972 bis 1989 Professor am Kunstgeschichtlichen Institut der Universität Marburg. Als Direktor des »Deutschen Architektur-Museums« in Frankfurt am Main hat Klotz mit verschiedenen Ausstellungen aktuelle Tendenzen des Bauens bekanntgemacht. »Die Revision der Moderne – Postmoderne Architektur 1960–1980«, so hieß die erste Schau seines Hauses 1984. Das war ein programmatischer Auftakt: Der »einförmigen, inhaltsleeren« Nachkriegsmoderne stellte Klotz eine neue, vielfältige Baukunst entgegen, die »Schmuck und Ornament, Symbol und Zeichen wieder zuläßt«. Das Motto dieser Architektur des Aufbruchs hatte Klotz knapp formuliert: »Nicht Funktion, sondern auch Fiktion!«

1989 verzichtete Klotz überraschend auf die Leitung des von ihm mitbegründeten Architektur-Museums, um Baden-Württembergs spektakulärstes Kulturprojekt zu realisieren: das »Zentrum für Kunst und Medientechnologie« (ZKM) in Karlsruhe. Das Projekt – von einem »elektronischen Bauhaus« ist die Rede – soll fünf Institute vereinen: Computerlaboratorium und Medien-Theater, eine Hochschule für Gestaltung und zwei Museen.

Nach der Postmoderne? Heinrich Klotz gibt Auskunft, in einem Gespräch, das Gerd de Bruyn und Fabian Wurm am 30. April in Karlsruhe führten.

NG/FH: Sie sind als vehementer Kritiker des Bauhauses bekannt geworden, nun treten Sie an, ein neues Bauhaus zu gründen. Haben Sie Ihr Urteil über das Bauhaus revidiert?

Klotz: Meine Kritik galt nicht dem Bauhaus, sondern den Folgen. Das Bauhaus habe ich immer als den Kern der Avantgarde begriffen, als wesentliche Anregungsquelle. Es gilt heute, den Fundus der Moderne, der im Bauhaus enthalten war, erneut zu entdecken.

Ich kritisierte die Epigonen des Bauhauses. *Revision der Moderne*, das ist mein Wort für Postmoderne. Und so hieß auch die erste Ausstellung, die ich im Deutschen Architekturmuseum in

Frankfurt zur Diskussion stellte. Das Wort Postmoderne gebrauchte ich damals nur ungern. Ich war dazu gezwungen, es zu benutzen, weil es sehr schnell populär wurde. Revision der Moderne bedeutet – daran ist festzuhalten – wichtige Traditionslinien der Moderne aufzunehmen. Revision meint aber auch, daß eine Fülle von dogmatisch erstarrten Lehrsätzen hinfällig ist.

Heute kann niemand ein neues Bauhaus initiieren. Man kann aber das Bauhaus als Orientierungspunkt nehmen. Sicher, es läßt sich nicht wiederholen, denn unsere historische Situation ist eine völlig andere als 1919, als das Bauhaus in Weimar gegründet wurde.

NG/FH: Dennoch vergleichen Sie das geplante *Zentrum für Kunst und Medientechnologie* mit dem Bauhaus. Warum?

Klotz: Die große Leistung des Bauhauses war es, die Künste auf die maschinelle Produktion zu beziehen, sie aus ihrer »l'art pour l'art«-Situation hinauszuführen, um sie auf das Leben zu beziehen. Die Entgrenzung der Kunst war ja das große Thema der Avantgarde.

Sie wollte die Kunst in Lebenspraxis überführen. Das Bauhaus tat dies, indem es versuchte, dem maschinellen Standardprodukt, das am Fließband hergestellt wird, eine Gestalt zu geben. Es war die große Leistung des Bauhauses, die Kunst auf die Maschine zu beziehen.

Heute ist es nicht mehr ausschließlich das Fließband, das den Rhythmus der Gesellschaft vorgibt. Anstelle der Standardprodukte treten vielfältige Objekte. Neue Technologien lösen das Band mehr und mehr ab. Wir sind also gezwungen, einen neuen Bezugspunkt für die Kunst zu suchen. Diese neue Beziehung lautet: Kunst und *digitale* Technik. In Abwandlung von Gropius' Diktum »Kunst und Technik, eine neue Einheit« wollen wir die Kunst auf die digitalen Techniken beziehen, das ist unser Programm.

Das Herzstück des Karlsruher Zen-



Heinrich Klotz

Foto: privat

trums wird eine Art Computerlabor sein. Dort möchten wir viele Apparate zusammenholen, die bisher noch nicht zusammengeführt worden sind. Und schon die quantitative Kumulation der Apparate würde erlauben, daß Techniker und Künstler in Zusammenarbeit einige Dinge zustande bringen, die bisher nicht möglich waren. Schon die neue medientechnologische Assemblage kann Kräfte generieren.

Das Zentrum für Kunst und Medientechnologie hat allerdings nicht die Absicht, mit der Förderung der neuen Technologien und Medien die alten Künste zu erledigen! Sondern es will – und das ist die erste Forderung – das Aufeinandertreffen der traditionellen Künste und der neuen Medien organisieren.

NG/FH: Die traditionellen Künste hatten allerdings schon am Bauhaus einen schweren Stand. An der *Hochschule für Gestaltung Ulm* – der Bauhaus-Nachfolge-Institution – hat man die Künste dann aus dem Programm genommen. Warum haben die Künste in Ihrem Projekt einen so hohen Stellenwert?

Klotz: Es gehörte mit zur Ideologie einer entgleisten Moderne, zu sagen: Es gibt diese Differenz zwischen Kunst und Technologie nicht mehr. Und schließlich: Wir bedürfen der Künste nicht mehr. Dies zu behaupten war auch eine Schwäche der Ulmer Hochschule.

NG/FH: In Ulm hat man bezeichnenderweise nicht mehr von Architektur gesprochen. *Industrielles Bauen* – so nannte man die Architektur-Abteilung an der Ulmer Hochschule.

Klotz: Ja. Das war die ideologische Verkürzung der Architektur. Da konnte sich in der Folge nur eine bautechnologisch und ökonomisch strangulierte Architektur entwickeln. Aber Architektur ist auch Baukunst. Das hat man eine Zeitlang vergessen – übrigens nicht zu Beginn der Moderne.

NG/FH: Können Sie das erläutern?

Klotz: Die funktionalistische Architektur hatte ja ursprünglich einen Bedeutungsgehalt. Der Aufbruch des Neuen Bauens, die große Reinigung der Architektur von allem Ornament und Formballast, schuf eine neue Ästhetik. Eine Ästhetik der geometrischen Elementarformen.

Doch in der Folge reduzierte sich das Bauen immer mehr. Nackte Funktionsgehäuse, die *Kisten* und *Kästen* traten an die Stelle komplexer Gebilde. Das war eine zweckrationalistische Reduktion.

Natürlich kann man sagen, daß es ein Mies van der Rohe war, der den *Kasten*, den *Container* erfand. Aber es war eben ein wunderbarer Kasten, ein phantastischer Stahlskelettbau. Meine Kritik gilt nicht den großen Meistern der Moderne, sondern der *Verballhornung* ihrer Werke durch die Epigonen und durch die Bauspekulation. Denn was von Mies van der Rohe und Le Corbusier übrig blieb, war die leere Geste, das Interessantmachen. Das war der Leerlauf der Moderne.

NG/FH: Was mußte an der Moderne revidiert werden und wann begann diese Revision?

Klotz: Diese Revision kündigte sich schon um 1960 an. Zum Beispiel im Frühwerk des amerikanischen Architekten Robert Venturi. Auch in seinen Schriften hat Venturi die Abkehr von

einer reduktionistischen Moderne begründet: *Komplexität und Widerspruch* – der Titel ist Programm – erschien 1966.

In Deutschland nahm man diese Kritik an der Moderne relativ spät wahr. Ende der 70er Jahre kam es zu einem Umbruch. Wir begriffen plötzlich – 1975 war ja das Denkmalschutzjahr –, daß wir unsere Städte nicht von Grund auf neu bauen können, daß wir die Altstädte nicht einfach wegschmeißen können wie irgendwelche Konsumartikel. Das war aber nun leider die Radikalkur, die uns die Moderne verschrieben hatte. Was dabei herauskam – ich habe das hundertmal gesagt – war eben eine Umwelt, die dann nur noch aus Primärformen bestand. Denn das war ja ein Ziel der Moderne: die Reduktion aller Architektur auf die *primären Formen* – dies war zumindest eine ihrer wesentlichen Antriebskräfte. Übrig blieb jedenfalls eine Stadt der primären Formen, nämlich die der Boxen und Behälter.

Gegen diese brachiale Gewalt gab es – ohne daß wir von Postmoderne sprachen – schon in den sechziger Jahren Proteste, und eben darin sehe ich auch eine der wesentlichen Wurzeln der Revision der entglittenen Moderne. Mir war die Idee, daß sich neues Bauen in der alten Stadt auch zu beziehen habe auf den historischen Kontext, seit etwa 1967 zum Hauptgedanken geworden. Dafür habe ich mich eingesetzt. Lange bevor jene Stilüberlegungen angestellt wurden, die mit der Postmoderne aufkamen.

NG/FH: Schwang da nicht auch ein wenig Nostalgie mit? Die Sehnsucht nach der unzerstörten, heilen Stadt?

Klotz: Das war legitim, angesichts verfehlter moderner Stadtplanung. Ich habe allerdings nie gesagt, daß nun nur das Alte als Vorbild zu dienen habe. Wenn einige Theoretiker der Postmoderne behauptet haben, daß nur noch historisierend gebaut werden dürfe – und so hat ja *Charles Jencks* letztlich die Postmoderne definiert – dann handelt es sich hierbei um eine Radikalisierung, die ich nicht teilte.

Diese Position des Neo-Historismus

hat es den Kritikern leicht gemacht, die Postmoderne in einen unveröhnlichen Gegensatz zur Moderne zu rücken und ihr vor allem einen anti-aufklärerischen Affekt zu unterstellen, um damit zugleich den Nostalgie-bestimmten Verrat an den Wertsetzungen der Avantgarde zu geißeln. Sie verknüpften mit der Postmoderne konservative Wendemanöver und sahen in dieser neuen Orientierung der Architektur einen antimodernen Rückfall in obsoletere, von künstlicher Patina überkrustete Positionen.

Die ernstzunehmenden Verteidiger der Postmoderne haben dagegen deren Bezug zur Moderne betont. Nicht den Bruch mit der Moderne, sondern die dialektische Verflochtenheit von Moderne und Postmoderne. Aus diesem Grunde habe ich wiederholt den Versuch unternommen, den irreführenden Begriff Postmoderne zu ersetzen: Als die *Zweite Moderne* beschrieb ich 1980 die neuen Tendenzen in der Architektur.

NG/FH: Wodurch ist diese *Zweite Moderne* charakterisiert?

Klotz: Für mich haben sich zwei zentrale Termini herausgeschält, die den Kern der Revision der Moderne ausmachen. Das ist zum einen – mit dem Philosophen Wolfgang Iser gesprochen – der Begriff eines radikalen *Pluralismus*; zum anderen ist es der Begriff der *Fiktionalität*.

Darstellungsintensität und Symbolkraft: Das meine ich, wenn ich von Fiktionalität rede. Für mich ist Fiktionalität der zentrale Begriff in der Debatte der Ästhetik des 20. Jahrhundert. Er bedeutet: die Anerkennung der Grenzen der Kunst gegenüber dem Leben, da das Leben – wie sich gezeigt hat – nicht Kunst sein kann.

NG/FH: Wie erklären Sie sich, daß die Disziplin der Architektur in einer Debatte wie der um die Postmoderne eine so große Rolle gespielt hat? Die Bedeutung, die der Architektur plötzlich zukam, zeigt doch eine immense Verschiebung an: Anfang der siebziger Jahre waren es die Soziologen, die Sozialpsychologen – man denke nur an Hans Paul Bahrdt oder Alexander Mitscherlich –, die die

maßgeblichen Debatten über die Zukunft der Stadt führten. Heute sind es die Architekten, die Kunstgeschichtler. Warum?

Klotz: Ich will nicht sagen, daß die Rolle der Architektur verkannt wird: aber ihre Importanz wird verkannt. Sie ist schließlich das Behältnis der Gesellschaft. Die Architektur ist wie keine andere Kunst gesellschaftsvermittelt. Und die Gesellschaft drückt sich in ihr ganz unmittelbar aus. Nutzungsvorstellungen müssen in die Architektur eingehen, sonst kann nicht gebaut werden. Das bedeutet, die Gesellschaft hat die Tendenz, sich sehr viel deutlicher und unvorstellter zu bekennen in der Architektur als in irgendeiner anderen Kunst.

Daß die Architekturdiskussion der späten siebziger und achtziger Jahre keine Fachdiskussion blieb, sondern eine paradigmatische Rolle gespielt hat, hängt auch mit der neugewonnenen Fiktionalität des Bauens zusammen. Die Architektur wurde wieder aussagekräftig; das Bauwerk selbst wurde zum Medium. Die Architektur wurde darstellerisch aufgeladen. Daß die Bauten überhaupt wieder zu sprechen begannen und Darstellungsinhalte in sich aufnahmen, das war neu und stand der vulgarisierten Moderne kraß entgegen.

Und deshalb hat die Architektur auch eine so große Rolle gespielt: Sie gewann wieder eine symbolische Kraft. Sie enthielt Symbole für das, was zu Ende ging und für das Neue, das Kommende – in einer Deutlichkeit wie in keiner anderen Kunst.

Ein letztes Mal: Moderne versus Postmoderne. Ist diese Debatte nicht obsolet? Heute ist ja allenthalben vom Ende der Postmoderne die Rede. War sie denn lediglich eine Episode?

Klotz: Wenn man die Postmoderne als Historismus definiert – und das habe ich, wie gesagt, nicht getan – dann ist sie zu ihrem Ende gekommen. Wir bedürfen des Historismus nicht mehr; auch nicht mehr des historisierenden Vokabulars und der ironisierenden Anleihen.

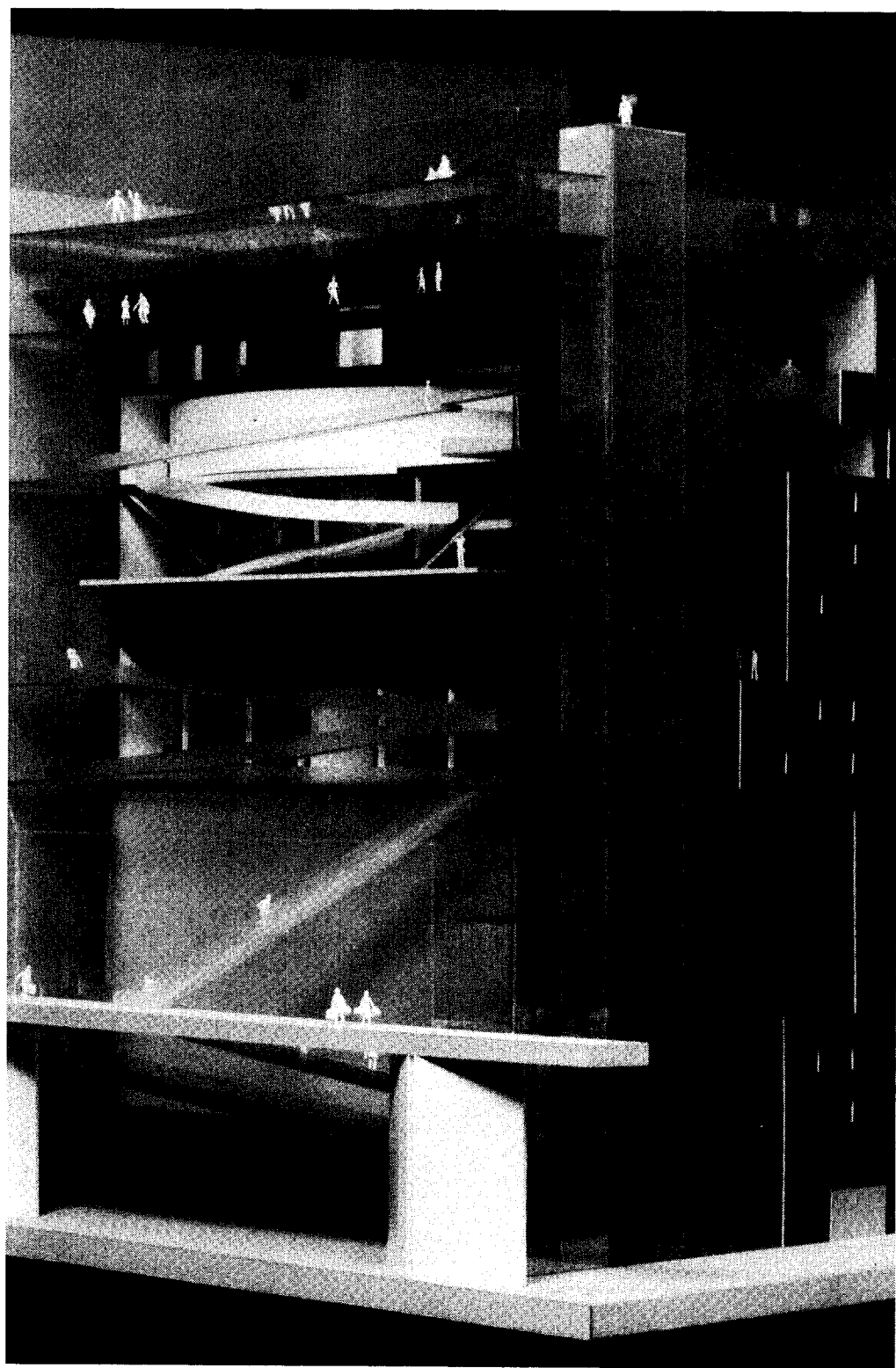
Was Gruppen wie Coop Himmelblau, Architekten wie Rem Koolhaas, Frank

Gehry geleistet haben, wird heute mit einem ebenso dummen Begriff *Dekonstruktivismus* benannt. Doch das ist nicht die Rückkehr zur ersten Moderne. Denn auch ihnen geht es darum, Geschichten zu erzählen. Darzustellen, wie schwierig es ist, das Ganze zustande zu bringen. Das ist plausibel, in einer Welt, die eigentlich nur noch glatte Oberflächen hat. In der man ausrutscht. Viele Produkte, die uns umgeben, sind ja fast aseptisch. In einer solchen Welt ist es ein fiktionales Vorgehen, zu sagen: Mein Produkt, nämlich der Bau, der ist nicht glatt, nicht perfekt, der hat Widerstände in sich, der hat krachendes Gebälk.

Was heute als *Dekonstruktivismus* bezeichnet wird, sind Tendenzen der Zweiten Moderne, die ich bereits 1984 mit meinem Buch *Moderne und Postmoderne* in der Bundesrepublik bekannt gemacht habe. Tendenzen, die durchaus im Kontext des Aufbruchs der siebziger Jahre stehen. Die Überlagerung und Durchdringung von heterogenen Elementen, die in dieser *Splitter-Ästhetik* sichtbar werden, hat eine andere Qualität, als die in der Moderne vorherrschende Vereinheitlichung von Zeit und Raum nach dem maßgebenden Muster des Fortschritts. Natürlich benutzt ein Rem Koolhaas etwa die Sprache der *selbstbegründeten* Moderne. Aber wenn Koolhaas in seinen Entwürfen die Strukturen der chaotischen Stadt aufnimmt, der Improvisation und Ungewißheit das Wort redet, dann ist dies eine andere Aussage, als das Bemühen des modernen Städtebaus um die Homogenisierung des Raumes.

NG/FH: Rem Koolhaas wird das Gebäude für das Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe bauen. Wenn man die Pläne sieht, kann man wohl sagen, daß dies ein ungewöhnlicher Bau werden wird. Vielleicht so etwas wie ein Prototyp, ein Signal der Zweiten Moderne. Uns scheint, daß dieser Entwurf ganz signifikant die Tendenzen der neuen Architektur zum Ausdruck bringt. Können Sie uns Koolhaas' Pläne erläutern?

Klotz: Dieser Bau, der von seinem Inhalt



Modell ZMK

Foto: Samuel Degen

her sicherlich kein historisches Kleid haben darf – das wäre die falsche Information – ist nun kein dekonstruktivistischer, im Sinne der Splitter-Asthetik, im Sinne des Vorzeigens eines schwierigen Zustandekommens des Ganzen. Es ist eher das Gegenteil: ein sehr einfaches Statement, ein Kasten.

NG/FH: Wieder ein Kasten?

Klotz: Ja, so muß man fragen, wenn man das Ding sieht. Das ist ein irreführender Eindruck, denn was Sie außen erkennen, sind durchlässige Fassaden. Der ganze Bau ist, wenn er fertig sein wird, irisierend. Man weiß nicht, wo seine Grenzen sind, denn er hat keine festen Umrisse.

NG/FH: Ein Kristall?

Klotz: Nein, überhaupt nicht. Es sind Drahtfassaden, die vorgespannt werden. Wir werden den ganzen Bau, zumindest von zwei Seiten her, in ständiger Bewegung halten. Es wird ein Bau sein, der im Außeneindruck seine Statik verloren hat, der medialisiert wird, der Träger von Informationen ist: So werden Mitteilungen über unsere Veranstaltungen und andere, freie Inhalte auf die Fassaden projiziert.

Es ist auch ein Bau, dessen innerer Kern von außen nur geahnt werden kann. Doch im inneren Kern geschieht einiges: Da sind die Studios, das Medientheater, das Medienmuseum, das Museum für Gegenwartskunst, die Bibliothek, und die Werkstätten für das Publikum. Das Ganze ist ein Gebilde, das aus einem Haus im Hause besteht. Ein sehr komplexes Projekt, das einfach aussieht: nämlich wie eine moderne Primärform. Und es hat eben diesen – ich beschreibe jetzt die Zukunft – Charakter des Bewegt-Immateriellen. Etwas von der neuen Medientechnologie, von den neuen Erzeugungsweisen der Bilder. Diese digitalen Erzeugungsweisen der immateriellen Künste gehen in den Bau ein. Und das ist die Geschichte, die erzählt wird. Das ist die Fiktion, die hergestellt wird.

NG/FH: Hier beginnt tatsächlich etwas neues, in dieser Verquickung von Zweiter Moderne und dem Hinzufügen der medialen Möglichkeiten. Fast eine imma-

terielle Architektur. Das scheint uns etwas ganz anderes zu sein, als vieles, was wir bislang aus der High-Tech-Architektur kennen.

Klotz: Ja, es ist nicht der Konstruktivismus, der uns interessiert. Wir wollen nicht – wie es beim *Centre Pompidou* der Fall ist – das Zustandekommen der Konstruktion zeigen. Die Zelebration des Konstruierens, die Feier des Know-Hows: Das war ja überhaupt ein wesentliches Movens der Moderne. Man demonstrierte, was Konstruktion ist. Das war ein kümmerlicher Rest von Fiktionalität. Dieses Zelebrieren der Technik ist für mich kein Thema mehr. Wir wissen, was wir technisch können. Und setzen das alles voraus. Und reden über etwas ganz anderes; reden über ganz andere Inhalte, die mit der Konstruktion der Architektur nur noch wenig zu tun haben.

Ich habe – etwas salopp gesprochen – den »Hang zum Gesamtkunstwerk«, zum »Zweite-Moderne-Gesamtkunstwerk«. Das Experiment, die Künste an einem Ort zusammenzuführen, fasziniert mich. Heute macht der Maler auch Videos, der Bildhauer Videoskulpturen. Es finden Grenzüberschreitungen statt. Und das ist sehr spannend.

Wir müssen allerdings auch Verzicht üben: aber dies macht erforderlich, daß wir erst einmal neue Erfahrungen gesammelt haben. Wir wollen den Fortschritt nicht absolut setzen. Die Frage lautet: Wo müssen wir innehalten? Die Kritik der Medientechnologie setzt voraus, sie genau zu kennen. Man kann nicht blind »ja«, aber auch nicht blind »nein« sagen. Aufklärung ist heute mehr denn je Fortschrittskritik, Kritik an einem – wie es Adorno formulierte – »rückschrittlichen Fortschritt«.

GESPRÄCH MIT ALFRED SCHMIDT

»Die Geschichtsphilosophie ist gescheitert«

Alfred Schmidt wurde 1931 in Berlin geboren. In Frankfurt am Main studierte er Geschichte, Philologie, Soziologie und Philosophie. Der Schüler von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer ist seit 1972 Prof. für Philosophie an der Universität Frankfurt. Wichtige Veröffentlichungen: »Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx« (1962), »Geschichte und Struktur« (1971), »Emanzipatorische Sinnlichkeit. Ludwig Feuerbachs anthropologischer Materialismus« (1973), »Zur Idee der Kritischen Theorie« (1974), »Die Kritische Theorie als Geschichtsphilosophie« (1976), »Goethes herrlich leuchtende Natur« (1984), »Die Wahrheit im Gewande der Lüge. Schopenhauers Religionsphilosophie« (1986).

Alfred Schmidt wurde am 19. Mai 60 Jahre alt. Das Gespräch führten Matthias Jung und Norbert Seitz am 4. April in Frankfurt a. M.

NG/FH: Die philosophische Vita von Alfred Schmidt spiegelt die intellektuellen Entwicklungen wider, von denen die kritische Intelligenz in den letzten Jahren geprägt wurde. Als Schüler von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer der Frankfurter Schule verpflichtet, hat sich Alfred Schmidt durch zahlreiche Veröffentlichungen zur Kritischen Theorie, zum Historischen Materialismus, aber auch zu religionsphilosophischen Themen einen Namen gemacht. Dabei ist er schon früh auf ein Kardinalproblem aufmerksam geworden, das in der Theoriediskussion der deutschen Linken lange Zeit kaum eine Rolle spielte: die Frage nach dem Verhältnis von Mensch und Natur. Im Nachwort zu Schmidts Dissertation *Über den Begriff der Natur in der Lehre von Marx* heißt es: »Resurrektion der Natur, Humanisierung der Natur, Naturalisierung des Menschen«, das sind heute keine Ausgeburten eschatologischer Phantasie mehr. Von ihrem Gelingen hängt ab, ob die Menschheit in einen vernünftigeren Zustand eintritt, ja, ob sie überlebt.« Welche Rolle spielt die Natur in einer Philosophie, der es um die Emanzipation des Menschen zu tun ist?

Alfred Schmidt: Man muß sich die Diskussion der 50er Jahre vergegenwärtigen, wenn man

verstehen will, welche gedanklichen Motive hinter der Marx-Dissertation stehen. Es war die Zeit, in der akademisch der Marx der Pariser Manuskripte von 1844 als der *eigentliche* Marx galt, als nicht zuletzt theologisch gerichtete anthropologische und existentialistische Marx-Interpretationen das Feld beherrschten. Damals legte ich Wert darauf, das Philosophische in Marx nicht nur dort zu suchen, wo er sich der traditionellen Sprache der Philosophie bedient. Es bot sich an, die ökonomischen Schriften auf philosophische Gehalte hin zu untersuchen. Dabei war hinsichtlich der Natur die Abgrenzung von Marx gegen eine, mit Engels, bloß deklarierte *Dialektik der Natur* wichtig. Da diese ein unaufgebbare Bestandteil der östlichen Orthodoxie war – in der in Natur, Geschichte und Denken gleichermaßen präsenten Dialektik sollte sich die ideologische Einheit der Arbeiterklasse ausdrücken –, stieß der Ansatz meiner Schrift, zumal bei DDR-Philosophen, auf schroffe Ablehnung. Interessierte westliche Gesprächspartner waren damals noch selten. Die Dissertation geht nicht aus von der an sich seienden Natur, auch nicht von jener Natur, mit der Naturforscher es zu tun haben, sondern von der *Arbeit* als Urform menschlicher Praxis. Nur auf ihrem Boden geschieht historische Dialektik. Daß der Mensch, wie Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* sagt, in der Natur die »erste Quelle« aller Arbeitsmittel und -gegenstände erblickt, wäre freilich heute kritischer zu akzentuieren. Daß »alles Seiende«, so Heidegger im *Brief über den Humanismus*, allein als »Material der Arbeit« erscheint, hat sich als ein höchst negativer Sachverhalt erwiesen.

NG/FH: Ihr Buch ist dann in der Theoriediskussion der neuen Linken sehr schnell zu einem Quellentext avanciert.

Alfred Schmidt: Es wurde von vielen als Einleitung in den historisch-dialektischen Materialismus verstanden. Das lag daran, daß ich einen besonders charakteristischen Schnitt durch das Marxsche Werk gelegt hatte, der es erlaubte, entscheidende Aspekte der Marxschen Gesamtkonzeption hervortreten zu lassen.

NG/FH: Die Frage nach dem Verhältnis von Mensch und Natur hat Sie nicht losgelassen. In



Der Frankfurter Philosophie-Professor Alfred Schmidt

Foto: Manfred Prüfer

großen Studien über *Feuerbach* und *Goethe* kommt sie nochmals zur Sprache. Könnten sie auch heute noch als Modelle dafür dienen, wie der Alleinherrschaft technologisch-instrumenteller Vernunft zu steuern wäre?

Alfred Schmidt: Zunächst ist klar, daß die genannten Autoren natürlich nicht unmittelbar im Sinne eines Rezepts ins Spiel gebracht werden dürfen; aber sie verkörpern die Entwicklungslinie eines Denkens, das die Natur ausreden läßt, ohne ihr gleich ins Wort zu fallen. Brechts *Kalendergeschichten* haben das rein aktionistische Verhältnis zur Natur treffend ironisiert. Hier heißt es: »Es ist nötig für uns, von der Natur einen sparsamen Gebrauch zu machen. Ohne Arbeit in der Natur weilend, gerät man leicht in einen krankhaften Zustand, etwas wie Fieber befällt einen.« Der Marx-Engelsche Abschied von Feuerbachs Naturalismus war vorschnell. Die Autoren übersahen, daß dessen kontemplative Seite das Ferment einer künftigen »Praxis« der Sinne bildet, worin diese sich zu den Gegenständen um ihrer selbst willen verhalten. Feuerbach erinnert uns an jene Natur, in der wir promenieren, die, abermals mit Brecht zu reden, »etwas beruhigend Selbständiges« hat. Hierher gehört auch die Frage nach der Objektivität der Naturschönheit. Adornos Ästhetik ist nicht zuletzt ein Versuch, die Eigenbestimmt-

heit des Naturschönen zu retten. Goethes Naturpathos weist in die nämliche Richtung. Er sieht den Menschen auch als Naturwesen, aber nicht nur als Subjekt, das sich in der Außenwelt betätigt, sondern auch im Sinne ästhetischer Kontemplation. Natur, wenn sie selber ausreden darf, ist für uns immer auch eine ästhetische Natur – nicht nur Arbeitsmaterial.

NG/FH: Läßt sich das Projekt des Historischen Materialismus mit einer bekannten Formulierung aus der Dialektik der Aufklärung als »Eingedenken der Natur im Subjekt« begreifen?

Alfred Schmidt: Das ist zumindest ein wesentlicher, oft vernachlässigter Aspekt. Kein Zweifel, daß die »Natur« im Subjekt eine große Rolle spielt, zumal bei Feuerbach. »Im Leib sein heißt in der Welt sein.« »Der Leib ist das poröse Ich.« Formulierungen Feuerbachs, die darauf abzielen, »Welt« von der je eigenen Leiblichkeit her zu erschließen.

NG/FH: Gehört auch Ihre Auseinandersetzung mit den Schriften Sigmund Freuds in den Zusammenhang der Frage nach der *natürlichen* Basis psychischer und sozialer Phänomene hinein? In einem Buch mit dem bezeichnenden Titel *Der Stachel Freud* haben Sie zusammen mit dem Psychoanalytiker Alfred Lorenzer in die Debatte um das theoretische Erbe Freuds eingegriffen und die kritische Kraft seines Trieb-

naturalismus verteidigt. Warum zieht man Freud den Stachel, wenn man dessen Trieblehre von gesellschaftlichen Prägungen her verständlich machen will?

Alfred Schmidt: Die Position jenes Buches war insofern mit Marcuses Polemik gegen die revisionistische Literatur verwandt, als wir deren Grundthese nicht teilten, die Freudsche Theorie müsse durch ihr äußerliche Soziologisierung erst brauchbar gemacht werden. Die »naturalistische« Position besteht keineswegs darin, die Psychoanalyse von gesellschaftlichen Sachverhalten zu entfernen. Wir sind vielmehr damals davon ausgegangen, daß im psychosomatischen Leiden soziale Sachverhalte sich manifestieren; daß es keines zusätzlichen sozialen Faktors bedarf, sondern daß Freuds Kategorien, recht verstanden, bereits eine gesellschaftlich vermittelte Konzeption des Verhältnisses von Leib und Seele enthalten. Er stößt auf die Tatsache, daß der Mensch Leib und Seele besitzt anhand psychopathologischer Befunde. Wir haben Wert auf die biologisch-materialistische Grundlage der Psychoanalyse gelegt, als wir uns dagegen wandten, sie auf eine einfache Bewußtseinspsychologie zu reduzieren.

NG/FH: Von Freud ist es kein weiter Weg zur pessimistischen Willensmetaphysik Arthur Schopenhauers.

Alfred Schmidt: Insofern, als auch bei Schopenhauer der Lustbegriff nicht ein durch sich selbst bestimmter ist, sondern nur im Hinblick auf die Abnahme von Unlust bestimmt wird. Das kann man im genauen Sinne »pessimistisch« nennen.

NG/FH: Für Max Horkheimer spielte die Aneignung von Schopenhauers Philosophie eine entscheidende Rolle bei der Zurückweisung allzu überschwenglicher Heilserwartungen, wie sie etwa Ernst Bloch in den Marxismus setzte. Auch Sie haben sich seit einigen Jahren intensiv mit Schopenhauer beschäftigt, der im orthodoxen Marxismus als bornierter Reaktionär galt. Wäre es angesichts der weltpolitischen Ereignisse unserer Gegenwart an der Zeit, den philosophischen Schwerpunkt kritischer Theorie von Marx auf Schopenhauer zu verlagern?

Alfred Schmidt: Nicht zu verlagern, aber doch im Auge zu behalten, daß Schopenhauer in mancher Hinsicht ein Korrektiv sein kann. Wenn bei Schopenhauer die Negativität des Weltlaufes allgemein ausgesprochen wird, so sprechen Marx und Engels sie für eine historische begrenzte Periode der Gesellschaft aus, wobei sie freilich mit einem erwartbaren Ende der »Vorgeschichte« rechnen.

NG/FH: In Schopenhauers Denken bleibt kein Raum für weltverändernde Praxis, noch weni-

ger für revolutionäres Handeln. Steht dies nicht in einer unaufhebbaren Spannung zu dem ethischen Impuls, von dem die sozialistische Tradition geprägt ist?

Alfred Schmidt: Das ist zunächst richtig. Ich sehe jedoch in ethischer Hinsicht keine allzu große Differenz von Marx und Schopenhauer. Die Kategorie des Mitleids verbindet beide. Marx hat sich zwar viel auf die Wissenschaftlichkeit seiner Analyse zugute gehalten; aber es bedarf keiner Frage, daß der Begriff des »Reichs der Freiheit« letztlich einen moralischen Imperativ ausdrückt.

NG/FH: Herbert Marcuse hat in seiner frühen Phase versucht, Martin Heideggers Existentialontologie mit Marxens politischer Ökonomie zu verbinden. Er tat dies, um die Bedeutung des geschichtlichen Handelns gegenüber objektivistischen Tendenzen herauszustellen. War Marcuses Bemühung zumal im Blick auf Heideggers späteres Engagement für den Nationalsozialismus völlig abwegig oder lagen ihm auch gültige Einsichten zugrunde?

Alfred Schmidt: Marcuse versuchte, die Revolutionstheorie von Marx im Geiste von *Sein und Zeit* neu zu bestimmen. Was um 1930 an Heidegger von Interesse schien, war der Gedanke der »Geschichtlichkeit« als der Geschehensstruktur der unmittelbar erlebten Gegenwart: die Gegenwart als zu gestaltende Geschichte. Ein qualitativ Neues als Bruch mit dem Kontinuum schien möglich. Die inhaltliche Unbestimmtheit aber, die »Geschichtlichkeit« in *Sein und Zeit* hat, erlaubte ebenso sehr die marxistische Interpretation Marcuses wie die kurz danach erfolgenden Annäherungen Heideggers an den Nationalsozialismus.

Ob rechts, ob links: alle politischen Kräfte jener Zeit waren »entschlossen«. Eben dieses Moment des Aufbruchs aus einem verkrusteten Weltzustand in einen neuen mag Marcuse an Heideggers Schrift fasziniert haben. Marcuses frühe Schriften enthalten deshalb auch herbe Vorwürfe an die Adresse des Meisters, der sich in bezug auf die unmittelbare politische Gegenwart, wie Marcuse sie interpretierte, nicht bereit zeigte, Farbe zu bekennen. Manches an diesen Vorwürfen hat mich fatal an die späten 60er erinnert, wo es hieß, wenn Du dies schreibst, dann mußt Du jenes tun.

NG/FH: In einer Ihrer jüngsten Veröffentlichungen weisen Sie darauf hin, daß Heideggers Buch *Sein und Zeit* von fundamentalistischen Tendenzen keineswegs frei ist. Zum Phänomen des Fundamentalismus haben Sie darauf aufmerksam gemacht, daß fundamentalistisch verhärtete Denkstrukturen mit den verschiedensten Ideologien verträglich sind und daß es zu

kurz greift, sie nur als Erzübel religiöser Gruppen aufzufassen. Das brisante Beispiel, mit dem Sie Ihre These belegen, ist die Revisionismusdebatte in der deutschen Sozialdemokratie. Welche Faktoren haben damals zu dieser Entwicklung geführt und wie kann der Verbreitung fundamentalistischer Tendenzen Ihrer Ansicht nach am besten gesteuert werden?

Alfred Schmidt: Was die Debatte über den Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie der Vorkriegszeit anbelangt, so hat mich das Verhalten von Autoren wie Kautsky befremdet. Gerade die Vertreter des sich »wissenschaftlich« nennenden Sozialismus bezogen verbissene Positionen, während Bernstein in die Rolle eines allzu bescheidenen, empiristisch-engen, nicht aufs Ganze gehenden Autors gedrängt wurde. Im Grund wollte man die Einheit der Doktrin und des politischen Handelns gewahrt wissen. Bernstein gab ehrlich zu, daß der Sozialismus nicht eschatologisch erwartet werden kann. Als Neukantianer hat er uns auf den heute wieder aktuellen Boden von Kants Schrift *Idee einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht* zurückgeführt. Der Gedanke eines prinzipiell anderen Zustandes ist nur ethisch formulierbar; wir dürfen nicht glauben, wir hätten der Weltgeschichte ihr Gesetz abgelauscht. Wichtig am Revisionismus sind folgende Momente: einmal der empirisch-sozialwissenschaftliche Blick, das Auseinandertreten von Wünschbarem und tatsächlich Erreichtem, schließlich die Überlegung, daß der Historische Materialismus zwar etwas über die materiellen Faktoren aussagen kann, die zu berücksichtigen sind, wenn die Gesellschaft verändert werden soll; daß wir in ihm aber nur ein heuristisches Instrument der Sozial- und Kulturgeschichte besitzen – keinen geschichtsphilosophischen Universal Schlüssel. Ich betrachte deshalb den Begriff »ethischer Sozialismus« nicht als so abwegig, wie es damals jenen erschienen ist, die mit Kautsky sagten, der Marxismus enthalte »kein Gran Ethik«, da die soziale Entwicklung einer naturgeschichtlichen Notwendigkeit gehorche.

NG/FH: Wir erleben mit den Umbrüchen in Ost- und Mitteleuropa etwas wie eine Art intellektuellen Bürgerkriegs; die klassischen politischen Zuordnungsmuster scheinen obsolet, Identitäts- und Utopieverluste werden nicht mehr beklagt wie früher, sondern geradezu beschworen. Erleben wir über die zentrale Kritik der Marx'schen Theorien hinaus nicht momentan auch eine fundamentale Infragestellung aller, das utopische Denken motivierenden Theorien? Wie bewerten Sie das?

Alfred Schmidt: Das sozialistische Experiment

Lenins verstand sich als weltgeschichtlich. Man wollte nicht eine noch unerprobte Art der Sozialreform verwirklichen, vielmehr ging es darum, das Kapitel II – wie es bei einigen Dichtern des Ostens hieß – der Weltgeschichte aufzuschlagen. Wenn auch aus dem politischen Scheitern in Osteuropa nicht unmittelbar hervorgeht, daß die Marxsche Theorie insgesamt überholt ist, so bleibt eines klar: Die Geschichtsphilosophie als Grundlage politischer Aktion ist gescheitert. Diese Idee flammte noch einmal in den späten 60ern auf; aber sie ist kein brauchbarer Ausgangspunkt mehr. Dagegen gilt es, den Begriff des ethischen Sozialismus zumindest wieder diskussionsfähig zu machen.

Das sowjetische Experiment können wir aber auch nicht so betrachten, als ginge es uns theoretisch nichts an. Engels hat in seiner drastischen Art gesagt, der Beweis des Puddings liege im Essen, und wollte damit sagen: das Kriterium der Wahrheit ist die Praxis, und hier hat die historische Praxis fast eines Jahrhunderts gezeigt, daß die Orte von Herrschaft nicht mehr unbedingt verbunden sein müssen mit den juristischen Eigentumstiteln an Produktionsmitteln, obwohl auch das noch mancherorts von Bedeutung sein mag. Die verschiedenen ethischen Entwürfe der Gegenwart leben allesamt vom Scheitern der Geschichtsphilosophie, und deren besonders ausgeprägte Gestalt war das utopische Denken etwa Blochs.

NG/FH: Wir haben in Osteuropa die sogenannte *sanfte* Revolution erlebt, und sie ist nicht unwesentlich auch von Intellektuellen mit beeinflußt und getragen worden. Trotzdem hat man gesehen, daß jene Revolutionäre nicht nur den Sozialismus als politisches System, sondern auch als eine Idee theoretischen Denkens verabschiedet haben.

Alfred Schmidt: Wobei man, von Intellektuellen sprechend, wohl unterscheiden muß. In einer bestimmten Phase, in der der Sozialismus noch reformierbar erschien, haben nicht wenige Intellektuelle, die sogleich mit ihren Regierungen in Konflikt gerieten, den herrschenden Zustand von links kritisiert. Sie wollten nicht den Sozialismus als solchen beseitigt wissen, sondern seine offenkundigen Entstellungen und Verzerrungen; während eine andere Gruppe von Intellektuellen, die nicht mit der eben erwähnten identisch sein muß – denken Sie an Havel – als radikale Demokraten zu bezeichnen wären, weil sie das parlamentarisch-demokratische Denken heute als menschheitlich-zivilisatorische Errungenschaften überhaupt betrachteten, während es bei Marx gelegentlich die Tendenz gibt, die Demokratie als politische Form allzu sehr an den Aufstieg der bürgerlichen

Klasse und die spezifischen Herrschafts- und Machtinteressen des Bürgertums zu knüpfen. Das geht so weit, daß er schon im Frühwerk auf die Menschenrechte, ein wichtiges Ergebnis der Französischen Revolution, nicht eben gut zu sprechen ist, und seine russischen Schüler schon theoretisch mit diesem Begriff sich immer schwer getan haben. Was *sanfte Revolution* genannt wird, entspringt der verspäteten Einsicht, daß Osteuropa den Anschluß an die westliche Zivilisation verpaßt hatte und ein revolutionärer Wandel, der hinter die Errungenschaften von 1789 zurückfällt, nur Schaden bringen kann.

NG/FH: Es wird ja momentan pausenlos über die halbe oder Totalverabschiedung des Sozialismusbegriffs diskutiert; einige akzeptierten ihn nur noch adjektivisch als gesellschaftlichen Tugendkatalog im Sinne von sozialistischen Tugenden, aber nicht mehr als Systembegriff. Eben sind Sie für die Ehrenrettung des alten ethischen Sozialismuskonzeptes Eduard Bernsteins eingetreten . . .

Alfred Schmidt: . . . der verbunden sein muß mit energischen Reformen, sobald sie hier und heute möglich und notwendig sind; das auf jeden Fall, sonst verblaßt der Sozialismus zur kraftlosen Idee; man muß für ihn in seiner praktischen Politik eintreten. Das Scheitern der Geschichtsphilosophie bedeutet nicht zuletzt, daß wir uns von der Abfolge notwendiger, zeitlich aufeinanderfolgender Stadien trennen müssen. Insofern hatten Sie mit dem Wörtchen »adjektivisch« etwas Bemerkenswertes ins Spiel gebracht. Ist Sozialismus noch denkbar als ein in und durch sich selber Bestehendes, als Gesellschaftsform eigenen Rechts konzipierbar – wie Marx das gesehen hat, oder ist »sozialistisch« alles zu nennen, was im Grunde gemeinsam mit ökologischen Erwägungen zur Reform des Bestehenden beiträgt, ohne daß wir den Tag seines Eintretens festlegen könnten. Ist er in dem permanenten Bestreben enthalten, das Bestehende menschengemäßer einzurichten? Die Geschichte selbst hat diese Frage noch nicht endgültig erledigt, in dem Sinn, daß wir sagen könnten, nur der adjektivische Begriff des Sozialismus gilt statt des substantivischen. **NG/FH:** Welche Rückschlüsse können wir also aus den welthistorischen Umbrüchen der beiden letzten Jahre für die sozialdemokratische Theorietradition ziehen: *Erstens:* Hat nicht der abrupte Umsturz wieder einmal gezeigt, wie sehr Walter Benjamins Kritik an der sozialdemokratischen Fortschrittsidee, wie die an dem daraus resultierenden Verständnis von Politik im Sinne von Realpolitik zuzutreffen scheint. Jahrelang hat man im Osten auf das, was Benjamin das *Immerbesserwerden* nennt, gesetzt.



»Die Geschichte hat es noch nicht endgültig erledigt . . .«
Foto: Manfred Prüfer

Oder gilt die Gegenposition: Eduard Bernstein hat auf der ganzen Linie gesiegt, sein sogenannter *demokratischer Optimismus* wie sein positiver Reformismus, sein Rekurs auf die Priorität des *Rechtsgefühls*, wie er in einem Brief an Viktor Adler gesagt hat, seine Einschätzung vom allgemeinen Stimmrecht als der Weltenuhr, wie seine Berufung auf die Bewegung, die ja alles war.

Alfred Schmidt: Benjamins Kritik ist die eines Mannes, der eine messianische Heilerwartung hegt und für den die biedere Reformiererei etwas Subalternes hat, im Grunde auch Verrat an der Sache ist. Benjamin setzt einen Schritt über Marx voraus. Er zielt ab auf ein Eschaton, ein schlechthin Letztes, und spricht daher die Sprache der Theologie.

In der Diskussion »Kant oder Hegel?« war Lenin derjenige, der sich auf die Seite Hegels schlug, in die *Wissenschaft der Logik* vertiefte und damit den Weg vorzeichnete, den seine Politik gehen sollte. Die von Bernstein und Autoren seiner Art analysierte Geschichte des 20. Jahrhunderts hat uns darüber belehrt, daß zu Revolutionen selten ein ausgeglichenes Verhältnis von Mitteln und Zweck gehört. Wir müssen demütiger und bescheidener werden hinsichtlich unserer geschichtlichen Möglichkeiten. Der zweite, von Ihnen skizzierte Weg, den unser Jahrhundert gegangen ist, war weni-

ger glanzvoll. Gestorben sind dabei weniger Begriffe als Menschen.

Rechnen wir mit dem, was Merleau-Ponty die »Ambiguität des historischen Verlaufs« genannt hat. Eine Eindeutigkeit seiner Interpretation ist nicht möglich. Es ist keineswegs so, daß von den Einen offenkundige Tatsachen bestritten, die von den Anderen als evident behauptet werden. Die Tatsachen selber schillern; sie zeigen beides.

DETLEF HORSTER

Politische Verantwortung und Privatsphäre heute

Im antiken Griechenland – namentlich für Aristoteles – war die Moral der Bürger noch Gegenstand der politischen Theorie. Dagegen ist in der Neuzeit – beginnend mit den politischen Theorien von Hobbes und Machiavelli – die Tugend der Bürger nicht mehr von Interesse. Sie wird in den Bereich des Privaten verwiesen. Gegenstand der Politikwissenschaft ist die bestehende soziale Ordnung, die Machtkämpfe in ihr und die Mittel der Machterhaltung. Carlo Schmid interpretiert: »Politik ist für Machiavelli die Summe der Mittel, die nötig sind, um zur Macht zu kommen und sich an der Macht zu halten und um von der Macht den nützlichen Gebrauch zu machen, sei es um Freunde zu gewinnen, sei es um Feinde zu schwächen, sei es um den eigenen Machtbereich zu erweitern.« – Moral und Politik haben seither nicht viel miteinander zu tun. »Die Trennung der Politik von der Ethik ist in Europa endgültig gewesen, obschon immer wieder aristotelische Gegenströmungen auftraten.« (Oskar Negt)

Spannungsfeld Privatsphäre – Öffentlichkeit

Mit dem Moralischen wurde der gesamte Bereich der Kultur ins Private verwiesen, Kultur damit wie selbstverständlich als der Inbegriff des Geistig-Künstlerischen angesehen. Deutsche Geistesgrößen wie Goethe und Schiller empfahlen den Gebildeten das Fernhalten von

der Politik. Später hatte das Fernhalten des Bürgertums handfeste Gründe. Die bürgerliche Ständesniederlage in der Revolution von 1848 und die dem politisch engagierten Bürgertum entgegengebrachte Verachtung läßt die politische Abstinenz »zum selbstverständlichen Verhaltensmuster der Gebildeten« (*Schnädelbach*) werden. Bereits im 18. Jahrhundert war Geist nur noch als Esprit zulässig. Es entstand ein politisches System zu Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, das nicht »den Mut hatte, sich auf das freie Wehen des Geistes zu gründen. Die Politik des Zeitalters der Restauration ging andere Wege« (*Carlo Schmid*). So entstand der Dualismus von Politik und Kultur in Deutschland. »Dem Politischen wurde als höherer Wert das Unpolitische gegenübergestellt ... Indem das Politische Reich wankt, hat sich das geistige immer fester und vollkommener gebildet.« (*Peter Reichel*)

So kann man schon fast zwanglos von einer deutschen Eigenschaft sprechen, die man so formulieren muß: »Wärme und Aufmerksamkeit nach innen, zur Familie, zu den Beziehungsverhältnissen im Privaten hin, zum gemütlichen Binneraum von Gesinnung und Einbildungskraft – Kälte und Gleichgültigkeit nach Außen.« (*O. Negt*) In dem Maße, wie die Kultur auf den Binnenraum des Privaten beschränkt wird und der Gebildete sich von der Politik fernhielt, in selbem Maße verkümmert die Politik. Oskar Negt sprach darum von der »prekären Situation der politischen Kultur in Deutschland«. Eine Folge davon ist die radikale Trennung von innen und außen, von Geist und Macht, von Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Eine andere Folge war, daß die ahnungslosen gebildeten Deutschen den ungebildeten Hitler zum Staatsmann machen konnten. Wie gefährlich aber gebildete Politiker für die von Hitler betriebene Terrorpolitik hätten werden können, wird deutlich in dem von Goebbels überlieferten Ausspruch, wenn der von Kultur reden höre, entsichere er seinen Revolver. Wenn wir die trennenden Kategorien *Politik – Kultur* und *Privatmann – Staatsbürger* so zur Verfügung haben, dürfte es uns nicht schwer fallen, auf unsere bundesrepublikanische Gesellschaft einen analysierenden Blick zu werfen. Wahrscheinlich ist es aber doch nicht so einfach, denn die realen Verhältnisse haben sich in den letzten Jahren radikal verändert.

Unübersichtlichkeiten

Die Ordnung, die sich mit den Gegensatz-Kategorien *Kultur – Politik* und *Privatmann – Staatsbürger* fassen ließ, geriet erstmals zur

Zeit der Studentenbewegung aus den Fugen. Das Parlament als politisches Entscheidungsgremium wurde von innen und außen kritisiert. Von innen durch Vorschläge zur Parlamentsreform, von außen durch die außerparlamentarische Opposition, durch die die Politik mit moralischen Argumenten konfrontiert wurde. Im Zuge dieser Kritik wurde der »Bedeutungsverlust des Parlaments als Zentrum rationaler Willensbildung« (*Ulrich Beck*) erstmals deutlich. Von Parlamentariern wurde die Auffassung vertreten, daß durch eine Parlamentsreform Abhilfe zu schaffen sei. Die außerparlamentarische Opposition hatte – inzwischen durch das Studium der Marxschen *Kritik der Politischen Ökonomie* aufgeklärt – erkannt, daß das Parlament nur noch das Etikett *Instrument der demokratischen Willensbildung* trug. Heute gilt in viel breiteren Kreisen: Politik wird in den Chefetagen von Industriebetrieben gemacht. Das Politische ist unpolitisch geworden und das Unpolitische politisch. Eine sich selbst als unpolitisch verstehende Wissenschaft arbeitet am Fortschritt weiter. Was die Wissenschaftler treiben, ist anscheinend der ungestillte Forscherdrang, der sie immer weiter in die Genstrukturen vordringen läßt, bis sie sich gänzlich darin verlieren. »Man kann zum Fortschritt zwar nein sagen, aber das ändert nichts an seinem Vollzug. Er ist der Blankoscheck auf Vollzug jenseits von Zustimmung oder Ablehnung.« (*Beck*) Wer sollte hier auch zustimmen oder ablehnen? Die Überlebensfragen eines Betriebes und das Entdecken in der Forschung sind politisch nicht ratifizierbar. Die Entscheidung politisch brisanter Fragen liegt im nicht-politischen Bereich. Diese Entscheidungen sind insofern politisch, als sie die Gestaltung des Lebens aller vergesellschafteten Menschen betreffen, denn Wirtschaft und Wissenschaft lösen Folgen aus, die von allgemeiner politischer Brisanz sind. Für die Folgen soll die Regierung aber geradestehen, denn sie hat ja für den Bürger Verantwortung. Meist wird – wie nach Tschernobyl – die Gefahr bagatellisiert. Auf diese Weise kommen Politiker in der Regel ihrer Verantwortung nach.

Stellen wir fest, daß nicht mehr genau bestimmt werden kann, was Politik ist und wo Politik gemacht wird, müssen wir weiterhin sehen, daß noch mehr durcheinander ist. Waren die Fronten einstmals klar: Wissenschaft und Moral, ebenso wie Politik und Kultur je auf einer Seite, so sehen wir, daß auch dieses Kategorienschema zur Gesellschaftsanalyse nicht mehr viel hergibt. Wissenschaftler und Politiker bedienen sich inzwischen moralischer Argumente, um sich zu verteidigen. Fordern die

Kernkraftgegner die Schließung von Atomanlagen, so wird ihnen von den Betreibern vorgeworfen, sie seien unmoralisch, ob sie denn nicht daran dächten, daß damit eine große Anzahl von Menschen arbeitslos würde. Politiker schelten die Atomkraftgegner unmoralisch, weil sie eine Angsthysterie erzeugten: Ob man sich denn nicht schäme, die Bevölkerung in Angst zu treiben. – Wurde früher von Politik und Wirtschaftsvertretern mit Zahlen argumentiert, so haben die Kernkraftgegner heute Wissenschaftler auf ihrer Seite, die mit Zahlen untermauerten rationalen Argumenten aufzutreten wissen.

War auch die kategoriale Gegenüberstellung von Privatmann und Staatsbürger einstmals klar, so stellt sich jetzt die Frage, ob diese Kategorien analytisch noch viel hergeben. Bleiben wir bei den Kernkraftauseinandersetzungen. Die Partner der Auseinandersetzung Wirtschaft und Politik können ihre Konflikte nicht mehr miteinander austragen. Konflikte werden am Bauzaun ausgetragen zwischen Kernkraftgegnern und Staatsgewalt. Die eigentlichen Auseinandersetzungspartner werden auf die *Zuschauertribüne* verbannt. Hieran wird das wachsende Interesse der bisherigen Privatleute an politischer Partizipation deutlich. Wenn die Nachricht von krebserzeugenden Chemikalien in Lebensmitteln zu vernehmen ist, werden die Produkte nicht mehr gekauft. So nimmt der Privatmann Einfluß auf die Wirtschaft. Die größere Entscheidungsfreudigkeit auf dem Gebiet der Partnerschaft (Zusammenleben ohne Tauschein, Gründung von Kinderläden, Entscheidung über die Kinderzahl, die Nichtgebundenheit der Sexualität an die Ehe) nimmt Einfluß auf viele Bereiche der Sozialpolitik. Wir sehen an dieser veränderten politischen Landschaft noch mehr. Die Folgen dieser Fortschrittspolitik in Wissenschaft und Wirtschaft treffen uns bis in den privaten Bereich. Und die klare Trennung von innen und außen ist nicht mehr gewährleistet. Wir können uns nicht mehr hinter den Zaun der Privatheit verkriechen und dann die Illusion haben, geschützt zu sein. Nicht nur der Krieg – wie noch Max Weber und Carl Schmitt feststellten – betrifft die Privatheit, sondern auch das Atomkraftwerk und das Gift in den Lebensmitteln reicht in jede Wohnstube: Ein erster Hinweis, daß die politischen Verhältnisse auch die Fronten von Gesinnungs- und Verantwortungsethik aufweichen, worauf ich noch zurückkommen werde.

Das gesamte Kategoriensystem ist durcheinander, die Lage ist »objektiv unübersichtlich« (*Habermas*) geworden. Der Sozialwissenschaftler ist verunsichert, ihm fehlen die kate-

gorialen Leitlinien. Aber auch der Privatmann ist unsicher, auch ihm sind die Verhaltensleitlinien abhanden gekommen. Wurde noch *vor* Tschernobyl für eine gesunde und natürliche Ernährung plädiert, wurde *nach* Tschernobyl von denselben Leuten aufgefördert, »Gemüse nur noch aus Konserven zu essen. Das Gütesiegel, nach dem Eier von freischarrenden Hennen stammen, galt plötzlich als Warnsignal, kam einer Totenkopfplakette gleich. Gefragt waren Produkte aus tierschindenden Legebatterien.« (U. Beck)

Ohne Empfehlungen von Fachleuten und ohne Leitlinien als Antwort auf die Sinnfrage kommt der einzelne in unserer Gesellschaft nicht zurecht. Nachdem die Religion ihre synthetisierende Kraft verloren hatte, setzte die Aufklärung aber auf das Individuum. »Habe Mut, dich deines *eigenen* Verstandes zu bedienen!«, forderte Kant seine Zeitgenossen auf. Das hieß Selbstbewußtsein, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. In einer kapitalistischen Gesellschaft sind diese Ziele allerdings so verstanden und umdefiniert worden: Bestimmtes Auftreten, Durchsetzung und Erfolg. Dahinter verbarg sich eine Unsicherheit, die durch den Konkurrenzkampf auf ökonomischer wie psychischer Ebene verstärkt wurde. Deshalb

brauchte der einzelne – nachdem ihm die religiöse Orientierung genommen war – andere Orientierungen von außen. Dies lief der ursprünglichen Absicht der Aufklärer, die auf *Selbstbestimmung* setzten, entgegen. Diese Unsicherheit ist heute weit verbreitet. Sie ist umso mehr verbreitet, als nach den Protesten der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik – aber nicht nur hier – die Arbeitslosigkeit in immer höheren Quotierungen aufkam. Später zeigte sich auch den Vertretern der APO, daß die erklärungsbedürftigen Hintergründe komplexer, ja unübersichtlicher waren. Der Privatmann kann sich nicht mehr auf Empfehlungen verlassen und der Wissenschaftler nicht mehr auf das hergebrachte Kategoriensystem. Das ist die Lage heute.

Neue Chancen

Gesinnungstechnisch orientierte Menschen konnten sich immer darauf berufen, daß sie mit den Folgen ihres Handelns nicht zu tun hatten, denn sie handelten nach ihren Prinzipien und hatten diese zu bedenken, sonst nichts. Das »Zeitalter der Ausrede ist vorbei«. (U. Beck) Man kann das auch so ausdrücken: »Verantwortungsethik gehört heute zu den wesent-

Politische Verantwortung? Ex-Stadtverordneter Manfred Zieran (Frankfurt) und Ex-MdB Jo Müller (Hamburg) prügeln sich auf dem Parteitag der GRÜNEN in Neumünster

Foto: JOKER/L. Schmidt



lichen Merkmalen einer politischen Kultur. Sie enthält den verantwortungsbewußten Gestaltungswillen für das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben.« (*O. Negt*)

Nur in der Kommunikationsgemeinschaft kann der einzelne Verantwortung übernehmen. Und dennoch – oder gerade deshalb – lastet auf jedem einzelnen ein solcher *Verantwortungsdruck*, wie es ihn in der Geschichte nie vorher gegeben hat. Diese Verantwortung hat der einzelne schon längst auf sich genommen. Er übernimmt beispielsweise Verantwortung, wenn er den anderen als Ökologiesünder kritisiert, indem er ihn fragt, ob er denn nicht wüßte, welche Folgen das Treibgas in der eben benutzten Sprühdose habe, oder ob es denn sein müßte, daß er für diese kurze Strecke sein Auto in Gang setzt. Dies ist ein Stück mehr an Sozialkontrolle, das das Aufweichen der Kategorien von innen und außen, von Privatmann und Staatsbürger, kennzeichnet. Diese Aufweichung hatte ich weiter oben schon deutlich gemacht an den Beispielen der Auseinandersetzung um die Kernkraftwerke, der Nachrichten über krebserzeugende Chemikalien und der Beeinflussung der Sozialpolitik durch die unabhängige Gestaltung des Privatbereiches.

Moralische Argumente in Wissenschaft und Politik erlangen zusehends Geltung, Politik und Kultur durchdringen sich. Politik wird nicht nur in den Bereichen gemacht, die für sie ehemals vorgesehen waren. Es beunruhigt die Parteipolitiker, daß die Zahl der Wechselwähler ansteigt. Politik wird weitgehend von den Medien gemacht, wodurch sich die Politiker aufgescheucht fühlen. Von *Pressekampagnen* ist dann die Rede. Bürgerinitiativen, Nachbarschaftsorganisationen, neue soziale Bewegungen machen Politik und verändern die gesellschaftliche Landschaft. Die offizielle Politik regiert daran vorbei. Die politischen Institutionen werden noch bedeutungsloser werden, wenn sie diese neuen politischen Bewegungen nicht wahrnehmen, wenn sie ihre sowieso schon bestehende Realitätsferne vergrößern.

Somit ist ein Ineinandergreifen von Privatem und Politischem, von Gesinnung und Verantwortung, von Moral und Politik, von Moral, Wissenschaft und Technik, ja letztlich von praktischem und theoretischem Vernunftmoment festgestellt. Vielleicht befindet sich unsere Gesellschaft noch in einem Übergangsstadium, in welchem gefordert werden muß, daß die bestehenden politischen Institutionen »gegenüber den zweckorientierten Ergebnissen radikal-demokratischer Willensbildung hinreichend empfindlich« (*J. Habermas*) werden sollten. Sie sollten sie als Signale so ernst nehmen

wie Wahltermine. Dies bedeutet, daß die Partizipation der einzelnen, die bisher schon sichtbar ist, verstärkt werden muß. Dies bedeutet weiter, daß die Einwirkungs- und Mitwirkungsrechte der Bürger vermehrt werden und auch rechtlich festgeschrieben werden müssen, denn eine neue politische Ordnung bedarf auch eines gerechteren Rechts. Das bedeutet ferner, daß das Vertrauen in die *eigene* Kultur gestärkt werden muß, damit nicht der Eindruck verstärkt wird, daß Rettung nur noch möglich ist durch die Hinwendung zu *fremden* Kulturen. Es muß überdies stärker darauf hingewiesen werden, daß Verantwortung gemeinsam übernommen werden muß, denn das Wesentliche der gegenwärtigen politischen Veränderung ist, daß der Privatbürger den Staatsbürger immer mehr in sich zurücknimmt, ganz im Sinne von Marx, der 1843 sagte: »Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, *Gattungswesen* geworden ist, erst wenn der Mensch seine »forces propres« als *gesellschaftliche* Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.«

Dieser Text ist die gekürzte Fassung einer Zusammenstellung von verschiedenen Vorträgen, die der Autor seit 1988 gehalten hat.

Unvergleichliches nicht gleichsetzen!

Replik auf das Mai-Editorial

Fast ein halbes Jahr polemisieren Sudetendeutsche gegen einen Leserbrief von mir in den Spalten der FAZ. Ich hatte mir erlaubt, darauf hinzuweisen, daß zwischen der Verfolgung, Vertreibung und schließlich Tötung der Juden durch das *Dritte Reich* und der Vertreibung der Sudetendeutschen aus der tschechoslowakischen Republik ein beträchtlicher Unterschied besteht und daß es absolut unzulässig ist, beide Vertreibungen gleichzusetzen. Nur die wenigsten Briefschreiber gingen auf dieses Argument ein, sondern betonten lediglich das Ausmaß der Verfolgung und die zahlreichen Gewalttätigkeiten, die dabei vorgekommen waren. Mein Hauptargument war, daß zwar nicht die gewaltsame Vertreibung, wohl aber die Umsiedlung der sudetendeutschen Bevölkerung mit einigen triftigen Argumenten auch von den westlichen Alliierten gefordert worden sei. Diese Argumente finden sich u. a. in dem Bericht einer »Studiengruppe des Chatham House«, der noch vor Kriegsende englisch publiziert wurde (deutsch im Europaverlag Zürich 1945). Dort heißt es: »Um das Vorhandensein einer illoyalen Bevölkerungsgruppe zu vermeiden, ist fast mit Sicherheit die Forderung nach Aussiedlung der deutschen Einwohnerschaft aus dem strittigen Gebiet zu erwarten. Hitlers ins Riesenhafte gehende Entwurzelungen menschlicher Gemeinschaften würden allen deutschen Protesten viel von ihrer Wirkung nehmen . . .« Nachdem dann auf die damit womöglich entstehende Gefahr eines »gesteigerten deutschen Angriffswillens« hingewiesen wurde, diskutierten die Verfasser einen Volksentscheid »ohne Rücksicht auf die Zusammenarbeit mit seinen (Deutschlands) Nachbarn«, der »im Zweifelsfall zugunsten Deutschlands« fallen würde. Schließlich nennen die Autoren das »Aussieben gemischter Bevölkerungsgruppen« und die »Besetzung strategischer Stützpunkte durch die Vereinten Nationen« im Interesse der Sicherheit. Der außerordentlich faire Bericht von Chatham House wird hier nur zitiert, weil er verdeutlicht, worin der wesentliche Unterschied zwischen der sudetendeutschen Bevölkerung und den deutschen Juden, die von den Nazis diskriminiert und verfolgt wurden, bestand. Mit ihrer massenhaften Gefolgschaft gegenüber der »sudetendeutschen Volkspartei«

(die sich bis zum Verbot des Namens offen »nationalsozialistisch« nannte) haben sie zweifellos zur Abtretung der seit Jahrhunderten zum böhmischen Gebiet gehörenden Randgebiete und letztlich zum Untergang der tschechoslowakischen Republik beigetragen, die – nebenbei bemerkt – seit 1933 gegenüber deutschen Sozialdemokraten ein gastfreundliches demokratisches Asylland war.

Wenn jetzt Peter Glotz meint, durch mein »Verständnis« für die Aussiedlung (nicht freilich die gewaltsame Vertreibung) hätte ich Saddams Verfolgung der Kurden ein gutes Gewissen gemacht, fügt er zu der unangemessenen Gleichsetzung, gegen die ich mich zur Wehr gesetzt hatte, eine zweite ebenso grotesk verfehlte hinzu. Haben denn etwa die im Irak lebenden Kurden den Anschluß ihres Gebietes an ein faschistisches, militärisch bedrohlich starkes Nachbarland gefordert? Ohne die Fähigkeit zur Unterscheidung häufen wir notwendig Irrtümer auf Irrtümer.

Vielleicht sollte ich ein Wort zum »Münchener Abkommen« hinzufügen. Wahrscheinlich spielte bei der Bereitschaft der westlichen Alliierten, die Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung zuzulassen, auch ihr schlechtes Gewissen wegen ihrer Zustimmung zur Teilung der Tschechoslowakei eine Rolle. Umgekehrt war jahrelang die Beurteilung dieser erpreßten »Versöhnung«, die der diplomatische Faschist Mussolini dem kriegslüsternden Verbündeten Hitler und den pazifistischen Westmächten aufgezwungen hatte, ein Streitpunkt zwischen der Bundesrepublik und ihren Verbündeten.

So komplex auch die Geschichte sein mag, die zum Verfall der tschechisch-deutschen Kooperation in den ersten Jahren der jungen Republik geführt hat, die Tatsache, daß dabei auch die Sudetendeutschen (freilich nicht sie alleine) eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben, kann niemand ernsthaft in Abrede stellen. Deutsche Sozialdemokraten übrigens am wenigsten, waren sie es doch, die zuvor einen gewichtigen Beitrag zur Kooperation im Vielvölkerstaat geleistet hatten.

Schlimm ist an einer Darstellung der Vorgeschichte der (in der Tat brutalen und grausamen Vertreibung der Sudetendeutschen) durch Peter Glotz und andere (meist professionelle

Vertriebenen-Vertreter), daß sie nur einen *Teil* der Vorgeschichte hervorhebt. Es gab aber vor der Gründung des tschechoslowakischen Vielvölkerstaates den österreich-ungarischen und vor tschechischer Intoleranz deutsch-österreichische, vor allem aber gab es auch die Jahre 1938 bis 1945, von denen in solchen apologetischen und einseitigen Darstellungen gar nicht die Rede ist. Gewiß, es gelang offenbar der politischen Klasse des neu gegründeten Staates nicht, eine akzeptable Minderheitenpolitik zu realisieren, aber ist das vielleicht ihren Vorgängern oder gar der Nazierrschaft im »Reichsprotectorat« und im »angeschlossenen« Gebiet gelungen? Hier wird mit zweierlei Maßstab gemessen, und ich bin immer noch der Meinung, daß es richtig ist, den Balken im eignen Auge nicht ganz zu übersehen.

RENE WEILAND

Rumor und Revision

»Enttabuisierungen« im MERKUR

In gesellschaftlichen Umbruchzeiten mag es opportunistisch sein, an Tabus zu rühren, bislang geltende Wahrheiten der Revision zu unterziehen. Bedarf, vor allem im Osten Europas, besteht: Die Zukunft ist ungewiß, die Vergangenheit desavouiert, während die Gegenwart, als *unendlicher Übergang*, alles Gegenwärtige verschlingt. Soll indes die angestrenzte Umschreibung der Geschichte zugleich geschichtlicher Versöhnung dienen, der in der Geschichte je waltende Wiederholungszwang durchbrochen werden, so sind weniger geschichtsphilosophische Umdeutungen als eine Besinnung auf gewisse moralische *conditiones sine qua non* geboten.

Ausschluß und Parallelisierung

Wieviel ambivalente Ungereimtheit mithin Revisionen in rein spekulativer Absicht transportieren, zeigen gleichermaßen deren *linke* wie *rechte* Spielarten. So, wenn Detlev Claussen in seinem Buch *Grenzen der Aufklärung* (1987), an Optionen Adornos anknüpfend, lediglich den Vertretern der *Kritischen Theorie* die Eignung zugeschrieben hat, aus Auschwitz die

entsprechend philosophisch-gesellschaftlichen Schlüsse zu ziehen; und dies, *weil* sie nicht direkt Betroffene waren, frei, statt von der nackten Unrechts-Erfahrung von einer *Erfahrung des Bewußtseins* zu zeugen. Die unmittelbare Betroffenheit des »Augenzeugen« gilt Claussen als bloß »im gemeinen Menschenverstand fetischisierte Bedingung von Wahrheit«, welche außer Kraft gesetzt gehört. Dagegen befähige der einstige geographische Abstand Adornos wie der historische seiner Nachfahren dazu, »die historisch-gesellschaftliche Dynamik zu entschlüsseln, die zu Auschwitz geführt hat«.

Verkehrt Claussen derart die moralisch-politischen Maßstäbe in Hinblick auf die Stiftung einer *bewußten Tradition* unter dem Patronat der Frankfurter Schule, so hat Ernst Nolte *philosophische Geschichtsschreibung* durchaus Komplementäres im Visier: nämlich die Verhandlung des Holocausts in *objektiv-dialektischer* Perspektive, hier innerhalb eines Täter-Opfer-Parallelogramms. Eine Gleichgewichtung, die ihm denn auch 1986, in dem berühmten-berühmten Artikel *Vergangenheit, die nicht vergehen will*, zu konstatieren erlaubt, daß die Rede von der Schuld der Deutschen allzu geflüssentlich die Ähnlichkeit mit der Rede von der Schuld der Juden übersehe, »die ein Hauptargument der Nationalsozialisten war«.

Gleichermaßen machen beiderlei Revisionen, bei aller weltanschaulichen Differenz, proportional zu ihrem geschichtsphilosophischen Tief- und kulturkritischen Scharfsinn zunehmend empfindlich gegen vergleichsweise simple moralische Grundeinsichten. Etwa, daß es, mit Sokrates zu reden, zweierlei sei, Unrecht zu tun und Unrecht zu erleiden; daß Täter und Opfer mithin in einem Verhältnis fundamentaler Asymmetrie zueinander stehen, die nur um den Preis moralischer Sklerose durch Analogie und Dialektik eingeholt und »verständlich« gemacht werden kann. »Den dialektischen Den Kern«, schreibt denn auch Jean Améry, Insasse von sechs Konzentrationslagern, in einer Entgegnung auf Theodor W. Adornos *Negativer Dialektik*, »sitzt allerwegen die Furcht vor der Banalität im Nacken – etwa der Banalität, Opfer Opfer und Quäler Quäler sein zu lassen, wie sie es beide waren, als geschlachtet wurde«.

Die »Rolle« der Juden

In einem Klima zunehmender Diffusion im Zuge der politischen Umstrukturierung in Europa – einer neuerlichen *Gründerkrise* in Deutschland und verstärkter Pogrombereitschaft in der Sowjetunion – ist es *Sonja Margolina*, angesichts des Exodus sowjetischer Juden

nach Deutschland, um eine freiere Diskussion und Enttabuisierung der »Judenfrage« zu tun; darum, daß in Deutschland und in der Sowjetunion auch bezüglich dieser Problematik endlich die »normale Sehkraft« wiederhergestellt werde. (vgl. MERKUR, Februar 1991 (Nr. 503)) Wobei sie sich einer *komplementaristischen* Argumentation bedient: So sehr in der Sowjetunion die Vorstellung gepflegt werde, in den Konzentrationslagern seien statt Juden zuvorderst Kriegsgefangene vergast worden (wie das Mahnmal von Babij Jar ausschließlich an dort ermordete *Sowjetbürger* gemahne), so wenig Wahrheit sei auf der anderen Seite über die Rolle der Juden in der russischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus zu erfahren. Obwohl Sonja Margolina diese zweifache Verdrängung als der Verlogenheit sowjetischer Geschichtsschreibung konstitutiv beschreibt, wird sie selber die anfängliche methodologische Gegenüberstellung der Verlogenheiten im Fortgang ihrer Argumentation aufgeben zugunsten einer prinzipielleren Reflexion über die Rolle der Juden in der neueren russischen Geschichte; eine Rolle, auf die die rechtsnationalistische *Pamjat*-Bewegung, wie sie sagt, ganz zwangsläufig hinweise, während sich die »fortschrittliche Öffentlichkeit« nur wenig darum zu kümmern scheine.

Aus Gründen der Diskriminierung im zaristischen Rußland, rekapituliert sie, war der Anteil der Juden in den revolutionären linksradikalen Parteien überproportional groß gewesen; von daher habe sich in der russischen Revolution die Befreiung der Bauern mit dem vitalen Interesse jüdischer Emanzipation verbunden. Dieser, so Margolina, widernatürliche und kurzlebige *Bund von Shtetl und Dorf* wird denn die spätere Liquidierung des Bürgertums und das Erlöschen der Städte verantworten, wie auf der anderen Seite die einst diskriminierten Juden fortan, als in die sozialistische Planungs- und Verteilungshierarchie aufgestiegenen *nouveaux riches*, den *Adel des neuen Regimes* verkörpern werden. Wobei sie auf die These Boris Paramonows verweist, nach der die Bolschewiki den Juden vorsätzlich die Rolle *sozialistischer Plantagenbesitzer* zugewiesen hätten und diese seither einstünden für die Prinzipien der Rationalisierung und Organisation in dem technokratischen Utopismus Leninscher Prägung.

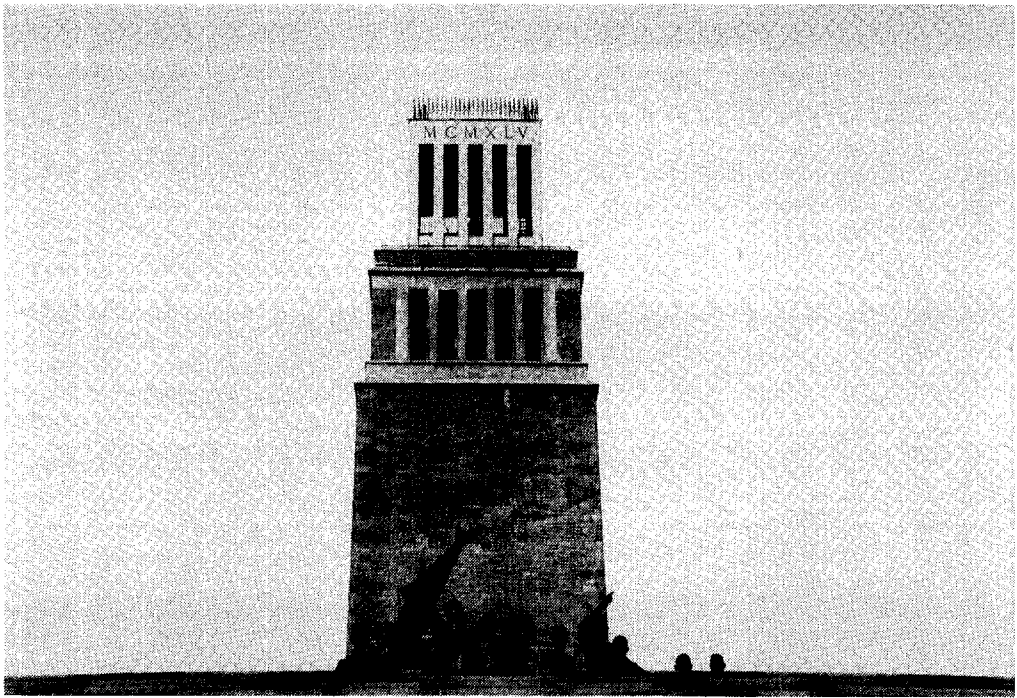
Sonja Margolina nun scheint eigens dieser typisierenden Gleichsetzung von Jude und revolutionärem Terrorismus bzw. sozialistischem Funktionär Plausibilität abzugewinnen, wenn sie den Juden, etwa in der Figur des Kommissars »mit Lederjacke und Mauserpistole, nicht

selten ein gebrochenes Russisch sprechend«, als Repräsentanten der neuen, fremden Macht beschreibt. Derart in die Domäne des abendländischen Verschwörermythos par excellence vorgedrungen, wird sie sich in ihren Betrachtungen über Revolution und *Judenfrage* denn auch vornehmlich auf literarische Quellen stützen: Zeugnisse, die die imaginative Gleichsetzung von Jude und Revolutionär metaphorisch ausweiden, anstatt einmal, umgekehrt, die Rolle der Juden für die eigenen politische Wahrnehmung zu hinterfragen. Vielleicht erwiese sich dann die *Judenfrage* als Reflex einer Projektion, eines antimodernen Ressentiments, das seinerseits mehr der demontierenden Aufklärung als seiner imaginativen Übercodierung bedarf. Sonja Margolina hingegen bewegt sich zuvorderst in der Auto-Referenz solcher – literarischen – Übercodierungen, wenn sie im Juden jenen *Typus* des revolutionären Terroristen und sozialistischen Funktionärs zu ermitteln sucht, der, als Verkörperung des Fremden schlechthin, die Ansprüche moralischer Universalität in die Gesellschaft *hineingetragen* hat und mithin für jedwede Entfremdungstendenzen innerhalb dieser Gesellschaft verschwörer-mäßig entsteht.

Sie schreibt: »Die jüdische Emanzipation war widersprüchlich: Eine jahrhundertlang gedemütigte und unterdrückte Minderheit war plötzlich in den Wirbel der Geschichte hineingekrisen. Viele Ereignisse, unter anderem die Verbrechen des Parteiapparats und der Strafjustiz, sind mit dem Namen hochgestellter Juden verbunden. Auf der Anklagebank in einem Prozeß gegen die stalinistischen Verbrecher würden fast ausschließlich Personen nicht-russischer Herkunft sitzen.« Daher auch die Unfähigkeit, diese Probleme in der Sowjetunion frei zu diskutieren – zumal der wachsende Antisemitismus die Juden in jene Position der Opfer treibe, die sie als unfähig erscheinen lassen soll, »Verantwortung auch für die zu übernehmen, die Täter geworden sind, und an der Aufarbeitung der widersprüchlichen und grausamen Sowjetgeschichte mitzuwirken«. Auch hier: Die Parallelisierung von Tätern und Opfern in Hinblick auf ein Drittes (die Sowjetgeschichte) nivelliert die grundsätzliche Differenz von Täter und Opfer, *opfert* sie.

Umdeutung als Regression

Wenn Sonja Margolina einen 1990 in der Moskauer Zeitschrift GLASNOST erschienenen Artikel, in dem der Autor, wie sie paraphrasiert, »die Neigung der jüdischen Massen zum Marxismus, ihre besondere Rolle in den ersten 20



KZ Buchenwald

Foto: JOKER/Rainer Steußloff

Jahren nach der Revolution« hervorhebt, als »ein Plädoyer für die öffentliche Aufkündigung eines Tabus, für die gemeinsame Suche nach einer Lösung der jüdischen Frage« anpreist, dann bekommt man eine Idee davon, worauf eine derartige Enttabuisierung, aufs Nachkriegsdeutschland angewandt, hinauslaufen soll. So sei in Deutschland, wie sie schreibt, »Jude zu sein« und »Judophiler« zu sein, eine Art von Beruf geworden. Der Beruf braucht einen Markt. Der Markt heißt »schlechtes deutsches Gewissen«. Angeboten werden talentlose Bücher, zahlreiche Anne Franks in kitschigen Kopien, endlose Serien über die Leiden der Juden. Die preiswerte KZ-Reise ist ein richtiger Begriff für die heutige Ästhetisierung der »Endlösung« in den bundesrepublikanischen Medien.« Des weiteren führt sie die abstrakte Klage, Auschwitz sei zu einem *ontologischen Begriff* geworden, zum *teleologischen Zentrum Nachkriegseuropas*, von dem aus *moralisch gerechtfertigt und moralisch verdammt* werde. Sie mag recht haben. Wenn sie aber recht hätte, dürfte sie dann ihrerseits Auschwitz für eine Gegen-Instrumentalisierung indienstnehmen?

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, daß die durch Adorno gesellschaftsfähig gemachte

Wendung *nach Auschwitz* zu einer für deutsche Linksintellektuelle identitätsbildenden Denkfigur (im Claussenschen Sinne *bewußter Tradition*) werden konnte. 1967 veröffentlichte Jean Améry im MERKUR erwähnte Entgegnung auf die mit jener Formel kapriolenhaft hantierenden *Negativen Dialektik* Theodor W. Adornos, in der er, Améry, auf die Mißlichkeit für den leider Getroffenen hinwies, mitanzusehen, daß »wieder einmal Auschwitz herhalten muß, ein dialektisches Exerzitium zu inspirieren«. Der resignierende Einwand Amérys blieb von Adorno und dem gesamten Umkreis Kritischer Theorie unbeantwortet; ja, er fand, ob schon an prominenter Stelle veröffentlicht, nicht einmal Erwähnung in der 70 Buchseiten umfassenden Adorno-Biographie René Görzens aus dem Jahre 1983.

Die Nachfahren der Täter-Generation haben sich derart, über eine gleichermaßen bußwie eilfertige Identifikation mit dem Opfer, eine *kritische Identität* erschlichen. Eine Identifikation, deren letztlich Frivolität Günter Grass in jenem denkwürdigen Fernsehgespräch mit Rudolf Augstein zum Ausdruck brachte, als er dekretierte, die Deutschen hätten sich selber in Auschwitz *erkannt*, und so den Namen Auschwitz der *deutschen* Identität zuschlug. Mit dieser Mentalität will Sonja Margolina, so

scheint es, aufräumen. Aber sie tut dies ohne die dafür nötige begriffliche Intelligenz und Scham. Wäre es ihr, im Sinne geschichtlicher Versöhnung, wirklich ernst gewesen mit der von ihr angestregten *Umdeutung* – und die ist fürwahr jederzeit geboten –, dann hätte sie zu verhindern gewußt, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Sie wäre nicht auf den *altbewährten* verschwörungstheoretischen Rumor (dessen antikapitalistisch-kommunistisches Komplement – *Wucherjude* – sie bei allem Komplementarismus unberücksichtigt läßt) zurückgefallen.

GÜNTER KUNERT

Neues zur Mausoleums-Frage

Falls sich angesichts einer bestimmten Metaphorik bei Debatten auf deren Intensität schließen läßt, muß man annehmen, daß – da in russischen Zeitungen ein *hitziger* Streit *entbrannte*, der manche Beteiligten zur *Weißglut* brachte – der Gegenstand eben dieses Streites die Gemüter enorm bewegte. Kurz gesagt: Es ging um ein Preisausschreiben der PRAWDA, die den besten Vorschlag, die Zukunft des Lenin-Mausoleums betreffend, mit hundert Dollar zu honorieren versprochen hatte, wobei der Rechtsweg natürlich ausgeschlossen blieb und eine Beteiligung der Redakteure oder ihrer Familienangehörigen untersagt war. Wöchentlich wurden über Spalten hinweg Leser-Einfälle veröffentlicht, zum Teil ganz unpraktikable, so daß die unabhängige Jury es nach Einsendeschluß für fast unmöglich befand, einen der Vorschläge auszuzeichnen. Und nur durch einen kleinen Trick gelang es ihr, den Preis doch noch zu vergeben, indem sie einstimmig beschloß, den Poststempel eines nach dem Stichtag eingetroffenen Briefes nicht deutlich genug entschüsseln zu können: Man einigte sich auf die Annahme, der Brief sei rechtzeitig abgesandt worden. Denn was er enthielt, ließ sich auf einfachste, und dem Geist Lenins adäquate Weise verwirklichen: Man solle, schrieb der Teilnehmer, künftigen Besuchern des Mausoleums gestatten, sich selber wie Lenin vorzu-

kommen, indem jeder in dem berühmten Glas-sarg Platz nehmen und sich in der allseits bekannten Pose fotografieren lassen dürfe. »Ich erinnere an das Lenin-Wort«, schrieb der präsumtive Sieger, »daß auch eine Köchin den Staat müsse regieren können!« Und er fuhr fort: Da gegenwärtig jedoch niemand die Verantwortung für die Sowjetunion übernehmen wolle, also weder die Köchin noch sonst ein Durchschnittsbürger zum Regieren bereit sei, würde man dennoch das ideale Testament des genialen Führers realisieren, indem es jedem gestattet würde, sich an dessen Stelle zu versetzen, ohne zugleich die damit verbundenen Schwierigkeiten und Probleme auf sich nehmen zu müssen. »Jeder kann Lenin werden«, stand in dem Brief, »und kann doch er selber bleiben. Legt man dem Vorgang die von deutschen Wissenschaftlern entwickelte (und verifizierte) These zugrunde, daß Kleider Leute machen, wie erst muß das Platznehmen anstelle Lenins den Mausoleumsbesucher beeinflussen!« Die Echtheit der Kulisse bürge für eine Atmosphäre, der sich keiner entziehen könnte: Das Erhabene und Geheimnisvolle, das Geschichtliche und Weltdurchwirkende, was diese Stelle berge, würde zwangsläufig den kurzfristig zugelassenen Stellvertreter infiltrieren und ihm das einstige Versprechen der Herrschaftsteilhabe als eingelöst erscheinen lassen. Zugleich eröffne sich auf diesem Wege eine enorme Einnahmequelle, wenn man bedenke, wie heute schon der Zustrom der Neugierigen sei. Und das Schreiben schloß mit einem Postscriptum: »Drei Rubel wären als Eintrittsgeld wohl angebracht, inklusive der Fotografie, welche der Besucher als Beweis für seine Leninschaft anschließend überreich bekäme.« Wolle man die Einnahmen steigern, müsse man natürlich in allen größeren Städten Lenin-Mausoleen errichten oder sogar transportable entwickeln, um auch die fernen Völkerschaften an diesem ganz individuellen historischen Ereignis teilhaben zu lassen.

Mit dem Preis übersandte man dem Preisträger auch eine Einladung in die Redaktion, um ihn zu interviewen und für die Titelseite abzulichten, doch er erschien nicht, und seine Adresse erwies sich wenig später als Deckadresse. Mag sein, daß ihm das Ideal des anonymen Wohltäters vorschwebte, mag sein, daß er Öffentlichkeitsscheu war – jedenfalls bekam ihn nie jemand zu Gesicht. Was alle Redakteure der PRAWDA bedauerten, bis auf einen, der schon drei Tage nach der Preisverleihung in einem importierten italienischen Anzug auftauchte, der ihm bei allen Sekretärinnen Bewunderung eintrug.

SUSANNE MILLER

Kockas sozialgeschichtlicher Wurf

Ein großes Projekt ist im Entstehen: eine elfbändige Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Untergang der Weimarer Republik, herausgegeben von Gerhard A. Ritter, verfaßt von Jürgen Kocka, Gerhard A. Ritter, Klaus Tenfelde und Heinrich August Winkler. Von 1984 bis 1987 veröffentlichte der Bonner J. H. W. Dietz Verlag Winklers drei Bände zur Weimarer Republik, die seit ihrem Erscheinen als Standardwerke gelten. Nun liegt der Anfang der Reihe mit den beiden Büchern von Jürgen Kocka vor, dessen meisterhafte Darstellung die das Gesamtwerk prägende Orientierung an den Prinzipien der Historischen Sozialwissenschaft anzeigt. Kockas Charakterisierung, daß dieser methodische Zugang Struktur- und Prozeßgeschichte betone, analytisch vorgehe, theoretische Zugriffe wie das Klassenbildungsmodell benutze, argumentiere statt zu erzählen, könnte den Eindruck erwecken, daß wir es hier mit trockenen, abstrakten, nur für Fachleute aufschlußreichen Abhandlungen zu tun haben. Der Eindruck wäre falsch! Es ist dem Verfasser gelungen, den Blick auf seine grundsätzlichen, in politischen Grundproblemen der Gegenwart verankerten Fragen stets zu behalten und dabei sein durch Fülle und Aussagekraft beeindruckendes Material anschaulich und fesselnd zu präsentieren.

Im ersten Band, der sich mit der Situation zu Beginn des 19. Jahrhunderts befaßt, ist nicht von *Arbeitern* oder *Arbeiterklasse* die Rede – was nach Kockas Prämissen folgerichtig ist –, sondern von *Unterschichten*. Deren Kennzeichen war, nach sozialer Geltung und sozialem Ansehen weit unten zu stehen, in Armut zu leben oder ständig von Armut bedroht zu sein und sich stets in Abhängigkeit von ihnen Übergeordneten zu befinden. Doch trotz dieser Gemeinsamkeiten wiesen die Unterschichten sehr erhebliche Differenzierungen auf sowohl in ihren Existenzgrundlagen als auch in ihrer Mentalität. Das war einer der wesentlichen Gründe, daß es in jener Zeit nicht zu einem kollektiven Aufbegehren mit entsprechendem Handeln kam. Dabei waren sich An-

gehörige der Unterschichten des unverdienten Elends, in dem sie und ihresgleichen lebten, durchaus bewußt, wie aus zeitgenössischen Autobiographien hervorgeht. So schrieb ein späterer Beamter über seine in schlimmer Not verbrachte Jugend: »Ich sah, [...] daß wir betrogen und mißhandelt wurden, weil wir wehrlos waren. [...] Die Überzeugung, daß es kein Recht gebe, setzte sich indessen tief in meiner Seele fest. [...] Der Schulmeister prügelte die Armen, der Pfarrer schalt die Armen, der Schultheiß strafte die Armen, und allenthalben sah ich die Armen zurückgesetzt und gequält.« (S. 164)

Obwohl jene Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus nicht frei war von lokalen, auf einige Berufsgruppen beschränkte Rebellionen, konnte in Deutschland einige Jahre nach der Französischen Revolution von einer breitere Teile der Unterschichten umfassenden Protest- und Reformbewegung nicht die Rede sein. Eine die Oberschichten beruhigende Erklärung dafür gab 1973 ein zeitgenössischer Beobachter, Freiherr von Knigge, den Kocka zitiert: »Es herrscht im Allgemeinen unter dem niedern Volk in Teutschland weniger schädliche Aufklärung, wie in Frankreich, weniger Raisonniert-Sucht, weniger Lebhaftigkeit, Unternehmungs-Wagehals-Abentheuer-Geist, mehr Phlegma und noch mehr vernünftige Religiosität, besonders in protestantischen Ländern.« (S. 169)

In Kockas zweitem Band dieser Reihe, der bis 1875 reicht, geht es um das gesellschaftliche Phänomen, das er als den Kern der proletarischen Klassenbildung bezeichnet: den Durchbruch der Lohnarbeit zur strukturbestimmenden Massenerscheinung in der Handarbeiterschaft, die deren Entwicklung zur Klasse – die Kocka zurecht eine *immer begrenzt bleibende* nennt – ermöglicht hat. Seine Feststellung, daß im 19. und frühen 20. Jahrhundert die Entwicklung zur Klassengesellschaft immer ausgeprägter wurde, impliziert, daß sich auch der Klassencharakter des Bürgertums – wie es mit dem Adel und anderen Oberschichten stand, wird hier kaum thematisiert – in aller

Deutlichkeit herausgebildet. Die Gesellschaft gehörte zum Hausgesinde, und so hat es seinen guten Sinn, daß das Kapitel mit der Überschrift »Das Jahrhundert des Dienstmädchens: häusliches Gesinde im Wandel« an die Spitze der Untersuchungen der einzelnen Arbeiterkategorien gestellt wurde. Allerdings wird nicht recht ersichtlich, worin die Änderung der sozialen Stellung des häuslichen Gesindes im Untersuchungszeitraum bestanden habe. Kocka betont ja auch, daß es zur Artikulation von Klasseninteressen und -aktionen sowie zur Bildung von ihnen dienenden Organisationen so gut wie keinen direkten Beitrag geleistet habe. Dienstmädchen waren die wahrscheinlich wichtigsten Kontaktpersonen zwischen dem Proletariat und dem Bürgertum, und es ist anzunehmen, daß ihre persönliche Kommunikation mit der höher gestellten Klasse ihr Bewußtsein stärker prägte als ihre objektive Rechtlosigkeit.

Während die Industrialisierung, d. h. die Einführung arbeitssparender Geräte, vor der Hauswirtschaft des 19. Jahrhunderts haltmachte, spielte sie in allen Arbeitszweigen, denen Kocka ausführliche Darstellungen widmet, eine bedeutende Rolle, unmittelbar oder mittelbar. Das trifft auf die Landwirtschaft, die Heimarbeit und Hausindustrie, das Handwerk, den Eisenbahnbau, den Buchdruck, den Bergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, den Maschinenbau, die Textilindustrie zu. Die Untersu-

chungen dieser einzelnen Erwerbszweige kennzeichnenden Arbeits- und Lebensverhältnisse sowie der Verhaltensweisen und Bewußtseinslagen der in ihnen Beschäftigten und ihrer Angehörigen unterbaut Kockas These, die zu den wichtigsten Befunden auch seines ersten hier besprochenen Buches gehört: Es gab keine »einförmige proletarische Masse«. Die großen Spannen, die zwischen der Bezahlung in den verschiedenen Produktionszweigen und innerhalb derselben bestanden, weist eine Tabelle über mittlere Wochenlöhne in Berlin im Jahre 1853 aus (S. 494). So erhielten z. B. Kessel- und Hammerschmiede im Maschinenbau und in Eisengießereien 30,- Mark, Heizer in den gleichen Branchen 10,50 Mark; in der Textilindustrie Webergesellen 12,- Mark und Arbeiterinnen in Kattundruckereien 4,- Mark.

Im Hinblick auf ein Engagement in der Arbeiterbewegung oder auch nur eine Sympathie für sie bestanden große, durch verschiedene Faktoren und keineswegs nur materiell bedingte Unterschiede. So gab es im Bergbau bis Mitte des 19. Jahrhunderts kaum Unruhen und Proteste, was an der agrarischen Einbindung sowie staatlicher Privilegierung und Disziplinierung lag. Hingegen gehörten die älteren Handwerksgesellen zu den Unzufriedensten in der Gesellschaft, aus ihnen rekrutierten sich vor allem die Sozialdemokratische Partei, meinte Gustav Schmoller 1870. Kocka ordnet das sozialgeschichtlich so ein: »Die ständische Meister-

Hamburger Kleinholzhacker um 1910

Foto: AdsD



Gesellen-Differenz wurde von der klassengesellschaftlichen Unternehmer-Arbeiter-Spannung oft ununterscheidbar überlagert. Diese wurde von jener verstärkt und präzisiert.« (S. 358)

Am *Siegeszug der Lohnarbeit* zwischen 1800 und 1875 könne kein Zweifel bestehen, erklärt Kocka (S. 509). Seine Bücher müßten alle Zweifel zerstreuen, sollte sie jemand haben, sei von der Rezensentin hinzugefügt. Ebenso schlüssig ist Kockas Fazit, basierend auf eingehenden Untersuchungen und Argumenten, daß im stärksten Maße die in zentralisierten Gewerbebetrieben Beschäftigten zu Lohnarbeitern geworden waren. Dabei hält er bei diesem Prozeß die Zentralisierung für wichtiger als die Maschinisierung. Die in der marxistischen Tradition wurzelnde These, das mit der Industriellen Revolution entstehende »Fabrikproletariat« habe »den festen Kern der Arbeiterklasse« gebildet, versteht er jedoch mit einem Fragezeichen.

In dem *Perspektiven* überschriebenen Abschnitt des ersten Bandes wirft Kocka die Frage auf, was die Modernisierung den kleinen Leuten gebracht habe und fügt gleich hinzu, daß der Zeitraum der Untersuchung bei weitem nicht ausreiche, die Frage zu beantworten. Er unternimmt denn auch nicht, seine abschnittsweise gezogenen Schlußfolgerungen mit den in der Frage implizierten Gesichtspunkten unmittelbar zu verknüpfen. Und das ist gut so, denn dies könnte zu vorschnellen und darum nicht haltbaren Urteilen verleiten. Doch soviel sei festgestellt: Kockas hier besprochene Bücher – zwei weitere, das Thema für den gleichen Zeitraum fortführende sind angezeigt – liefern Einblicke und Einsichten, die einen vor nostalgischen Gefühlen für die angeblich gute alte Zeit bewahren. Damit leisten sie auch einen, zumindest indirekten, Beitrag zu der heute hochaktuell gewordenen Problematisierung des Fortschrittsbegriffs. Sie kann sich nicht mit einem durch Ignoranz und Sentimentalität getrübbten Blick an der Vergangenheit orientieren, sondern muß sich realistisch und kritisch auf die Zukunft richten. Dazu können Kockas Bücher verhelfen und sind darum auch von hoher politischer Relevanz.

Jürgen Kocka: Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1990, 320 Seiten, DM 48,-

Jürgen Kocka: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1990, 722 Seiten, DM 98,-

MATTHIAS JUNG

Auf dem Weg zur Kritischen Theorie

Max Horkheimer gilt zu Recht als der *Spiritus rector* der Frankfurter Schule. Auf ihn gehen die programmatischen Aufsätze der *Zeitschrift für Sozialforschung* zurück, in denen seit Anfang der dreißiger Jahre das Projekt eines interdisziplinären, kritischer Gesellschaftstheorie verpflichteten Materialismus entwickelt wurde. Horkheimers neuartige Konzeption setzte sich über die akademischen Üblichkeiten seiner Zeit souverän hinweg und hatte über Jahre hinweg die Kraft, so unterschiedliche Intellektuelle wie Theodor W. Adorn, Walter Benjamin, Erich Fromm und andere durch eine gemeinsame Zielperspektive zu verbinden. Von dieser späteren Entwicklung war freilich zu Beginn der akademischen Laufbahn Horkheimers wenig zu erahnen. Als Lieblingsschüler des Frankfurter Philosophen Hans Cornelius, der dem Neukantianismus nahestand, hatte er vielmehr gute Aussichten, von der Hauptströmung der damaligen Schulphilosophie auf eine sichere Professur getragen zu werden. Daß es anders kam, ist bekannt. Wie sich Horkheimers Ablösung vom akademischen Schulbetrieb aber vollzog, läßt sich nun dank der *Gesammelten Schriften* im Detail verfolgen.

Horkheimers endgültiger Durchbruch zur Kritischen Theorie der Gesellschaft vollzog sich in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre. Aus dieser Zeit stammen auch die Vorlesungen und der Publikationstext, die nun als Band 10 der *Schriften* von Alfred Schmidt herausgegeben worden sind. Der Band enthält eine Vorlesung über die Geschichte der idealistischen Philosophie vom Wintersemester 1925/26 und eine Einführung in die Philosophie der Gegenwart in zwei Versionen: als Vorlesung vom Sommersemester 1926 und als (damals nicht zur Veröffentlichung gelangtes) Manuskript mit dem Titel *Zur Emanzipation der Philosophie von der Wissenschaft*. Mit beiden Vorlesungen ist Horkheimer unterwegs zu einer, wie der Herausgeber formuliert, »Position jenseits von Soziologismus und bloßer Ideengeschichte«. Es macht den eigentümlichen Reiz dieser Texte aus, daß ihnen fast auf jeder Seite der Rollenkonflikt anzumerken ist, in dem sich Horkheimer damals befand. Als Schüler seines verehrten Lehrers Cornelius und junger Privatdozent fühlte er sich noch an den akademischen Betrieb seiner Zeit gebunden, in dem die Vor-



Max Horkheimer

Foto: Digne Meller Marcovicz

stellung einer reinen Geistesgeschichte kultiviert wurde. Bereits der Versuch, Beziehungen oder gar Abhängigkeitsverhältnisse zwischen philosophischen Problemen und gesellschaftlichen Verhältnissen herzustellen, galt in diesem Klima als unseriös. Hinzu trat Horkheimers eigene Einsicht, daß philosophische Aussagen einen theoretischen Wahrheitsanspruch erheben, der es verbietet, sie einfachhin als ideologische Überbauphänomene zu klassifizieren, wie dies im Vulgärmarxismus oftmals praktiziert wurde.

Auf der anderen Seite aber hatte sich Horkheimer die materialistische Geschichtsauffassung von Marx bereits so weit zu eigen gemacht, daß er nicht mehr hinter die Einsicht in die Verflochtenheit von ideengeschichtlichen Prozessen mit der sozialen und ökonomischen Entwicklung zurückkonnte. Diese Erkenntnis nun allerdings auch en détail in eine materialistische Philosophiegeschichte umzusetzen, erschien ihm noch 1927, in seiner großen Vorlesung über die neuzeitliche Philosophie (Bd. 9 der *Schriften*), als *Zukunftsprogramm*. Dementsprechend behutsam sind denn auch materialistische Akzente in den Vorlesungen von 1925/26 gesetzt. Weil Horkheimer um das Ei-

genrecht der philosophischen Sachfragen wußte, hütete er sich vor der allzu unvermittelten Anwendung soziologisch-ideologiekritischer Kategorien. Besonders gilt dies von der ersten Vorlesung des Bandes, die den Übergang von Kant zu Hegel, die Entstehungsgeschichte des deutschen Idealismus, behandelt. Dieser gehört für Horkheimer mit seinen »großartigen Kämpfen auf ideellem Gebiet« notwendig dem Emanzipationsprozeß des deutschen Bürgertums zu. Den philosophischen Strömungen seiner eigenen Zeit – in erster Linie Neukantianismus, Phänomenologie und Lebensphilosophie – stand er dagegen skeptisch gegenüber.

Daß sich der Zeitgeist in Gestalten wie der des Husserlschülers Max Scheler mit seinen ständigen neuen Entwürfen zu einer philosophischen Weltanschauung verkörpern konnte, kommentiert Horkheimer illusionslos: »Es ist gerade die Brüchigkeit des gesamten ideellen Gutes, welche die fortwährenden Versuche Neues zu produzieren hervorruft und erwünscht erscheinen läßt.« Die »Destruction der alten Kulturgehalte durch den modernen gesellschaftlichen Lebensprozeß« liefert ihm die Perspektive, aus der er sich die Signatur seiner Zeit erschließt. Veraltet ist dieser Deutungsschlüssel noch lange nicht. Der junge Horkheimer jedenfalls gewinnt ihm Einsichten in den *Triumphzug ablenkender Mächte* ab, die in ihrer lapidaren Schärfe nichts an Gültigkeit eingebüßt haben: »Blicken wir nach dem technisch fortgeschrittensten, nach dem im Sinne der angedeuteten Entwicklung avanciertesten Lande: Amerika, so finden wir, daß dort dem Gefühl dieser Sinnlosigkeit von seiten der leitenden Kreise bewußt nicht allein durch eine Hypertrophie des Sports, schlechter Filme und der Christian Science begegnet wird, sondern ebenso durch die Möglichkeit des Erwerbs eines Ford-Autos für jedermann.«

Max Horkheimer: Gesammelte Schriften Bd. 10: Nachgelassene Schriften 1914–1931. Frankfurt/Main 1990, S. Fischer u. Fischer Taschenbuch Verlag, gebunden DM 78,-, kartoniert DM 29,80

Das Fremde in uns

Aber das Eigene muß so gut gelernt sein wie das Fremde«, sagte Hölderlin. Julia Kristeva, Autorin und Psychoanalytikerin, nimmt diesen Satz als Motto für ihr Buch *Fremde sind wir uns selbst*. Sie geht aus von der Frage: »Können wir innerlich, subjektiv mit den anderen, können wir die *anderen* (er)leben? Ohne Ächtung, aber auch ohne Nivellierung?« In einer Zeit, in der das Beleidigtsein der Nase durch den »Geruch von Hammelbraten« schon ausreicht, um das Fremde auszugrenzen, sei es um so nötiger, sich in die »Archive des Denkens und der Kunst« zu versenken, um Distanz zu gewinnen und um lernen und »darüber nachzudenken, wie weit wir fähig sind, neue Formen der Andersheit zu akzeptieren«. Den Fremden in seinem Anderssein zu akzeptieren, ohne ihn zu nivellieren, setzt die Erkenntnis voraus, daß wir alle Fremde sind. Das Buch steht im Kontext der auch in Frankreich zunehmenden Fremdenfeindlichkeit.

Kristevas Buch ist ein poetischer Diskurs über das Fremde, die realen Fremden und die Fremdheit, also das Andere in unserem Seelenhaushalt. Sie unternimmt eine »Reise durch die historischen Figuren des Fremden« in der abendländischen Geschichte, – angefangen bei Aischylos' *Schutzfliehenden* bis zu Freuds psychoanalytischer Feststellung des *Unheimlichen* wie des *Unbewußten*.

Kristeva stellt fest, daß die ersten Fremden fremde Frauen waren, nämlich die *Danaiden*, die Schutzfliehenden, bleibt aber leider bei dieser mythologischen Andeutung stehen, ohne ansonsten explizit auf existentielle Fremdheitserfahrungen von Frauen einzugehen.

Was hat der Fremde für eine Beziehung zu seinen Wurzeln, seiner Muttersprache einerseits und zur fremden Sprache, der Freiheit und der Einsamkeit andererseits? Gibt es glückliche Fremde? Der Niedazugehörige verschanzt sich hinter vielen Masken und Identitäten und findet keinen festen Platz. Um nicht der Depression anheimzufallen, flüchten sich viele in bewußte Tabubrüche und exzessive Grenzüberschreitungen, so die spanischen und moslemischen Frauen, die, so Kristeva, den libertinen Kosmopoliten des 18. Jahrhunderts gefolgt seien.

Xenophobie oder Kosmopolitismus? Durch die philosophischen wie religiösen Hintergründe bis hin zum Diskurs der Aufklärung begleitet uns Kristeva auf einer faszinierenden Reise des Denkens, ehe sie wieder in die gegen-

wärtigen modernen Gesellschaften zurückkehrt, wo die rechtliche Lage der Frauen geprägt ist durch die Unterscheidung zwischen Menschenrechten und Bürgerrechten: Danach gilt, daß »man gerade in dem Maße Mensch sein darf, wie man Bürger ist, daß der, der kein Bürger ist, kein voller Mensch ist«. Der humanistische Kosmopolitismus war das Stichwort der Aufklärung; in Montesquieus Universalismus wird die Übereinstimmung der Menschen- und Bürgerrechte zu einer zentralen Frage.

Kristeva fordert, die »Würde des Menschen als Prinzip und Ziel aufrechtzuerhalten«, wobei die Würde des Menschen die *Kompetenz der Gesetzgebung* überschreite und in den Bereich der *Ethik und Psychoanalyse* falle. »Wie könnte man einen Fremden tolerieren, wenn man sich nicht selbst als Fremden erfährt?« oder: »Die Psychoanalyse erweist sich damit als eine Reise in die Fremdheit des anderen und meiner selbst, hin zu einer Ethik des Respekts für das Unversöhnbare.« Das Anerkennen des Fremden ist nur in dem Maße möglich, in dem wir uns selbst als Fremde erkennen. »Die multinationale Gesellschaft wäre somit das Resultat eines extremen Individualismus, der sich aber seiner Schwierigkeiten und Grenzen bewußt ist – der nur Irreduzible kennt, die bereit sind, sich wechselseitig in ihrer Schwäche zu helfen, einer Schwäche, deren anderer Name unsere radikale Fremdheit ist.«

Kristevas Buch gibt Impulse, weiterzudenken. Die Belesenheit der Autorin weist auf die Erfahrung der Fremdheit aus der Perspektive einer in Pariser intellektuellenkreisen etablierten Wissenschaftlerin: Hier schreibt eine sehr kluge und vielseitige Frau! Freilich wäre zu fragen, wie reflektiert dagegen der algerische Arbeiter oder die marokkanische Arbeiterin ihre Fremdheit in Frankreich, in jenem Land, in dem man laut Kristeva besser fremd ist als anderswo. Vielleicht theoretisiert die Kristeva auch mitunter ein wenig an den *realen* Problemen der realen *Fremden* vorbei.

Julia Kristeva: Fremde sind wir uns selbst. Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1990, 212 Seiten, DM 14,-

Zu den Autorinnen und Autoren

FARIDEH AKASHE-BÖHME, M.A., ist Kultur- und Frauensoziologin. Die Iranerin lebt seit 1967 in der Bundesrepublik.

GERD DE BRUYN, geb. 1954, ist Redakteur der Zeitschrift *Baukultur*.

DETLEV CLAUSSEN, Dr. phil., geb. 1948, lebt als freier Publizist in Frankfurt a. M.

JUTTA GEORG-LAUER, geb. 1955, promovierte Philosophin, lebt in Frankfurt a. M.; zahlreiche Rundfunkbeiträge und Zeitungsveröffentlichungen.

RÜDIGER GÖRNER, geb. 1957, ist Lecturer für deutsche Politik und Kulturgeschichte an der University of Surrey, GB.

INGOMAR HAUCHLER, geb. 1938, ist Professor für Wirtschaftswissenschaften, MdB.

DETLEF HORSTER, geb. 1942, lehrt als Professor für Sozialphilosophie an der Universität Hannover.

MATTHIAS JUNG, Dr. phil., geb. 1960, Dipl.-Theologe, ist Assistent am Fachbereich Philosophie der Universität Frankfurt a. M.

GÜNTER KUNERT, geb. 1929, Lyriker, lebt seit seiner Übersiedlung aus der früheren DDR in Schleswig-Holstein.

PETER RECH, geb. 1943, lehrt als Professor für Kunstpädagogik an der Universität Köln.

RAINER ROTHER, Dr. phil., geb. 1956, ist Publizist und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hannover.

FELIX SCHNEIDER, geb. 1948, Schweizer Journalist, ist Deutschlandkorrespondent des Kulturmagazins *Reflexe*.

OTTO SINGER, Dr. rer. pol., geb. 1951, Wissenschaftler am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen.

WOLFGANG THIERSE, geb. 1943, ist seit 1990 stellvertretender Parteivorsitzender der SPD, MdB.

BERNHARD USKE, Dr. phil., geb. 1952, ist Musikkritiker bei *Fono Forum* und der *Neuen Zeitschrift für Musik*.

RENE WEILAND, M.A., geb. 1957, Philosoph und Publizist in Berlin, jüngste Veröffentlichung (zus. mit W. Pircher): *Mythen der Rationalität – Denken mit Klaus Heinrich*, Wien 1990.

FABIAN WURM, geb. 1957, Redakteur des *Design Report*; arbeitet im Rat für Formgebung in Frankfurt a. M.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
5300 Bonn 2
Tel.: (02 28) 8 83-5 40/5 42
Telefax: (02 28) 88 35 39

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH,
In der Raste 2
5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 23 80 83
Telefax: (02 28) 23 41 04
Anzeigenpreisliste Nr. 19
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738
Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabonnement 90,- DM frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist. In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Der Bezug von Sonderheften ist im Abonnementspreis enthalten.